Antifaschistisches Blatt
# info
Nr. 123 | Sommer 2019 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

# OSTDEUTSCHLAND GANZ RECHTS
## 1989/'90 UND DIE FOLGEN

www.antifainfoblatt.de


6

Fotoarchiv telegraph / Prenzlberg Dokumentation e.V.

**KLIMA DER ANGST**
In den frühen 1990er Jahren entstand eine gut organisierte Neonazi-Szene, die für ein Klima der Angst sorgte. Die massive Delegitimierung des Antifaschismus insbesondere durch Behörden und politische Akteure zeigt bis heute ihre Wirkung.



24

Foto: Pixelarchiv

**RECHTSRUCK IN DER OI-SZENE**
Hitzige Diskussionen um die „Grauzone" in der Oi- und Punkszene gab es bereits vor vielen Jahren. Viele Musiker aus den damals umstrittenen Bands lassen sich heute im Mainstream, oder eben in der RechtsRock-Szene wiederfinden.


42

Foto: YouTube

**USA: REPRESSION IN DER WÜSTE**
Seit der Wahl von Donald Trump bemüht sich die US-Regierung, lebensrettende Hilfe im Grenzgebiet zu Mexiko zu kriminalisieren.


62

Foto: Facebook

**BRASILIEN: KRIEG GEGEN DIE ARMEN**
Die Regierung von Jair Bolsonaro wurde für das Versprechen, effektiv gegen Korruption und Kriminalität vorzugehen, gewählt. Doch die Sicherheitspolitik gleicht eher einem Kampf gegen Arme.

**Titel:** Rechte Skinheads in einer Cottbuser Disko, Mai 1991. Foto: Dietmar Gust

# Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

2019 steht erneut ein historisches Jubiläum an: Im Herbst jährt sich der Mauerfall zum 30. Mal. Anlässlich dessen wird es unter dem Motto „30 Jahre Friedliche Revolution" an verschiedenen Orten Feierlichkeiten geben. Die Erzählung von der „friedlichen Revolution" vergisst jedoch, dass der gesellschaftliche Umbruch mitnichten allein als Erfolgsgeschichte bewertet werden kann. Schon der Blick auf extrem rechte Szenen macht dies deutlich. Mit dem Fall der Mauer reorganisierte sich die ostdeutsche Neonaziszene, mit Aufbauhilfe aus der Bundesrepublik sowie aus Österreich. Die Pogrome von Rostock und Hoyerswerda waren Höhepunkte einer neuen rassistischen Alltagskultur, die sich vielerorts gewaltsam entlud. Heute, 30 Jahre später, ist mit den vor allem im Osten Deutschlands überdurchschnittlich hohen Wahlergebnissen für die Alternative für Deutschland klar, dass die Umbrüche 1989/90 bis heute gesellschaftlich relevant sind. In unserem Schwerpunkt widmen wir uns zum einen der Geschichte des Neonazismus in der DDR sowie der Nachwende-Zeit, und schauen auf Kontinuitäten und Brüche im Umgang mit der Szene. Auch Perspektiven für die Linke werden beleuchtet. So fordert der Beitrag der Initiative „Aufbruch Ost", dass es „in Ostdeutschland endlich wieder darum gehen muss, linke Konzepte zu entwickeln, die mehr enthalten als den bloßen antifaschistischen Abwehrkampf."

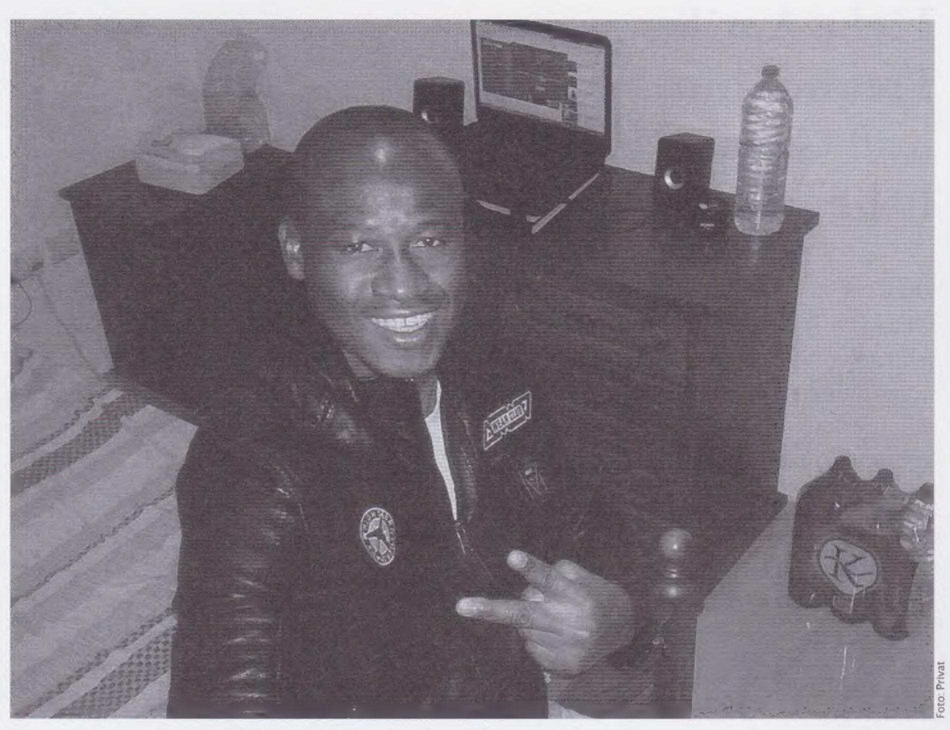
Bevor die Feierlichkeiten „zur Wende" anstehen, finden im Herbst in mehreren ostdeutschen Bundesländern allerdings noch Landtagswahlen statt. Mancherorts ist dies Anlass für die CDU, mit der AfD zu flirten. Wenn es um eine mögliche Kooperation der CDU mit der AfD geht, stand bislang Sachsen im Fokus. Sollte die CDU nach den Landtagswahlen ihre Position der stärksten Partei an die AfD verlieren, könnte sich die CDU zu einem Kooperationsmodell mit der AfD, entgegen aller jetzigen Beteuerungen, einlassen. Kurz vor Druck der aktuellen Ausgabe Ende Juni 2019 geriet ein internes Papier zweier CDU-Politiker aus Sachsen-Anhalt an die Öffentlichkeit, in welchem die beiden führenden Köpfe der CDU-Landtagsfraktion ihrer Partei empfahlen, über eine Koalition mit der AfD nachzudenken. Daraufhin hatte die Führung der CDU in Sachsen-Anhalt alle Mühe, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu zerstreuen, die Partei bereite für den Fall eines Scheiterns der gegenwärtigen Koalition eine solche mit der AfD vor. CDU-Landeschef und Landesinnenminister Holger Stahlknecht wurde nicht müde zu betonen, die Urheber des Papiers artikulierten in Bezug auf die AfD eine Einzelmeinung. Doch der Vorschlag, mit der AfD wenn auch nicht jetzt, so doch später zu koalieren, ist nun einmal in der Welt. Dies wiegt umso schwerer, da Teile der CDU in Sachsen-Anhalt sich bereits in der Vergangenheit partiell offen für eine zumindest informelle Kooperation gezeigt hatten. Sollte die AfD in Sachsen im September die Siegerin der Landtagswahlen sein, könnte dies den Befürwortern einer Kooperation mit der AfD in der CDU Auftrieb geben, oder sogar einen Dominoeffekt auslösen. Wir werden die Entwicklungen im Auge behalten. Zuletzt hat die AfD bei den Kommunalwahlen im Mai 2019 in zehn Bundesländern ihre Mandate mehr als verdreifachen können.

Mit dem Mord an dem hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke ist das Thema Rechtsterrorismus derzeit in aller Munde. Dank antifaschistischer Recherchen wurde schnell deutlich, dass es sich bei dem mutmaßlichen Täter mitnichten um eine „reaktivierte" Person aus dem einstigen Neonazimilieu handelt, sondern um jemanden, der bis heute in die neonazistischen Netzwerke rund um „Combat 18" eingebunden ist (siehe auch Artikel von Exif-Recherche auf S.28) Einmal mehr gilt es, das Gerede von einem Einzeltäter scharf zurückzuweisen und den Fokus darauf zu legen, welche, auch aktive, Rolle die organisierte Neonazi-Szene, und damit auch die Geheimdienste in diesem Fall spielen. „Sicherheitskreise" äußerten sich zuletzt gegenüber dem Tagesspiegel dahingehend, dass eine „dreistellige Zahl" von V-Leuten in der Szene zum Täter befragt werden soll. Ob der hessische Verfassungsschutz nach dem Mord endlich seine zentrale Akte zum Thema zugänglich macht, muss aber bezweifelt werden. Offensichtlich fehlt dafür nach wie vor der politische Druck. Zur Erinnerung: Mit Halit Yozgat wurde das 9. NSU-Opfer ebenfalls in Kassel ermordet. In der Akte sollen alle Erkenntnisse des hessischen VS über die hiesige Neonazi-Szene zwischen 1992 und 2012 zusammengetragen worden sein. Aktuell gilt eine Sperrfrist bis 2134.•

Redaktionsschluss war der 23. Juni 2019

# Malta: Erster rassistischer Mord

THOMAS DATT


Foto: Privat

Lassana Cisse wurde im April 2019 auf einer Landstraße auf Malta ermordet.

Lassana Cisse lief am Abend des 6. April 2019 entlang der Landstraße, die das Flüchtlingslager Hal Far mit dem Nachbarort verbindet, um zu seiner Wohnung zu kommen. In der Gegenrichtung waren zwei Ghanaer unterwegs, die Fußball in einer Bar geschaut hatten. Auch sie wollten nach Hause. Der 42-jährige Cisse war vor vier Jahren von der Elfenbeinküste nach Malta geflohen. Wenn er nicht arbeitete, kümmerte er sich um die Neuankömmlinge im Flüchtlingslager. Die beiden Ghanaer waren erst vor kurzem aus Italien zugezogen, weil sie auf Malta Arbeit finden konnten. In der Dunkelheit fuhr ein Auto vorbei, verlangsamte seine Fahrt. Plötzlich fielen aus dem Wagen Schüsse. Einer traf Cisse in die linke Schläfe. Auch die beiden anderen Fußgänger wurden getroffen und verletzt. Als der zuständige Ermittler der Polizei eintraf, lag Cisse tot unter einer Plane. Er hatte Kopfhörer im Ohr, auf seinem Handy lief noch Musik. Sechs Wochen später werden zwei Verdächtige festgenommen – beide Soldaten der maltesischen Streitkräfte. Der 22-jährige Lorin Scicluna arbeitete als Mechaniker beim Militär, sein 21-jähriger Freund Francesco Fenech, beide hatten sich in der Grundausbildung kennen gelernt, diente bei der Infanterie. Die Freundin Sciclunas sagte den Ermittlern, ihr Partner möge keine Einwanderer, weil sie Malta übernehmen wollten. Fenech erklärte in einer Vernehmung, er hasse Migranten nicht, sei aber dagegen, dass sie ins Land kommen. Er gab zu, dass sein Freund und er öfter in die Gegend des Flüchtlingslagers gefahren seien, um „Ausländer zu piesacken". Ein Bekannter der beiden schilderte vor Gericht, wie sie zu dritt aus dem Auto heraus einen Migranten beleidigten. Als der Steine nach ihnen geworfen habe, seien sie ausgestiegen. Der Mann sei geflohen und sie hätten sein zurückgelassenes Fahrrad zerstört. Erst nach dem Mord an Lassana Cisse wurde bekannt, dass auf derselben Straße schon im Februar ein junger Gambier angefahren worden war. Bewohner des Flüchtlingslagers fanden ihn in einer Blutlache und schleppten ihn zum Camp. Obwohl er schwer verletzt ins Krankenhaus kam, gab es zunächst offenbar keine Ermittlungen. Bis zu den tödlichen Schüssen zwei Monate später war das Opfer nie befragt worden. Dabei wäre der Mord möglicherweise zu verhindern gewesen, denn auch in diesem Fall sind die beiden Soldaten die Tatverdächtigen. In den Vernehmungen räumte Scicluna ein, während des Mordes im Auto gesessen zu haben. Fenech schweigt zu den Vorwürfen. Die Tatwaffe gehörte Scicluna. Nach der Festnahme der beiden Soldaten kündigte die maltesische Armee interne Untersuchungen an. Eine Task Force soll aufklären, ob es sich um Taten zweier Einzelpersonen handelt oder ob es innerhalb der Streitkräfte größere Gruppen von Rassisten gibt. Maltas Regierungschef Joseph Muscat (Arbeitspartei) griff dem Ergebnis der erst angelaufenen Ermittlung schon mal vorweg, indem er feststellte: „Die Schlussfolgerung aus dieser Untersuchung zeigt, dass Malta ein sicherer Platz für jedermann ist …". Einen Aufschrei in der Bevölkerung löste der erste rassistische Mord, wie ihn maltesische Medien nennen, nicht aus. Das Land wirkt in der Migrations- und Flüchtlingsfrage tief gespalten. Den Weltoffenen, die darauf verweisen, dass eine kleine, rohstoffarme Insel wie Malta auf Zuwanderung angewiesen sei, stehen die gegenüber, die um den Verlust einer „weißen, christlichen Identität" fürchten. Rassistische Einstellungen sind weit verbreitet – eine offene Auseinandersetzung darüber meiden sowohl die regierenden Sozialdemokraten als auch die oppositionellen Nationalisten. Oppositionsführer Adrian Delia behauptete, obdachlose Ausländer würden die maltesisch-christliche Identität gefährden. Regierungschef Joseph Muscat bekundete, er wolle, dass Malteser nur qualifizierte Stellen besetzten und Hilfsarbeiten in der Sonne von Ausländern erledigt würden. Tatsächlich leisten vor allem Flüchtlinge einen Großteil der körperlich anstrengenden Arbeiten – meist zum niedrigen Mindestlohn von knapp 4,50 Euro. Früh um sechs warten an den Haltestellen viele junge Afrikaner und Afrikanerinnen auf die Busse, die sie zu den Baustellen, Restaurants und Supermärkten bringen. Diejenigen, die keine dauerhafte Stelle haben, postieren sich an einem Kreisverkehr in Marsa, wo Bauunternehmer Leute für Tagesjobs einsammeln. •

# „Justizwunder" Thorsten Heise und seine Kameraden

Im April 2018 griffen Neonazis zwei Journalisten an, die Recherchen zu dem Neonazi Thorsten Heise in Fretterode (Thüringen) durchführen wollten. Die Täter waren mit einem Baseballschläger und einem großen Schraubenschlüssel bewaffnet. Nach einer Verfolgungsjagd im Auto wurde einer der Journalisten mit einem Messer attackiert und am Oberschenkel verletzt. Seinem Kollegen wurde der Stirnknochen gebrochen. Die mutmaßlichen Täter sind mittlerweile identifiziert. Der Tatverdächtige Gianluca Bruno, der schon für die NPD kandidierte, gilt als eine Art „Ziehsohn von Thorsten Heise". Sein mutmaßlicher Mittäter Nordulf H. ist einer der leiblichen Söhne von Thorsten Heise selbst. Festnahmen gab es nicht, ein zeitnaher Prozess gegen die Beiden ist ebenso nicht in Sicht, obwohl die zuständige Staatsanwaltschaft den beiden Neonazis die Anklageschrift wegen schweren Raubs in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zugestellt hat. Der Fall wird von den Thüringer Justizbehörden offenbar nicht besonders prioritär behandelt. Nach Beobachtungen von Szene-Kennern reiht sich dies in eine jahrelange Aneinanderkettung von auffälligen Nachlässigkeiten bei Ermittlungen, Einstellungen von Verfahren und milden Urteilen ein, wenn es um Thorsten Heise und sein engstes (familiäres) Umfeld geht.

Nordulf H. absolviere mittlerweile eine Ausbildung in der Schweiz, wie ein mittlerweile entferntes Foto von ihm auf der Seite des Betriebs belegt. Er setzte sich damit quasi im laufenden Verfahren nach Visp in der Oberwallis ab. Wie gemeinsame Recherchen von antifaschistischen Gruppen und der Schweizer Zeitung WOZ ergeben, ist Nordulf H. hier mittlerweile als Heizungsinstallateur bei der Ewald Gattlen AG in der Ausbildung.

Ein weiterer Mitarbeiter des Visper Gebäudetechnikbetriebs ist ein alter Bekannter von Thorsten Heise: Der (frühere) Musiker der RechtsRock-Band „Helvetica" Silvan Gex-Collet. Ein Foto von 2014 zeigt die Beiden lächelnd beim Handschlag. Vor einem Jahr nahm Gex-Collet auch am von Heise organisierten Neonazi-Festival „Schild und Schwert" in Ostritz teil.

Nordulf H. scheint sich zumindest keine größeren Sorgen vor einer Verfolgung durch die deutschen Strafverfolgungsbehörden machen zu müssen. So tauchte er dieses Jahr beim neonazistischen „Eichsfeldtag" der NPD in Thüringen auf, das von seinem Vater organisiert wurde. •

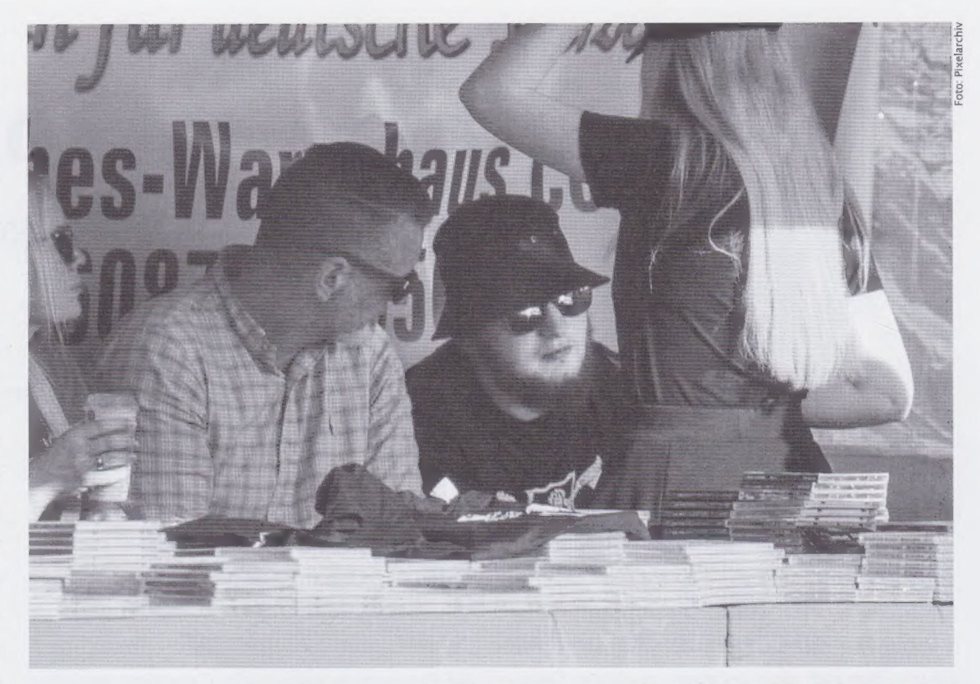



Foto: Pixelarchiv




Foto: Pixelarchiv

**oben:** Nordulf H., rechts neben seinem Vater Thorsten Heise, hinter dem Stand des Neonazi-Versands „Deutsches Warenhaus" auf dem „Eichsfeldtag" der NPD im Mai 2019.

**unten:** Gianluca Bruno beim „Kampf der Nibelungen" am 13. Oktober 2018 in Ostritz

**TITEL**

Auch in Thüringen entstand in den frühen 1990er Jahren eine gut organisierte Neonazi-Szene und sorgte für ein Klima der Angst. Die massive Delegitimierung des Antifaschismus insbesondere durch staatliche Behörden und politische Akteure zeigt bis heute ihre Wirkung.

# Klima der Angst

## Die 1990er Jahre in Thüringen

**GASTBEITRAG
VON KATHARINA KÖNIG-PREUSS**

„Im Unterschied zur BRD wurde im sozialistischen deutschen Staat der Faschismus mit allen seinen Wurzeln, mit Stumpf und Stiel ausgerottet."[1] Dieser Legitimationsmythos der DDR wurde spätestens mit dem Überfall von extrem rechten Skinheads auf ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche im Oktober 1987 offensichtlich und unter medialer Beachtung widerlegt. Wie falsch der Mythos, wie gefährlich der häufige Nicht-Umgang mit diversen bestehenden Neonazi-Strukturen und insbesondere deren Ideologie war, sollte sich spätestens in den frühen 1990er Jahren wahrnehmbar für alle zeigen. Tödlich für von Rassismus betroffene Menschen war dies bereits zu DDR-Zeiten.

Die über mehrere Jahre andauernde sogenannte „Asyldebatte" fand nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland willige Vollstrecker. Übergriffe auf von Rassismus betroffene Menschen und ihre Unterkünfte zogen sich wie ein Sturm durch die neuen Bundesländer und eskalierten in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Die politische Konsequenz ist bekannt: Die Grundrechtsänderung, der sogenannte „Asylkompromiss", die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, fand 1993 mit den Stimmen der CDU, CSU, FDP und der damals oppositionellen SPD ihre Umsetzung. Das damit an die sich radikalisierende Neonazi-Szene gesendete Signal war fatal.

**Die 1990er Jahre in Thüringen**

In Thüringen traten eine Vielzahl neonazistischer Organisationen auf die Bildfläche. Neben (extrem) rechten Parteien wie der NPD, der DVU und „Die Republikaner" (REP) wurden regionale Gruppen wie der „SA-Sturm Erfurt", verschiedene rechte Skinhead-Cliquen und -Bands sowie bundesweit bedeutsame Neonazi-Gruppen aktiv.

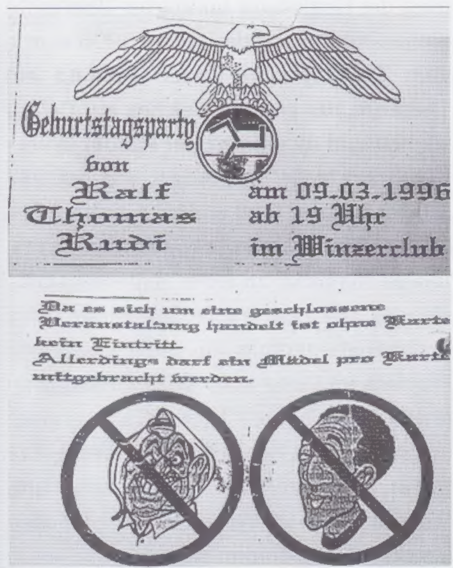
Zunächst gewannen in den neuen Bundesländern nicht die bekannten westdeutschen Wahlparteien, sondern randständige, radikale Neonazi-Gruppen an Einfluss. Darunter zahlreiche informelle Zusammenschlüsse offen gewaltbereiter Aktivisten, die vor allem der rechten Skinhead-Subkultur angehörten. Gerade dieses subkulturelle Milieu war maßgeblich für die Gewaltwelle gegen MigrantInnen verantwortlich. Die in den frühen 1990er Jahren bestehende Anomie in Ostdeutschland tat ihr übriges.

Nach einer Fluktuationsphase war spätestens 1994 der Formierungsprozess der Neonazis in Thüringen abgeschlossen. Angriffe auf besetzte Häuser, teils mit Waffen, kontinuierliche Übergriffe auf alternative und von Rassismus betroffene Menschen sowie alle anderen, die als „Feinde" markiert wurden, waren bis Ende der 1990er Jahre an der Tagesordnung. Seitens staatlicher Verantwortungsträger gab es keine Konsequenzen. Im Gegenteil. Gedächtnisprotokolle aber auch Aussagen von Sachverständigen im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss verdeutlichen die Ohnmachtssituation der damals






Alle Screenshots in diesem Artikel von der Homepage Hinterhofproduction.de



Geburtstagsparty von Ralf Thomas Rudi am 09.03.1996 ab 19 Uhr im Winzerclub

Da es sich um eine geschlossene Veranstaltung handelt ist ohne Karte kein Eintritt. Allerdings darf ein Mädel pro Karte mitgebracht werden.

gegen Neonazis engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen: „Es war teilweise so schlimm in Saalfeld, dass man sich wegen der Alltagsbedrohung so unsicher fühlte, dass viele Jugendliche nur noch bewaffnet außer Haus gingen, da es vorkam, dass in öffentlichen Nahverkehrsmitteln den Leuten von rechten Schlägertrupps Waffen an den Kopf gehalten werden, dass die Leute tagsüber überfallen werden, indem von heranfahrenden Autos die Türen aufspringen und dann Nazis ausstürmen, die Leute verprügeln. Man hatte eine Angst, wenn man sich allein durch die Straßen bewegt, dass man sich ständig umdreht, dass man bei langsam fahrenden Autos sofort auf die Nummernschilder und die Insassen schaut, um schnell genug reagieren zu können. Es war eine Zeit der Angst."[2]

Die An- und Übergriffe der Neonazis wurden Alltagserfahrung für nichtrechte Jugendliche und junge Erwachsene. Der Kampf um die Straße, die (versuchte) Umsetzung des 1991 veröffentlichen Konzeptes der „National befreiten Zonen" hatte begonnen.

**Entpolitisierte staatliche Reaktionen**

Mit dem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt" (AgAG) reagierte die Bundesregierung 1992 auf die eskalierte Gewalt in Ostdeutschland. Ziel war eine Gewaltreduktion durch die Einbindung gewalttätiger Jugendlicher in Maßnahmen der Jugendhilfe herbeizuführen, diesen Alternativen zu eröffnen und öffentliche Räume zu befrieden. Die Entpolitisierung vom AgAG eröffnete Neonazis Räume und Strukturmöglichkeiten.

Die Konsequenzen wurden bereits kurz nach Einführung des Programms deutlich. Ehemals besetzte Häuser von Neonazis (wie der Dichterweg in Weimar) wurden über das Programm legalisiert, in Saalfeld und Jena wurden die per AgAG finanzierten Jugendclubs zu einer entscheidenden Infrastruktur von Neonazis.

Faktisch wurden – zumindest in einigen AgAG-finanzierten Einrichtungen – Neonazis Räume durch staatliche Institutionen überlassen. In Verbindung mit der Entpolitisierung und Reduzierung des Problems auf „Gewalt", fehlender sozialpädagogischer Intervention, einer in den 1990er Jahren auch durch die Landespolitik beförderten, aktiven gesellschaftlichen Ignoranz gegenüber rechten Strukturen konnte die rechte Szene ihre Strukturen unter dem Deckmantel der Jugendarbeit aus- und aufbauen.

Der spätere NSU-Mörder Uwe Mundlos wird in der Ostthüringer Zeitung 1991 wie folgt zitiert: „Wir haben einen Raum gesucht und haben einen Raum gekriegt." und weiter: „Wenn wir Probleme haben, können wir mit den Streetworkern quatschen, und wenns hart auf hart kommt, gehen wir einen trinken."

Im Jenaer „Winzerclub", dem kommunalen Jugendzentrum in dem sich neben Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe auch Ralf Wohlleben oder André Kapke aufhielten, wurde bereits früh deutlich, welche Konsequenzen dieser Auf- und Ausbau hatte. Neben einem auch für Neonazi-Bands nutzbaren Proberaum und der Möglichkeit, eigene Veranstaltungen und Rechtsrock-Konzerte durchführen zu können, wurden die Räumlichkeiten des „Winzerclub" als Rückzugsort nach Übergriffen im Stadtteil Jena-Winzerla genutzt.

Die zu DDR-Zeiten etablierte, aktive Ignoranz und bewusste Verdrängung des Rassismus-, Antisemitismus und Neonazismus-Problems wurde in den 1990er Jahren fortgeführt. Landesregierung und Verantwortungsträger auf kommunaler Ebene wiesen die Problematik nicht nur von sich, sondern diffamierten gar gegen rechts Engagierte. Thüringens Behörden, Politik, Sicherheitsorgane sowie die Mehrheit der Gesellschaft versagten im Umgang mit Neonazis, im Erkennen, Registrieren und Analysieren der bestehenden und wachsenden neonazistischen Strukturen; der Neonazismus als solches wurde verharmlost. Mit einer kontinuierlichen Gleichsetzung von „links" und „rechts"

ging die Negierung hunderter Übergriffe einher. Noch Ende des Jahres 1996 wurde vom Thüringer Verfassungsschutz ein Thesenpapier erstellt, welches zu „Gelassenheit und Akzeptanz der Ränder in vertretbarem Maße" auffordert und schließlich gar mit dem Fazit endet: „Aufrufe an die Öffentlichkeit, Zivilcourage nützen nichts, führen maximal zu einer Hypersensibilisierung, die zum ‚Hexenjagdklima' führt und gegebenenfalls ein nicht existentes Problem im Sinne einer self fulfilling prophecy herbeibetet."[3] Diese „Gelassenheit" im Umgang mit Neonazi-Strukturen endete für viele alternative Jugendliche und Migrant_innen im Verlust der körperlichen Unversehrtheit und in mehreren Fällen in Thüringen tödlich.







## Antifaschistische Gegenwehr

Die Zunahme neonazistischer Aktivitäten und deren Vernetzungsstruktur im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt (1995 189 rechte Straftaten, 1996 bereits 231)[4] wird aufgrund mangelnder Thematisierung der Polizei, fehlender Berichterstattung lokaler Medien sowie einer gegenteiligen Situationseinordnung Zuständiger und Verantwortlicher im Landkreis zwar nicht der Öffentlichkeit, jedoch in antifaschistischen Kreisen überregional bekannt.

Die sich häufenden Übergriffe in Saalfeld führten 1997 zur Vorbereitung einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto „Den rechten Konsens brechen", die im Juli durch die „Landesarbeitsgemeinschaft Gewerkschafter gegen Rassismus und Faschismus" für den 11. Oktober 1997 angemeldet wird. Neben Gewerkschaften und Parteienvertreter_innen mobilisieren insbesondere antifaschistische Gruppen für den 11. Oktober nach Saalfeld. Alles andere als Unterstützung hingegen gibt es im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt: Sowohl der Bürgermeister als auch Stadträte und Teile der Medien widersprechen – trotz bekannter Statistiken – der Einordnung des Vorbereitungsbündnisses, das Saalfeld eine Hochburg rechter Aktivitäten sei. Allein die Aussage an sich würde dem Ansehen der Stadt Saalfeld schaden, lautete der Vorwurf. Der Aufruf wäre von Gewalt geprägt. Im Landkreis kommt es zu Distanzierungen von der angemeldeten Demonstration – auch von SPD und Teilen der Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Folgend wird die antifaschistische Demonstration sowohl in der medialen Darstellung als auch behördlicherseits diffamiert und Schreckensbilder von vermeintlich anreisenden Chaoten und Chaostagen in Saalfeld inszeniert. Einer der Organisatoren der Demonstration, der Gewerkschafter Angelo Lucifero, erhält derweil von Neonazis Morddrohungen. Dies kommentiert der Leiter des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz, Roewer, im mdr wie folgt: „es sei „normal", daß die, die sich „politisch aus dem Fenster hängen", mit Drohanrufen rechnen müßten."[5] Der Landesverband der NPD Thüringen meldet Anfang August unter dem Motto „Gegen linke Gewalt" einen Aufmarsch – ebenfalls für den 11. Oktober, ebenfalls in Saalfeld – an.




In der Woche vor dem 11. Oktober kommt es zum Verbot beider Demonstrationen. Die Organisator_innen der antifaschistischen Demonstration kündigen bereits wenige Tage später – auch aufgrund der polizeilichen Repression – eine Neuauflage an. Für den 14. März 1998 wird erneut bundesweit mobilisiert. Ebenso beginnen – bereits im Oktober 1997 – erneut die Diffamierungen. So wendete sich der Landrat des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt Werner Thomas (CDU) mit einem Schreiben an die Parteien im Landkreis und rief sie zu „einer konzertierten Aktion [auf], um eine erneute Demonstration in Saalfeld (…) zu verhindern."[6] Den Initiatoren solle verdeutlicht werden, daß die Bürger des Landkreises entschieden Einspruch dagegen erheben, daß ihre Heimat zum Austragungsort der Auseinandersetzung linker und rechter Extremisten wird."[7] Die Demonstration findet schließlich unter enormen Auflagen statt, mehr als 5000 Antifaschist_innen aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligen sich. Erneut distanzieren sich die politisch Verantwortlichen in Saalfeld, der Stadt sei bereits im Vorfeld der Demonstration „ein beträchtlicher, nicht wieder gut zu machender, öffentlicher, politischer, sozialer und damit letztlich wirtschaftlicher Schaden zugefügt worden (…)".[8] Nur 12 Tage später, am 26. März 1998 wird die vierzehnjährige Jana G. von einem der rechten Szene zuzuordnenden Jugendlichen im Saalfelder Stadtteil Gorndorf ermordet.

### Und heute?

Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Ein zwar noch zaghaftes aber beginnendes Umdenken findet nach einem Anschlag auf die Erfurter Synagoge in den frühen 2000er Jahren statt. Medien beginnen über rechte Strukturen und deren Etablierung in Thüringen zu berichten, Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus gründen sich. 2011 enttarnt sich der „Nationalsozialistische Untergrund". Repressionsmaßnahmen der Polizei im Kontext der NSU-Ermittlungen führen zu einem vorübergehenden Rückzug der Neonaziszene.

Dies änderte sich spätestens 2014 – einhergehend mit der Erkenntnis, dass weder Ermittlungen im Zuge des NSU-Komplexes noch ideologisch begründete Aussageverweigerungen im NSU-Prozess zu Konsequenzen führen. Hinzu kam der erneute Versuch der NPD in den Thüringer Landtag einzuziehen. Mit den 2015 auch in Thüringen ankommenden Menschen aus Syrien, Afghanistan, Eritrea und weiteren Ländern entdeckten Neonazis ein altes Kampffeld neu und konnten nicht nur auf erfahrenes Personal, sondern etablierte Strukturen und ein weit verzweigtes Netz zurückgreifen. An Demonstrationen der AfD nahmen Neonazis unwidersprochen durch die Veranstalter teil, zusätzlich wurden eigene Formen (Sügida, Thügida, unzählige Kleinstaktivitäten) etabliert. Demonstrationen gegen Geflüchtete wurden in mehreren Städten durch ehemalige Aktivisten des Thüringer Heimatschutzes organisiert und unterstützt. Führende Neonazis der 1990er Jahre sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Widerspruch erfahren sie selten.

2017 fand in Themar das bis dahin größte Rechtsrock-Konzert mit 6000 Neonazis statt. Ein nicht zu vernachlässigender Teil der organisierenden Strukturen entstammt dem „Thüringer Heimatschutz". Die Neonazi-Szene wächst und differenziert sich aus. Der Umgang mit ihr hat sich – im Vergleich zu den 1990er Jahren – stark gewandelt. Die extreme Rechte wird als Problem nun zumindest anerkannt. Auch die antifaschistischen Demonstrationen sind inzwischen weitaus heterogener. Wenig gewandelt hat sich hingegen das Abwehrverhalten von Städten, aber auch der Polizei gegenüber antifaschistischen Gruppen und Demonstrationen. Während in Eisenach Neonazis nicht nur über ein eigenes Objekt verfügen, in dem regelmäßig Rechtsrock-Veranstaltungen oder Vorträge stattfinden und es kontinuierlich zu Bedrohungen und Übergriffen auf nichtrechte Jugendliche kommt, wurde im Vorfeld einer antifaschistischen Demonstration im März 2019 nicht die Neonazi-Problematik seitens der Bevölkerung skandalisiert, sondern die Antifa-Demonstration. Das Motto: „Die Wartburgstadt ins Wanken bringen" sei die Ankündigung von Gewalt. •

**1** Siegler, Bernd (1991): Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR. Berlin: Edition Tiamat, S. 99. **2** Vgl.: Aussage des Sachverständigen T. R. im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss, 23.04.2012 **3** THÜRINGER LANDTAG 5. Wahlperiode Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln", Drucksache 5/8080, 16.07.2014 **4** Vgl.: Hübner, Carsten: „Rechte Strukturen in Thüringen und in Saalfeld-Rudolstadt" Kopfstand / Neustadt-Orla 1997 **5** Sänger, Fabian: „Wenig Sorgen mit den Rechten." Jungle World Nr. 38, September 1997 **6** Hintergrund: Furcht vor Neuauflage der Demonstration. Saalfelder Landrat wendet sich mit einem eindringlichem Appell an alle demokratischen Parteien. Thüringer Landeszeitung, 23. Oktober 1997. **7** ebd. **8** Saalfeld. Ein Stück deutscher Normalität II. (www.conne-island.de/nf/38/11.html)

TITEL

Kurz nach der sogenannten „Wende“ wird ein Konzert der britischen Rechtsrock-Band „Skrewdriver“ in Ostdeutschland zu einem international wirksamen Mythos der Rechtsrockszene

# Die Messerstecher von Cottbus

## Das „Skrewdriver“-Konzert in Brandenburg

Das Land verändert sich, auch Kriegsflüchtlinge sind gekommen. Viele Bürger haben deshalb Sorgen, und diese Sorgen gehören ernst genommen. Also: Bürgerdialog. Schauplatz: Cottbus, Plattenbaubezirk Sachsendorf. Die „Ausländerfrage“ bewegt die Leute. „Auch die Neonazis haben ihre Meinung“, sagt ein Bürger, „und ich achte diese Meinung.“ Der Cottbuser Bürgermeister zeigt Empathie: „Ich verstehe sie ja!“, ist sein häufigster Satz bei der Veranstaltung. Am gleichen Abend zieht eine Gruppe Neonazis los und attackiert das Flüchtlingsheim in Cottbus-Schmellwitz. Brandenburgs Ministerpräsident verurteilt den Überfall am nächsten Tag mit folgenden Worten: „Ganz Ostdeutschland wird in schädlichen Misskredit gebracht.“

Es ist der Frühherbst 1991 in Südbrandenburg. 40 Kilometer entfernt toben Ende September die rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda – Hunderte beteiligen sich. Auch in Cottbus ist rassistische Gewalt an der Tagesordnung. Genauso wie die „Ausländer“ stehen alternative Jugendliche und ihre Treffpunkte im Fokus der Neonazischläger.

In diesen Tagen kursieren Einladungsflyer in der rechten Skinheadszene: „Skrewdriver“ kommen nach Ostdeutschland. Zum ersten Jahrestag der deutschen „Wiedervereinigung“, also am 3. Oktober 1991, soll die Band um den „Blood & Honour“-Gründer Ian Stuart Donaldson in Werben, einem wenige Kilometer von Cottbus entfernten Dorf, spielen. Die „Deutsche Alternative“ lädt ein, eine später verbotene Neonazi-Kleinpartei aus dem Spektrum des damals prominenten Neonazi-Anführers Michael Kühnen, die in Cottbus laut Medienberichten 300 Mitglieder hat. Es ist klar, dass dies ein Großevent wird. Die regelrecht explodierende, neonazistische Jugendkultur in Ostdeutschland lebt Gewalt und Provokation und sie beginnt, sich zu organisieren. RechtsRock liefert den Soundtrack zu diesem Lebensgefühl und die ostdeutschen Neonazi-Jugendlichen dürsten nach Konzerten mit den Stars der Szene. Die Polizei bereitet einen Großeinsatz vor. Begründung des Innenministers: Es könne „nicht ausgeschlossen werden, dass diese Veranstaltung auch das linke Spektrum mobilisiert und es zu Zusammenstößen kommt“.

„Skrewdriver“ reisen von einem Konzert in Saarbrücken nach Cottbus an und werden im Jugendklub „Sandow“ begrüßt. Der städtische Klub ist über Jahre Szenetreffpunkt und Schauplatz zahlreicher kleinerer Neonazikonzerte: „akzeptierende Jugendarbeit“ heißt das staatliche Umarmungskonzept.[1] Am Abend vor dem „Skrewdriver“-Konzert ziehen britische und deutsche Neonazis betrunken und mit Knüppeln bewaffnet durch die Stadt. Am alternativen Jugendklub „Gladhouse“, der wenige Tage zuvor schon einmal attackiert wurde, randalieren die Rechten und sprühen mit Tränengas. Was dann genau geschieht, wird nie gerichtsfest geklärt. Fest steht: Ein langhaariger 20-jähriger Deutscher wird gegen 21 Uhr im Bereich der Stadtpromenade durch Messerstiche in den Rücken aus der Gruppe der Neonazis lebensgefährlich verletzt. Das Messer soll laut den späteren Ermittlungen der Staatsanwaltschaft der „Skrewdriver“-Gitarrist Stephen Calladine, Spitzname „Stigger“, in der Hand gehabt haben.

Acht Personen, sieben Briten und ein Deutscher, werden verhaftet, darunter auch Ian Stuart Donaldson und seine Freundin Diane C. Die beiden letztgenannten werden einige Stunden später wegen fehlenden Tatverdachts freigelassen. Die anderen Verhafteten sagen in einer ersten Vernehmung gegenüber dem Ermittlungsrichter aus, sie hätten ihr Opfer angegriffen, weil sie ihn für einen „linken Intellektuellen“ gehalten hätten.

Das geplante Konzert findet am nächsten Tag trotzdem statt. Um die 1000 Neonazi-Skinheads kommen nach Werben in den Landgasthof „Stern“, es ist ein Stelldichein der ostdeutschen Neonazi-Militan-

ten. Bei Vorkontrollen beschlagnahmt die Polizei zahlreiche Waffen. Sonst greift sie nicht ein, trotz zahlreicher „Sieg Heil“-Rufe. Die Neonazis prügeln sich mangels anderer Zielobjekte untereinander: „Während des ganzen Gigs gab es kleinere Boxereien, sogar die Renees schlugen sich“, wird in „Oi! Deutsches Echo“, berichtet. Zunächst spielen mit „Radikahl“, „Tonstörung“ und „Störkraft“ drei der damals bekanntesten deutschen RechtsRockbands. Schließlich tritt Ian Stuart Donaldson auf. Mit „Störkraft“-Musikern als Ersatz für seine inhaftierten Bandkollegen spielt er einige „Skrewdriver“-Songs und fordert die Freilassung der insgesamt sechs tatverdächtigen Neonazis. Von Donaldsons Ansagen angestachelt belagern laut Szeneberichten noch in der gleichen Nacht 300 Skinheads die Cottbuser Polizeiwache, um die Gefangenen freizupressen. In der Lokalpresse ist davon nichts zu lesen. Stattdessen wird berichtet, dass Neonazis versucht hätten, zwei Flüchtlingsheime anzugreifen. Der Landrat hingegen zeigt sich erfreut: Es habe rund um das Konzert „keine Ausschreitungen“ gegeben.

Ian Stuart Donaldson nimmt zurück in Großbritannien umgehend eine Solidaritätsplatte für seine Bandkollegen auf. „Justice for the Cottbus Six“, fordert der Titeltrack. Tatsächlich sind alle Inhaftierten gegen Zahlung von Kautionen noch im November wieder auf freiem Fuß. Der ab 1993 geführte Prozess verläuft im Sand. Nur drei der Angeklagten erscheinen überhaupt vor Gericht. Immer wieder werden die Verhandlungen vertagt, das Verfahren schließlich sang- und klanglos eingestellt. Die fast tödliche Messerattacke bleibt ungesühnt. Der Nimbus der Durchsetzungskraft und Unantastbarkeit der Neonazis wird so noch gestärkt.

Die Ereignisse um das Cottbuser Konzert gehören zu den Gründungsmythen der ostdeutschen RechtsRockszene. Es war eines der ersten großen Neonazi-Konzerte in den neuen Bundesländern. Ein Jahr später wurden die Teilnehmerzahlen noch übertroffen, als Ian Stuart Donaldson für eine Neuauflage des Wiedervereinigungskonzerts in Massen bei Finsterwalde in die Region zurückkehrte. Die Stars des RechtsRocks, den meisten der ostdeutschen Neonazi-Jugendlichen bis dahin nur durch Audiokassetten-Raubkopien bekannt, konnten hautnah erlebt werden. Ereignisse wie diese wurden zur Inspiration für ostdeutsche Neonazis, selbst musikalisch aktiv zu werden. In Cottbus gründete sich 1992 „Frontalkraft“ – bis heute eine der wichtigsten aktiven Bands bundesweit. Die Aura der Gewalttätigkeit machte den RechtsRock für seine Fans nur noch attraktiver. Subkultur und Politik, Rassismus und Gewalt waren untrennbar verknüpft. Das „Blood & Honour“-Netzwerk, das Ian Stuart Donaldson bei seinen Deutschlandaufenthalten aus Großbritannien importierte, ist trotz Verbots im Jahr 2000 immer noch aktiv. Schon oft ist beschrieben worden, wie „Blood & Honour“ für den Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ den Rahmen lieferte und Unterstützungsarbeit leistete.


Neonazi-Konzert im Mai 1992 in Massen bei Finsterwalde, u.a. mit den Bands Radikahl, Bomber und erneut Skrewdriver.

Das „Cottbus 6“-Album und ein Videomitschnitt haben zu der Mythisierung des Konzertes 1991 beigetragen. Cottbus ist in der RechtsRockszene auch deswegen international bis heute ein klingender Begriff. „Skrewdriver“-Sänger Ian Stuart Donaldson, 1993 bei einem Autounfall verstorben, ist eine Kultfigur des RechtsRock, ihm sind zahlreiche Erinnerungstexte aus der RechtsRockszene gewidmet. Die Cottbuser Ereignisse dürfen dort nicht fehlen. Wie bei popkulturellen Narrationen nicht unüblich, sind die Details verschwommen und widersprüchlich – besonders in Hinsicht auf den Messerangriff. In der Ian-Stuart-Donaldson-Biografie „Diamonds in the Dust“ wird geschildert, dass die „Cottbus 6“ völlig anlasslos und unschuldig von der Polizei verhaftet worden seien. Der deutsch-britische Neonazi Magnus Wagg berichtete hingegen, dass es sich um Notwehr gegen den Angriff einer „kommunistischen Bande“ gehandelt habe. In „Ian Stuart Nazi Rockstar“ wird wiederum freimütig eingeräumt, dass die Neonazis einen „Youth Club“ angegriffen hätten. Der „Frontalkraft“-Sänger Sten Söhndel feierte in einem Interview Jahre später die Messerstecherei und stellt sie als rassistischen Gewaltakt dar: Die Briten hätten sich durch „dunkelhäutige Bananenpflücker“ provoziert gefühlt und darum „geschliffenen englischen Stahl“ zum Einsatz gebracht. Am Mythos wird beständig weitergestrickt. Er kann sogar noch wirksamer werden, je mehr Zeit vergeht und je mehr Platz für Gerüchte und Legenden gelassen wird. Das weiß auch der damalige Hauptverdächtige Stephen Calladine. 2018 meldete er sich vielsagend-nichtssagend in einem neu erschienenen „Skrewdriver“-Fanbuch zu Wort: „Die, die damals dabei waren, wissen, was passiert ist.“ •

**Der Artikel basiert auf den Schilderungen im Buch „Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs“, erschienen im Mai 2019 im Be.bra-Verlag. Herausgegeben von Gideon Botsch, Jan Raabe, Christoph Schulze; 22 Euro.**

**1** Zu den Mitorganisatoren des Konzertes gehörte laut eines Fanzineberichtes „Tattoo-Andy“. Andreas Muschik, schon zu DDR-Zeiten Neonazi-Skinhead, war zeitweise als Sozialarbeiter rund um den Jugendklub Sandow tätig. Spater war er Anführer der „Hells Angels“ in der Stadt und ist bis heute als Tätowierer tätig. Zur Kritik der „akzeptierenden Jugendarbeit“ erschienen fruhzeitig Texte im AIB, die auch die Situation in Cottbus berücksichtigten. Vgl. Jugendarbeit mit Rechten. Rechte Jugendarbeit?, AIB 21, März/April 1993, S. 11-18. Cottbus: Mitarbeiter von Jugendhilfe e.V. verurteilt, AIB 24, Oktober/November 1993, S. 25.

TITEL

Ausgehend von den Fankurven der DDR-Fußballstadien entstanden mit Beginn der 1980er Jahre zunehmend Neonazi-Skinhead-Netzwerke und rechte Hooligan–Gruppen

# Neonazis in der DDR

## Vor, während und nach der Wendezeit

DIETMAR WOLF

Letztendlich ist es unbestreitbar. Im Kern war die DDR ein antifaschistischer Staat. Schon die von den Alliierten beschlossene personelle und strukturelle Entnazifizierung wurde in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) deutlich entschlossener, radikaler und vor allem umfänglicher umgesetzt, als in den drei westlichen Besatzungszonen zusammen. Dies betraf alle Bereiche der Gesellschaft. Allein zwischen Mai 1945 und 1948 wurden 520.000 Mitglieder der NSDAP aus diesen Bereichen entfernt. Doch entstand dadurch das Dilemma, dass für den Wiederaufbau benötigtes Fachpersonal fehlte. Bei der Abwägung zwischen politischer Entnazifizierung sowie wirtschaftlichem Interesse, bzw. Fachkompetenz, wurde letzteres höher bewertet. Und so verkündete 1948 die sowjetische Militäradministration (SMAD) mit dem Befehl Nr. 64 das Ende der Enteignung und mit dem Befehl Nr. 35 das Ende der Entnazifizierung. In den 1950er und 1960er Jahren waren viele ehemalige Nazis in alle Bereiche der Wirtschaft, Politik, Medien und des Sicherheitsapparates zurückgekehrt. Manche von ihnen auch in höhere Staatspositionen.

Und so mussten sich die Herrschenden in der DDR bereits in den 1970er Jahren mit der Situation auseinandersetzen, dass faschistisches und rassistisches Gedankengut in großen Teilen der Bevölkerung weiter und wieder tief verwurzelt war. Von Anfang an hatten die Protagonisten des jungen Staates mit einem schwerwiegenden Dilemma zu tun, das für spätere Generationen der DDR fatale und nachhaltige Folgen hatte. Denn es gab dort, so Dirk Teschner in der Zeitschrift telegraph, „nur eine einseitige Faschismusrezeption, die im Kern als Ursachen von Hitler, Holocaust und 2. Weltkrieg ‚die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischsten, am meisten imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals' ausmachte. Aus diesem Grund kann es nicht verwundern, daß es bis heute nie zu einer offenen Diskussion darüber kam, was in einem deutschen sozialistischem Staat nach dem deutschen faschistischen Staat, nach dem Holocaust, mit den in Deutschland lebenden deutschen Menschen passieren sollte. Hinzu kam, daß der sozialistische Staat auf deutschem Boden nicht durch eine Revolution, sondern vielmehr während der Besetzung der Roten Armee der Sowjetunion aufgebaut wurde. Es wäre unumgänglich gewesen, eine offene, demokratische Aufarbeitung und Diskussion zu führen: über die Machtergreifung Hitlers und die Unterstützung durch den Großteil des deutschen Volkes und den Wiederaufbau nach der Befreiung Deuschlands. Aber dem stand Stalin im Weg und das Mißtrauen der Überlebenden, Antifaschisten und Juden, gegenüber einem Großteil des deutschen Volkes. Es bleibt der Eindruck einer schizophrenen SED-Führung, die einerseits dem Volk mißtraute, gleichzeitig aber auch Alt-Nazis in führende Positionen hievte – und deswegen nie eine wirklich die Gesellschaft erfassende antifaschistische Umwälzung in die Wege bringen konnte." [1]

Ab 1985 kam es vermehrt zur Gewalt gegen Vertragsarbeiter_innen und dunkelhäutige Ausländer_innen in verschiedenen Städten, wie zum Beispiel in Eberswalde, Dresden, Ostberlin, Cottbus, Görlitz und Königs Wusterhausen. In Weimar terrorisierte eine Gruppierung von bis zu 300 Neonazis um die Jahre 1988/1989 die Stadt.

„Schon 1989 gab es ein DDR-weites funktionierendes kommunikatives Netzwerk", heißt es auf dem Webblog „Antifa_Nazis-DDR.de. „Die Phase der Ablösung von der jugendkulturellen Bewegung setzte ein, es entstanden neonazistische Konglomerate. Die meisten Kreis- und kreisangehörigen Städte der DDR hatten 1989 Nazi-Szenen etwa in der Stärke von 5–50 Personen."[2]

### Der Neonaziüberfall auf die Zionskirche und die Folgen

Besonders das Jahr 1987 stellt eine Zäsur in der öffentlichen Wahrnehmung und im Umgang mit Neonazis in der DDR dar. Am 17. Oktober 1987 überfiel eine Gruppe Neonazis ein Rockkonzert in der Ostber-




Neonazis in ihrem Haus in der Berliner Weitlingstraße 122.

liner Zionskirche. Waren bis dahin Skinheads in den Medien und öffentlichen Diskussionen quasi nicht vorhanden, änderte sich das nun grundlegend. Selbst das SED-treue „Komitee der Antifaschisten" forderte zaghaft staatliche Schritte. Einige der am Überfall beteiligten Neonazis wurden vor Gericht gestellt und in zweiter Instanz zu mehreren Jahren Haft verurteilt. In der Folge wurde versucht, das Problem mit zahlreichen weiteren Gerichtsprozessen zu bewältigen.

Jedoch wurde ein neonazistischer oder rechtsradikaler Hintergrund stets verleugnet. Demzufolge wurden ausschließlich die §212 – Widerstand gegen staatliche Maßnahmen, §215 – Rowdytum und §220 – öffentliche Herabwürdigung angewendet. Die Verurteilten kamen in den normalen DDR-Strafvollzug. Nicht selten wurden die verurteilten Neonazis schon während ihrer Haft durch Vermittlung des Westens als „Dissidenten" in die BRD freigekauft, oder nach ihrer Haftentlassung von der DDR zur Ausreise in die BRD gezwungen. Gleichzeitig verfolgte man das Ziel, Skinheads aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Sämtliche öffentlichen Einrichtungen erhielten intern die Anweisung, Skinheads und nach Skinhead aussehende Personen den Zutritt zu ihren Einrichtungen zu verweigern, sie nicht zu bedienen und im Weigerungsfall die Polizei zu verständigen. Das allerdings führte schnell dazu, dass sich die rechten Skinheads in der Öffentlichkeit quasi tarnten. Sie ließen sich die Haare wachsen und trugen vermehrt statt Bomberjacke eher Jeans- oder Blousonjacken, statt Springerstiefel eher Turnschuhe. Bei der Frage über Ursachen und Gründe für diese „Erscheinungen" und die Gewalt machten es sich die Staatslenker in der DDR einfach und beschränkten sich auf propagandistische Plattitüden. So schrieb z.B. das damalige FDJ-Zentralorgan „Junge Welt", dass vor allem der übermäßige Genuss des Westfernsehens Schuld an diesen Auswüchsen sei.

Letztendlich musste sich selbst das „Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) ein Scheitern seiner Praxis eingestehen. Ein leitender Offizier, verantwortlich für die Ermittlungsverfahren gegen die rechte Szene schrieb im Frühjahr 1989: „Es kann nicht alleinige Aufgabe der Untersuchungsorgane sein, sich mit der Bekämpfung dieser Erscheinungen auseinanderzusetzen. Das kann nur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, in der alle Erziehungsträger gefordert werden müssen."[3]

Sorgen ganz anderer Art bereitete der DDR-Partei und -Staatsführung einige unabhängige Antifa-Gruppen, die sich im politischen Umfeld der DDR-Opposition bildeten. Ihre Versuche, auf das Neonaziproblem aufmerksam zu machen und darüber auch andere junge Menschen zu erreichen, bedrohten den Alleinvertretungsanspruch von SED und FDJ über die Jugend. Anstatt diese Gruppen zu unterstützen, begann das MfS, die Antifa-Gruppen gezielt durch Spitzel auszuspähen, zu unterwandern und zu zersetzen.[4] Man glaubte, dass diese Antifa-Gruppen mit der öffentlichen Thematisierung von faschistischen Entwicklungen und rassistischen Tendenzen in der Bevölkerung der DDR eine Bedrohung für das Bild vom ersten antifaschistischen Staat auf deutschem Boden darstellten. Es ist schon ein kleiner Treppenwitz der Geschichte, dass sich jene, die im Herbst 1989 auch in den unabhängigen Antifa-Gruppen den politischen Feind identifizierten – seien es FDJ, SED, oder Volkspolizei – angesichts des drohenden Zusammenbruches ihrer Macht um den Jahreswechsel 1989/1990, nun Angebote zur Zusammenarbeit unterbreiteten. Die Antifa-Aktivist_innen lehnten dies jedoch ab.

**Die politische Wende gibt den DDR-Neonazis Auftrieb und neue Möglichkeiten**

Mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989, veränderte sich auch das Bild auf den Demonstrationen und Kundgebungen im Land. Nun dominierten auf den Montagsdemonstrationen in Leipzig die Deutschland- und Reichskriegsfahnen das Bild. Auch neofaschistische Parteien der BRD vertrieben hier tonnenweise Propagandamaterial und zogen die Stimmung in kürzester Zeit nach rechts. Gleichzeitig kamen viele der in den vorherigen Jahren abgeschobenen DDR-Neonazis zurück in die DDR, knüpften alte Kontakte und stellten Verbindungen zu Neonazi-Gruppierungen im Westen her. Neben neuen Ostgruppen der entsprechenden westdeutschen Parteien, entstanden auch völlig neue und zunächst eigenständige Neonazi-Parteien wie die „Nationale Alternative" (NA) in Ost-Berlin.

Mitte Februar 1990 besetzten einige NA-Kader in Berlin-Lichtenberg mehrere Häuser. Als Reaktion auf diese Besetzungen und als Ergebnis von Verhandlungen bot die Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) Lichtenberg den Neonazis das Haus Weitlingstraße 122 als alternatives Objekt an. Bereits einige Wochen später bekamen die Funktionäre der NA einen Mietvertrag für dieses Haus. Zur gleichen Zeit wurden die leerstehenden Häuser Weitlingstraße 115, 117 und Lückstr. 24, eher temporär, von „Nazi-Kids" aus dem Umfeld der NA besetzt und frequentiert.

Dass gerade diese Häuser besetzt wurden, hatte historische Hintergründe. Bereits 1986 wurden sie schon einmal von



Fotoarchiv telegraph / Prenzlberg Dokumentation e.V.



Fotoarchiv telegraph / Prenzlberg Dokumentation e.V.

**Oben:** 24. März 1990: Rechte Hooligans des Berliner Fußballklub Dynamo (BFC) randalieren nach einem Punktspiel auf dem Alexanderplatz. Sie liefern sich Scharmützel mit der Volkspolizei, greifen Linke und Migrant_innen an und verwüsten den bekannten Schwulen-Treff „Espresso". Am Ende werden die Neonazis von etwa 100 Antifas angegriffen und verjagt.

**Unten:** Frühjahr 1990: Rechte Hooligans des BFC Dynamo im Ostberliner Jahn-Sportpark.

Neonazis besetzt. Damals waren diese Wohnungen vorrangig an ehemalige Strafgefangene vergeben worden. Jedoch standen oft Wohnungen leer, weil Bewohner wieder ins Gefängnis kamen oder unbekannt verschwanden. In diese Wohnungen zogen damals Neonazis ein und hielten die übrigen Bewohner_innen über längere Zeit durch Gewalt unter Kontrolle. Aus Furcht vor Schlägen trauten diese sich anfangs nicht, Anzeige zu erstatten. Erst durch die Anhäufung von Beschwerden von Anwohner_innen anderer Häuser sah sich die Stasi genötigt, die besetzten Wohnungen zu räumen und die rechten Besetzer kurzzeitig festzunehmen.

Ab dem Zeitpunkt der legalen Übernahme des Hauses Weitlingstraße 122 durch die NA wurde das Haus zu einem der wichtigsten Zentren für Neonazis in ganz Deutschland und im Ausland. Viele Neonazikader, unter anderen Michael Kühnen, Christian Worch und Gottfried Küssel, besuchten und nutzten diesen Ort. Gleichzeitig war das Haus Ausgangspunkt für Neonazi-Aktionen und gewaltsame Überfälle auf besetzte Häuser, linke und alternative Kneipen, auf Ausländer_innen und auf linke und alternative Menschen. Dies nahm ein breites Berliner Bündnis Ende Juni 1990 zum Anlass, eine große Demonstration durch Lichtenberg durchzuführen.[5]

### Rechte im Stadion

Allgemein sahen sich im ersten Halbjahr 1990 viele der 200 von Linken und alternativen Menschen besetzten Häuser in Ostberlin permanenten Angriffen von Neonazis, Neonazi-Skinheads, sowie rechten Hooligans vom BFC Dynamo ausgesetzt. Diese überfielen vor allem nach Ligaspielen im heimischen Stadion im Ostberliner Stadtteil Prenzlauer Berg regelmäßig die umliegenden besetzten Häuser, die sich selbst in permanenter Alarmbereitschaft befanden. Hier entwickelte sich aus Sicht der Ostberliner Besetzer_innen ein für sie ganz neues Verständnis von Selbstverteidigung und notwendiger antifaschistischer Militanz: „Die Gewalt kam zu uns und nicht wir zu ihr!"[7] Gerade um diese Hools bemühten sich die Westberliner Neonazis der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) und der „Nationalistischen Front" (NF). Bereits in den 1980er Jahren gab es gute Kontakte in die rechte Szene des BFC. Westberliner NF-Kader wie Andreas Pohl und Christian F. besuchten schon vor der Wende Spiele des BFC Dynamo. So verwunderte es nicht, dass der seit Anfang der 80er Jahre uneingeschränkte Anführer der BFC-Hooligans Jens Uwe V. nach seiner Ausreise in den Westen 1988 schnell Anschluss an die Kreise der NF in Westberlin fand. Nach der Wende kehrte auch er in den Osten zurück. Trotzdem gelang es nicht, die BFC-Hools dauerhaft in verbindliche Neonazi Strukturen zu integrieren.

### Aufbau von Organisationen

Die NF verlegte schon mit Beginn der 1990er Jahre ihren Arbeitsschwerpunkt in den Norden Brandenburgs. So entstand in den Folgejahren im Raum Kremmen-Velten-Oranienburg eine gut vernetzte Neonazistruktur, die auch nach mehreren Verboten in Form einer gut vernetzten Kameradschaftsstruktur auf Basis der ursprünglichen Stützpunkte der NF weiter existierte: „Man habe die lokalen „Stützpunkte in die vollständige Autonomie entlassen"[7]

Ähnliche Ansätze verfolgte die FAP. So

gelang es ihr, im Norden von Ostberlin über einen gewissen Zeitraum einige Strukturen in Form von WGs und Kneipen aufzubauen und in diesem Umfeld ansatzweise einen hegemonialen Gewalt- und Bedrohungszustand zu errichten. Allerdings sahen sie sich ab dem Jahreswechsel 1991/1992 zunehmenden konfrontativen Reaktionen durch Berliner Antifaschist_innen ausgesetzt. So verhinderten hunderte Antifaschist_innen durch direkte Angriffe einen Aufmarschversuch der FAP am 1. Mai 1992. Durch hartnäckiges Nachsetzen gelang es in den folgenden Monaten, die Handlungsfähigkeit der FAP in diesen Kiezen weiter einzuschränken und sie zur letztendlichen Aufgabe dort zu zwingen.

Neben der NA etablierte sich mit der „Deutschen Alternative" (DA) im gleichen Zeitraum die zahlenmäßig größte Neonaziorganisation im brandenburgischen Cottbus. Eine zentrale Rolle spielte dabei der DDR-Neonazi Frank Hübner. Dieser wurde 1984 wegen versuchter Gründung einer illegalen Wehrsportgruppe in Cottbus inhaftiert und als politischer Häftling von der Bundesregierung 1985 freigekauft. Im Westen schloss sich Hübner nahtlos verschiedenen Neonaziorganisationen an und wurde dort schnell zu einem Kader. Nach der Öffnung der Mauer kehrte Hübner nach Cottbus zurück. Dort begann er zusammen mit den Cottbusser Neonazis Rene Koswig und Carsten Wolter Mitglieder zu rekrutieren. Bereits 1990 gründeten sie den DA-Landesverband Brandenburg. Bald stießen auch die Mitglieder der Berliner NA zur DA und übernahmen dort führende Funktionen. Gleichzeit entstand im sächsischen Hoyerswerda ein weiterer starker Landesverband der DA. Dieser wurde angeführt von Roman Dannenberg. Dannenberg war ähnlich wie Hübner zu DDR-Zeiten in den Knast gekommen und dann in den Westen abgeschoben worden. Nach der Wende kehrte auch er in die DDR zurück und betätigte sich aktiv am Aufbau neuer Neonazistrukturen. Die DA hatte rund 800 eingetragene Mitglieder und eine realistische Chance, bei den Kommunalwahlen ins Stadtparlament von Cottbus einzuziehen. Wahrscheinlich konnte nur ihr Verbot die weitere Expansion sowie den Einzug in diverse Parlamente verhindern.[8]



Fotoarchiv telegraph, Prenzlberg Dokumentation e.V.

Neonazis und „Republikaner" im Januar 1990 auf einer Montagsdemonstration in Leipzig.

Ein weiterer wichtiger Akteur der Zeit war die Dresdner „Nationale Offensive" (NO) von Rainer Sonntag. 1987 wird Sonntag aus Dresden mit anderen DDR-Neonazis wegen Körperverletzung und Rowdytum verurteilt und kurz darauf in den Westen abgeschoben. Im hessischen Langen machte er schnell Karriere in der „Nationalen Sammlung" (NS). Im Dezember 1989 kehrte Sonntag nach Dresden zurück. Dort wird er zur zentralen Figur der lokalen Neonaziszene. Immer neue Gruppen entstanden und die Gewalt stieg spürbar an. Im Sommer 1991 wurde Rainer Sonntag von zwei Zuhältern auf offener Straße erschossen. Rund 2.000 Neonazis beteiligen sich daraufhin an einem Gedenkmarsch durch Dresden.[10]

Personen wie Hübner, Dannenberg und Sonntag zeigen, dass es im besonderen Kühnens Strukturen waren, die in den 1980er Jahren von der DDR ausgewiesene Neonazis einsammelten, zu politischen Kadern entwickelten und sie nach dem Mauerfall zum Aufbau von Strukturen zurück in den Osten schickten. Und so ist es nicht verwunderlich, dass deren neue Gruppen in das Netzwerk der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) von Kühnen eingebunden wurden und maßgeblich am Aufbau einer deutschlandweiten Vernetzung beteiligt waren.

Die dezentrale Neustrukturierung großer Teile der Neonazi-Szene nach diversen Verboten fußt auch auf dem Ende der 1980er Jahre entwickelten und in den ersten Jahren der 1990er Jahre ausgebauten Widerstands-Konzept von Michael Kühnen und seiner GdNF. Letztendlich kann davon ausgegangen werden, dass viele frühere GdNF-Kader auch heute noch politischen Einfluß in der rechten Bewegung haben.

Einige Teile des politischen Erbes von Michael Kühnen und seiner GdNF haben diverse Umstrukturierungen und Veränderungen innerhalb der Neonazi-Szene überlebt. Schon Ende der 1980er Jahren hat Kühnen das Potential im Osten erkannt. Das belegt u.a. sein „Arbeitsplan Ost" aus dem Jahr 1990, in dem er den Aufbau militanter neonazistischer Strukturen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR beschrieb. Der Osten war für Kühnen der Schlüssel zum Erfolg. In gewisser Weise hat er, auch Jahrzehnte nach seinem Tod, recht behalten. •

1 Dirk Teschner, Faschistische Vergangenheit in der DDR, Zeitschrift telegraph 3/4 1998 2 www.antifa-nazis-ddr.de/junge-faschisten-in-der-ddr/ 3 Walter Süß „Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS", Berlin 1996 4 Ausführlich dazu: „Feindlich-Negative Antifa? Oder: Vom Missverhältnis des staatsoffiziellen Antifaschismus der DDR zum unabhängigen Antifaschismus ihrer letzten Generation", in: Christin Jänicke, Benjamin Paul-Siewert, 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland, Westfälisches Dampfboot, ISBN: 978-3-89691-102-5 5 mehr dazu: Das Neo-Nazi-Haus Weitlingstraße 122 in Berlin-Lichtenberg http://telegraph.cc 6 „Von der aufgezwungenen Selbstverteidigung zur Gegenmacht", Zeitschrift telegraph, 133/134 _ 2018/2019 7 Taz vom 30. 12. 1994, „Volkische Front ohne Zentrale", 8 Die „Deutsche Alternative" wurde nach dem Vereinsgesetz verboten, obwohl sie eine legale Partei war. Ein Verbot nach Parteiengesetz wäre viel schwieriger durchsetzbar gewesen. 9 www.antifa-nazis-ddr.de/ddr-nazis-fotos-und-fakten

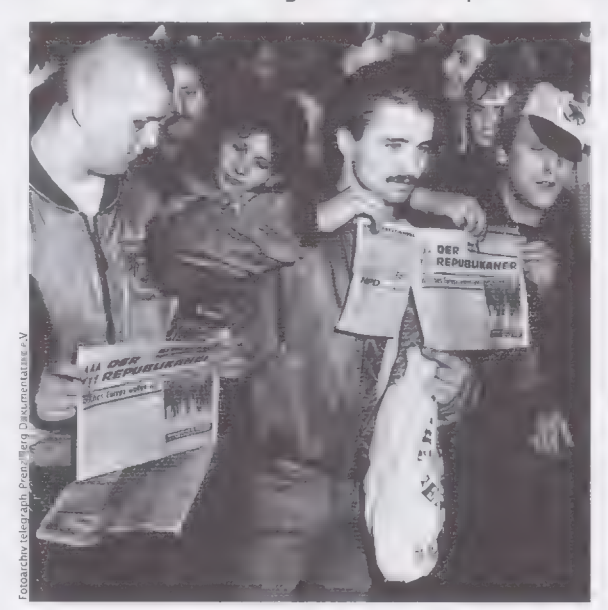
**TITEL**

Nicht erst seit dem Aufstieg von PEGIDA gibt es eine breite öffentliche Debatte um spezifisch ostdeutsche Formen des Protests. Die extreme Rechte appellierte seit 2015 an kollektive ostdeutsche Protesterzählungen und Erfahrungen. Zeitweise mit großem Erfolg. Wo liegen die Quellen und Brüche ostdeutscher Protestgeschichte?

# Protest am Montag

## (Ohn)-Macht der Straße – Protest und Protestnarrative in Ostdeutschland

In den Augustwochen des Jahres 2004 entwickelte sich ausgehend von Magdeburg eine ostdeutschlandweite Bewegung gegen einen zentralen Baustein der rotgrünen Arbeitsmarktreform: Die Zusammenlegung von Arbeitslosen-und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe, bekannt unter dem Namen Hartz IV. Nachdem Ende Juli die Erfassungsbögen für die Neuordnung des Bezugs von Sozialleistungen an die Betroffenen verschickt worden waren, wurde vielen bewusst, dass die geplanten Maßnahmen nach dem massenhaften Arbeitsplatzverlust in der ostdeutschen Industrie in den 1990er Jahren einen weiteren, schwerwiegenden sozialen Einschnitt für sie bedeuteten. Von Woche zu Woche gingen in ostdeutschen Städten mehr Menschen auf die Straße. Einer der Initiatoren der Proteste war der Erwerbslose Andreas Ehrhold aus Magdeburg. Ohne organisatorischen Rückhalt einer Gewerkschaft oder Partei hatte er in der Innenstadt Faltblätter ausgelegt, die zum Protest aufriefen. Waren es in den ersten zwei Wochen Hunderte, so folgten dem Aufruf Ende August 2004 allein in Magdeburg mehr als zehntausend Menschen. Andreas Ehrhold verortete sich selbst nicht in einem politischen Koordinatensystem. Sein Protestaufruf richtete sich gegen den drohenden sozialen Statusverlust ostdeutscher Erwerbsloser durch die Anrechnung von Kleinvermögen. Als Parteien und Gewerkschaften versuchten, auf die Agenda der Hartz IV-Proteste im Osten Einfluß zu nehmen, traf dies auf Skepsis. Mit Gewerkschaften hatte man bei der Schließung der Kombinate im Osten schlechte Erfahrungen gemacht und sah sie nicht als Interessenvertretung an. Parteien waren als Organisationsform politischer Interessen durch die Politik der SED diskreditiert. Die westdeutschen Instrumente der Vermittlung und Integration von Protest griffen nicht. Im Herbst 2004 brach der Protest ein, ohne sein Ziel, die Verhinderung von Hartz IV, erreicht zu haben.



Fotoarchiv telegraph Prenzlauer Berg Dokumentations e.V.

Mit der Parole „Weg mit Hartz IV. Das Volk sind wir." griff der Protest auf das zentrale Motto des Umbruchsjahres 1989 zurück: „Wir sind das Volk". Die Protestakteure des Jahres 2004 sahen sich als Erben der damaligen Proteste. Befragungen von Teilnehmenden der Hartz IV-Proteste, die ein Team um den Sozialwissenschaftler Roland Roth und Dieter Rucht durchführten[1], zeigten die bereits damals wirksame Selbstlegitimation des Protests mit der Erfahrung des Jahres 1989. Viele Teilnehmende verwiesen darauf, sie seien bereits 1989 auf die Straße gegangen und äußerten die Erwartung, die Proteste würden binnen kurzem die Bundesregierung, namentlich den damaligen Arbeitsminister Wolfgang Clement zu politischen Zugeständnissen zwingen. Clement zeigte dem Protest jedoch die kalte Schulter. Letztlich erwies sich seine Strategie, die Proteste einfach auszusitzen und Zugeständnisse nachzuschieben als Erfolg: Die Hartz IV-Proteste scheiterten somit auf die gleiche Weise, wie die Sozialproteste gegen die Schließung ostdeutscher Betriebe zwischen 1990 und 1992 gescheitert waren.

### Protestmotive, Ziele und Methoden

Die Ausrichtung der Hartz IV-Proteste im Osten orientierte sich an der Protesterfahrung des Jahres 1989, politische Interessen durch die Massenhaftigkeit des Straßenprotestes durchsetzen zu wollen. Dass dies in westdeutschen Kontexten von Macht und Herrschaft nicht funktionieren kann, es vielmehr anderer Instrumentarien der Protestartikulation und der Repräsentation von Gegenmacht bedarf, als des Straßenprotests, blieb in Ostdeutschland nach 2004 unbegriffen. Das Protestmuster, wonach man nur „unten" lange genug

auf die Straße gehen müsse, bis „oben" geschehe, was „unten" gewollt werde, speist sich aus der Erfahrung der späten DDR, als Massenproteste binnen Wochen ein ganzes politisches System zum Einsturz brachten. Typisch westdeutsche Verlaufsformen von Protestbewegungen, vom Impuls der Mobilisierung über die Gründung von Bürgerinitiativen bis zur Institutionalisierung partikularer Interessenvertretungen in Verbänden und professionellen NGOs sind in Ostdeutschland nicht verankert. Die Überführung von Protest in Ostdeutschland in ein dauerhaftes politisches Engagement ist im Hinblick auf die Skepsis der Ostdeutschen gegenüber Parteien paradoxerweise in den Parteien LINKE und AfD gelungen.

### Anknüpfung an rassistische Proteste der 90er Jahre? PEGIDA

Die Hintergründe des Aufstiegs von PEGIDA als rechter Kristallisations- und Radikalisierungsmoment reaktionärer Strömungen in der ostdeutschen Gesellschaft sind hinlänglich[2] beschrieben. Zwei Momente verdienen Betrachtung. Zum einen, dass PEGIDA bei allen Bemühungen seiner Akteure und extrem rechten Multiplikatoren nie wirklich über Sachsen als Protestplattform hinauskam, und anders als die Hartz IV-Proteste keine große ostdeutschlandweite Massenbewegung in Form von Demontrationen auslöste, sondern vielmehr eine Welle rassistischer Gewalt auslöste, als auch rassistische Mobilisierungen in anderen Regionen stützte und stärkte. Zweitens, dass PEGIDA zum erfolgreichen Erprobungsraum neurechter politischer Kommunikationsstrategien avancierte und für die Etablierung einer rechten Sammlungsbewegung in Gestalt der AfD als Partei einen Beschleunigungseffekt hatte. Für alle Fraktionen der deutschen extremen Rechten ist PEGIDA und der Aufstieg der AfD ein Beleg dafür, dass Ostdeutschlands gesellschaftliche und geschichtliche Topographie ideale Bedingungen bietet, einer rechten ideologischen Agenda Resonanz zu verschaffen. Dies reicht von Faktoren wie dem geringen Migrantenanteil, über eine prekäre Zivilgesellschaft bis hin zu Strukturen in Polizei und Justiz, die seit nunmehr zwei Jahrzehnten die Ausbreitung rechter und rassistischer Strukturen in Ostdeutschland verharmlosen und nicht konsequent bekämpfen. Diese Fragilität der ostdeutschen politischen Kultur verschafft rechten Mobilisierungsformaten eine Resonanz, die über Einzelereignisse wie Heidenau, Clausnitz oder Chemnitz hinausreicht.

Bei der Betrachtung ostdeutscher Proteste nur auf die Hartz IV-Proteste, PEGIDA oder vergleichbare rassistische Mobilisierungen zu schauen, greift jedoch zu kurz. Denn die Welle rassistisch motivierter Proteste seit 2013 in Ostdeutschland hat ihre Vorgeschichte in den frühen 1990er Jahren. Die „Generation Hoyerswerda", Jugendliche und junge Erwachsene der Generation derer, die Anfang der 1990er Jahre zwischen 18 und 28 Jahre alt waren, machte die Erfahrung der Durchsetzbarkeit ihrer Forderungen mit Gewalt. Der Rekurs auf diese Erfahrung ist keineswegs nur ein virtueller. Vielerorts traten als aggregierte Kerne der rassistischen Mobilisierung eben jene Akteure auf, die bereits in den frühen 1990er Jahren an der Umsetzung der damals jugendkulturellen rechten Hegemonie mitgewirkt hatten, und die wussten, wie ein Wechselspiel zwischen rassistischer Gewalt und den Ressentiments der Bevölkerung funktioniert.

### Zwei Pole ostdeutscher Protestkultur

Gewissermaßen bilden die Hartz IV-Proteste und Formate wie PEGIDA zwei Pole ostdeutscher Protestkultur: einen emanzipatorischen, linken Pol und einen extrem rechten, rassistisch motivierten Pol. Beide Pole traten in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er Jahre durchaus parallel auf, beide sind in der Auffassung, nicht nur Partikularinteressen zu vertreten, sondern gesellschaftliche Mehrheiten zu repräsentieren einander ähnlich. Während PEGIDA die Aussage „Wir sind das Volk" völkisch-nationalistisch auflädt, war die Verwendung der Aussage für Sozialproteste im Osten offener, wenn auch nicht durchgehend inklusiv gemeint. Im Mittelpunkt standen die Werktätigen der ehemaligen DDR-Betriebe. Wobei zu bedenken ist, dass die migrantischen VertragsarbeiterInnen als erste von den Entlassungswellen der frühen 1990er Jahre betroffen waren.

### Das Jahr 1989 und das generationelle Gedächtnis

Die zwei Generationen prägende Urerfahrung von Protest in der DDR waren die Ereignisse des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 und seine gewaltsame Niederschlagung durch die sowjetischen Panzer. Bis 1989 verhinderte dies anschlussfähige Formen des Protests in der DDR und führte in den Jahrzehnten der Existenz der DDR zu einem komplexen Arrangement zwischen dem SED-Staat und der Bevölkerung. Wirklich breit wurde der Protest 1989 erst durch die Gewissheit des Nichteingreifens der Sowjetunion.

Zentraler Bezugspunkt für alle Proteste in Ostdeutschland seit 1990 ist das Jahr 1989. Es entstand ein neues generationenübergreifendes Narrativ von Protest, welches bis heute wirksam ist. Dreißig Jahre nach dem Herbst 1989 ist die Debatte um den Verlauf und die Folgen des damaligen Umbruchs Gegenstand kontroverser gesellschaftlicher Debatten um Geschichte, Identität und Verfasstheit der ostdeutschen Gesellschaft. Das Erbe des Protests des Jahres 1989 in der DDR beanspruchen staatstragende Eliten ebenso wie die extreme Rechte, aber auch emanzipatorische Linke für sich. Vor diesem Hintergrund ist es von Bedeutung, wer sich auf welche Traditionslinie des Herbstes 1989 bezieht. Hier gilt es ebensowenig der historischen Meistererzählung zu folgen, wonach die Entwicklung von Beginn an auf Mauerfall und Wiedervereinigung zugelaufen sei, wie es falsch wäre, die Ereignisse des Jahres 1989 als vom Westen abgebrochene Revolution zu verklären und die im Dezember 1989 einsetzende nationalistische Mobilisierung zu verschweigen. Die ostdeutsche Protestgeschichte zu verstehen heißt, sich die gesamte Ambivalenz der Ziele, Motive und Methoden vorzuhalten und die Differenz zu westdeutscher Protestgeschichte herauszuarbeiten. Macht und Ohnmacht des Protests auf der Straße liegen in Ostdeutschland eng beieinander.•

**1** Vgl. Rucht, Dieter et al: Wer demonstrierte gegen Hartz IV? In: FJ NSB Heft 4 / 2004 S. 21-27 **2** Vgl. Richter, Frank: Der PEGIDA Komplex und die politische Kultur des Landes in: Rehberg, Siegbert et al: PEGIDA : Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und Wende Enttäuschung? Transkript Verlag 2016

**TITEL**

Unter der Überschrift „Situation der Antifas in der ehemaligen DDR“ schilderten 1990 Jugendliche in Leserbriefen im AIB ihre Situation, Angriffe von Neonazis und das Verhalten der Polizei

# Im Schatten der Wende

## Neonazigewalt 1990 in Zerbst (Sachsen-Anhalt)

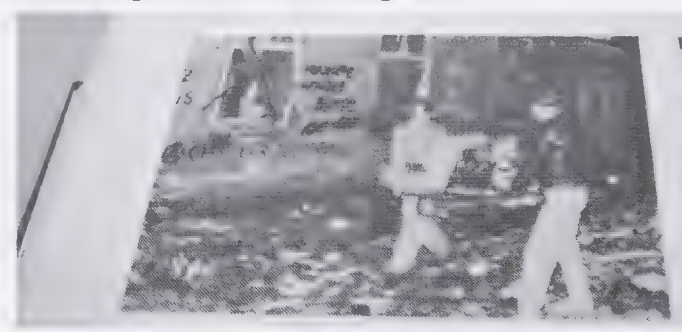
„Im Schatten der Wende“ ist der Titel einer lesenswerte Broschüre der „Arbeitsstelle Rechtsextremismus“ von „Miteinander e.V.“. Zu Wort kommen die Protagonist_innen des Kurzfilmes „Du weißt schon, wie in Rostock ...“. Einer von ihnen gehört zu den jugendlichen Antifaschist_innen, dessen Brief aus Zerbst vom Oktober 1990 im Antifaschistischen Infoblatt abgedruckt wurde.

Neben anderen Beispielen wird das Setting einer Kleinstadt im Jahr 1990 beschrieben, wo sich (nicht-rechte) Jugendliche – wie an vielen anderen Abenden – in der Ketschauer Mühle am Rande der Stadt Zerbst trafen: „Im August 1990 besetzten die Jugendlichen die leerstehende Ketschauer Mühle – ein gewaltiges Gebäude von 18 Metern Höhe. Hier verbringen sie ihre Freizeit und suchen Schutz vor den Faschos – die damalige Bezeichnung für Neonazis. Wie in vielen Gegenden der Fast-nicht-mehr-DDR sind rechte Skinheads längst die Platzhirsche unter den Jugendlichen. Sie dominieren den Alltag und legen fest wer Freund und wer Feind ist. Vor allem die alternative Szene gerät ins Visier der Faschos. Auch die Ketschauer Mühle wird zum Angriffsziel.“ Was folgt war ein Beinahe-Tod von 17 Jugendlichen mit Ansage: Die Lokalzeitung wusste vor ab zu berichten, dass es „in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober zu einem Zusammenstoß einer großen Anzahl rechtsgerichteter Jugendlicher aus Zerbst, Roßlau und Magdeburg mit linksgerichteten Jugendlichen aus Zerbst in der Ketschauer Mühle kommen soll.“ Weiter war dort zu lesen, dass das Zerbster VPKA (Volkspolizeikreisamt) sich auf Grund seiner zur Verfügung stehenden Kräfte außerstande sehen würde, dort einzugreifen. Man könnte sagen: Ein Freibrief.

**Oliver aus Zerbst berichtet:**
Kurz nach der Wende hat sich eine kleine Punker-, Grufti-, Gothic-Szene entwickelt, die in Zerbst sehr marginal war, die sich an verschiedenen Treffpunkten versammelt und den Nachmittag verbracht hat. Im Durchschnitt waren wir 15 Jahre alt. Und damals fing das schon an, dass andere, ältere Jugendliche, so um die 20, aus Zerbst, das doof fanden, wie wir rumrannten, wie wir uns gekleidet haben und dann fing eigentlich auch die körperliche Auseinandersetzung bald an. Das war normal, wenn man nicht das gemacht hat, was der normale Zerbster Jugendliche gemacht hat: Schule, Arbeit, danach irgendwo stehen und Saufen und alles blöd finden; Ausländer blöd finden. Alles was anders war, war schon Angriffsziel. Da es in Zerbst in der Zeit keine Hip-Hopper oder Skater gab, waren wir als Gruppe das bevorzugte Angriffsziel. Über diese Auseinandersetzung haben wir uns schon mehr und mehr politisiert. Irgendwann im August 1990 haben wir die Ketschauer Mühle besetzt. In den folgenden zwei Monaten ist das Haus in jeder zweiten bis dritten Nacht angegriffen worden. Von Faschos, wie wir sie damals nannten. Das fing an mit zwei bis drei Leuten, die pöbeln oder Steine werfen. Nicht selten kamen zehn bis vierzig Leute, so dass es richtig zu Angriffen kam. Die haben auch versucht, in das Haus reinzukommen. In acht Wochen hat es sieben mal so gebrannt, dass die Feuerwehr kommen und löschen musste. Nicht jedes Mal ist die Feuerwehr gekommen. Oft haben wir die Brände selber gelöscht. (...) Es war sehr absehbar, dass es am Einheitstag, am 3.10. hier auch knallen wird. Es waren heftige Auseinandersetzungen, bis irgendwann das Haus brannte. So dass wir nicht mehr aus dem Haus rauskamen, aufs Dach gegangen sind und auf dem Giebel saßen. Irgendwann wurde die Feuerwehr informiert und die rückte dann an. Zu der Zeit war es so, dass Zerbst ein Luftkissen hatte, was für eine Höhe von 5 Meter zugelassen war und wir auf dem Giebel in 18 Meter Höhe standen. Und dann sind wir aus 18 Meter Höhe auf dieses Sprungkissen draufgesprungen, sind danach wieder in die Höhe geschleudert worden und danach irgendwo außerhalb aufgekommen. Es gab mehrere Schwerverletzte. Die 300 Faschos waren dann natürlich nicht mehr da. Und dann war 3. Oktober und dann waren „wir“ vereint. 1992 gab es dann das Gerichtsverfahren. Ich hab das damals so erlebt, dass wir zu dem Gerichtsverfahren hingegangen sind, draußen die Faschos standen mit ihren Freunden, sich gefeiert haben, wir da durchlaufen durften, in das Gerichtsgebäude reingegangen sind, der Richter das Verfahren eingestellt hat und wir wieder nach Hause gegangen sind. Das war's, was an rechtlichen Konsequenzen geschehen ist. Ich selber hab mich damals nicht wirklich mit so'nem Gebiet wie Anzeigen und sowas auseinander gesetzt. Warum unsere Eltern das nicht getan haben ... Ich denke, dass da sowieso damals die allgemeine Unsicherheit war. Ob sowas Aussicht auf Erfolg hat, ob man in so ner Kleinstadt dann nicht noch weiter angegangen wird, wenn man da weiter rumpult.

**Rückblickend fragte das AIB nach: Ist eigentlich zu den paar Angreifern, die vor Gericht nie verurteilt wurden, irgendetwas spannendes zu sagen oder waren das eher Zufallsfestnahmen?**
Ganz ehrlich? Keine Ahnung. In meinem Gedächtnis ist nur, dass sie alle frei gesprochen wurden. Ich weiss nur, dass wir damals recht viele von denen kannten und auch Namen genannt hatten, aber da irgendwie nix passierte. Zufallsfestnahmen waren das keine. Da war niemand, der unberechtigt angeklagt wurde.

**Nachtrag:** Im „Heimaträtsel" der lokalen „Volksstimme" kann die Leserschaft am 2. September 2018 erfahren, nur wenige Bilderrätselfreunde hätten die „Kötschauer Mühle" erkannt. Der Redakteur berichtet in dem Zusammenhang, diese sei 1990 ein Treffpunkt von Jugendlichen, welche „von Rechten, Skins und anderen Gruppen angefeindet" würden, gewesen. Am 2. Oktober 1990 sei der „Kampf der rivalisierenden Jugendgruppen" eskaliert. Der damalige Oberlöschmeister Semtner wird in der „Volksstimme" zitiert: „Es wurde jedoch nicht erwähnt, dass am Einsatzort auch Molotowcocktails gefunden wurden". Offenbar ein Indiz der Mitschuld: „Es bleibt also noch immer offen, ob das Feuer nicht doch vorsätzlich gelegt wurde. Außerdem wurden Gegenstände, die als Schlagwaffen hätten benutzt werden können, gefunden." Am 9. Oktober 1990 wurde zu einer Bürgerversammlung ins Rathaus geladen: „Man wollte mehr Toleranz, mehr voneinander erfahren, Sprachlosigkeit überwinden, eben den gefundenen Gesprächsfaden nicht wieder abreißen lassen." Ob die zu überwindende „Sprachlosigkeit" einer Verurteilung der angreifenden Neonazis und einer Solidarität mit den Schwerverletzten im Weg stand, war nicht zu erfahren. •



**Brief aus Zerbst**
26. Oktober '90

Hallo,
wir haben Euren Brief erhalten und wollen auch gleich etwas über die Situation in diesem rechten Nest schreiben.
Zerbst ist eine Stad
In der es von Möchtegern
Nazis nur so wimme
Wir, das sind ungefäh

**„Wir hatten schon Rasierklingen verteilt, damit wir nicht bei vollem Bewußtsein verbrennen mußten."**
Leserbrief, 26. Oktober 1990

Hallo,
wir haben Euren Brief erhalten und wollen auch gleich etwas über die Situation in diesem rechten Nest schreiben. Zerbst ist eine Stadt in der es von Möchtegern-Nazis nur so wimmelt. Wir, das sind ungefähr 20 Leute zwischen 13 und 18 Jahre, haben uns vor einem halben Jahr zusammengeschlossen, weil es auf den Straßen zu gefährlich wurde. Zu unserer Gruppe gehören Waves, Punks und Normalos. Die Hälfte sind Mädchen. Es gab des öfteren Zusammenstöße zwischen uns und den Rechten. Dabei versuchten diese Schweine ganz besonders Leute von uns zu erwischen, also die „Köpfe" unserer Gruppe. Das ging soweit, daß wir nur noch mit Mollies durch die Stadt liefen. In der letzten Zeit versuchte auch die Polizei uns irgendwelche Dinge anzuhängen, so daß wir von allen Seiten bedrängt wurden. Uns kam dann der Gedanke, ein Haus zu besetzen. Wir fanden auch ein gut erhaltenes leeres Haus, machten es sauber und richteten uns dort gut ein. Weil wir auf Ärger gefaßt waren, verbarrikadierten wir den untersten Stock. Daß das nicht so gut geschah merkten wir beim ersten Angriff. Sie konnten ins Haus hineinkommen, aber nicht weiter, weil wir uns ziemlich verbissen verteidigten. Nachdem wir einige von ihnen verletzt hatten, zogen sie sich zurück. Es kamen dann noch mehr Angriffe, beim vorletzten waren nur vier Leute von uns im Haus und die anderen waren über 80. Deswegen mußten wir uns zurückziehen. Die Rechten schlugen dann alles auseinander. Danach verbarrikadierten wir den ersten Stock total, so daß niemand mehr eindringen konnte außer wir. Auf den 2. und 3. Oktober hatten wir uns ganz besonders vorbereitet. Es sollte ein Angriff von 100 Fascho-Glatzen und anderen Rechten erfolgen. Auch gab es noch andere Vorzeichen: Sich häufende Angriffe auf unsere Leute und andere. Am 2. Oktober dann trafen wir uns alle im Haus. Wir hatten ausreichend viele Mollies und andere Verteidigungswaffen wie Steine, Stangen. Bis gegen ca. 22.00 Uhr verlief alles einigermaßen ruhig. Außer einigen kleinen Störversuchen gab es keinen Ärger. Danach kam eine Gruppe von 200-250 Leuten auf das Haus zu. Mit Sprüchen wie „Sieg Heil", „Oi Oi Oi", „Steckt die roten Schweine an" und und und... Sie begannen dann mit dem Abbrennen von Feuerwerkskörpern, warfen Steine und Mollies. Wir antworteten mit Steinen, Mollies und selbstgebauten Knallern. Es gab auf beiden Seiten Verletzte, zum Teil erhebliche Körperschäden. Als sie um 22.45 Uhr es immer noch nicht geschafft hatten, gelang es drei Rechten im Erdgeschoß in einem Hohlraum einzudringen und dort mit Hilfe von Sprit ein Feuer zu legen. Dieses Feuer konnte schnell übergreifen bis in den letzten Stock. Wir mußten uns auf das Dach zurückziehen, aber selbst dort kämpften wir noch weiter mit Steinen und Mollies und konnten doch, weil die Nazis unvorsichtig wurden, einige vor allem durch Mollies verletzen. Wir hatten, weil doch noch immer keine Sirene zu hören war, uns darauf vorbereitet dort oben zu verbrennen. Wir hatten schon Rasierklingen verteilt, damit wir nicht bei vollem Bewußtsein verbrennen mußten. Es war nur noch eine Frage von Minuten bis unser Platz vom Feuer erfaßt wurde. Doch dann hörten wir die Sirene. Die Feuerwehr kam und beim Springen vom Haus verletzten sich 5 unserer Leute so schwer, so daß sie sofort ins Krankenhaus kamen. Das Haus ist innen total verbrannt. Die Polizei hatte die ganze Zeit aus Entfernung zugeguckt und die Hilfe verweigert. So, jetzt kennt Ihr unsere Situation. •

TITEL

# Aufbruch Ost!

## Oder warum die Linke in Ostdeutschland neue Wege gehen muss

**EIN GASTBEITRAG VON „AUFBRUCH OST“**

Debatten über Ostdeutschland sind wieder en vogue. Der Grund für die mediale Aufmerksamkeit liegt in der hohen Zustimmung Ostdeutscher zu autoritären bis rechtsradikalen Politikangeboten. Die Ergebnisse der Kommunal- und Europawahlen haben das erneut gezeigt. Die kommenden Landtagswahlen werden dies noch. Aber auch Pegida, der NSU-Komplex sowie regelmäßige neonazistische Ausschreitungen sorgen für berechtigte Empörung.

Das Ausbreiten rechter Strukturen seit den 90er Jahren – gerade in Kleinstädten und ländlichen Regionen des Ostens – führte aber auch zu einem verstärkten antifaschistischen Abwehrkampf. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben allerdings gezeigt, dass dieser alleine nicht ausreicht, um den Rechten in Ostdeutschland nachhaltig etwas entgegenzusetzen. Stattdessen befindet sich die ostdeutsche Linke zunehmend in einer Bedeutungskrise. Es scheint fast so, als ob politische Radikalität zu einer subkulturellen und ästhetischen Kategorie geworden ist. Ein „an die Wurzel gehen“ in dem Sinne, dass wir uns als außerparlamentarische Linke mit den Ursprüngen und Bedingungen gesellschaftlicher Probleme beschäftigen, scheint (nicht nur) in Ostdeutschland aus der Mode gekommen zu sein.

Wer aber progressive Politik in Ostdeutschland machen will, wer Mehrheiten zurückgewinnen will, und wer den Großteil der Gesellschaft nicht als per se reaktionär und naturgemäß rassistisch aufgeben will, der darf eben nicht nur die Symptome bekämpfen. Vielmehr müssen auch die Ursachen analysiert werden, durch die es zu rechten Exzessen sowie zu autoritären Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft kommt. Wer heute über Ostdeutschland sprechen will, muss die zeithistorische Tiefendimension gegenwärtiger Problemlagen erfassen. Denn gesellschaftliche Phänomene haben ihren Ursprung in der spezifischen Vergangenheit und sind systemisch bedingt: Mittelpunkt einer notwendigen Aufarbeitung ist daher die Nachwendezeit, also die letzten 30 Jahre.

Der auf den Mauerfall folgende Systemwechsel von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft war als ein radikaler „Nachbau-West“ organisiert. Dieser Umbau folgte der neoliberalen Ideologie schneller Privatisierungen, welche als alternativlos dargestellt, und von der skandalträchtigen Treuhandanstalt ausgeführt wurden. Die Folgen waren immens: Rückgang der Industrieproduktion zwischen 1990-1993 um 60-70 Prozent, Einbruch der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung um über 30 Prozent, weit über 3 Millionen Menschen verloren ihre Arbeit. Mit dem ökonomischen Umbruch ging für viele Ostdeutsche ein Wegfall sozialen Rückhalts einher. Gut ausgebildete Fachkräfte wanderten in den Westen aus, die Geburtenrate halbierte sich seit 1990 und die Selbstmordrate stieg an.

Die Privatisierung der ehemaligen Volkswirtschaft, die Wiedereinführung von Privateigentum an Grund und Boden und Produktionsmitteln, war im Kern jedoch nichts anderes als eine noch nie da gewesene Umverteilung von unten nach oben. Über 90 Prozent des ehemaligen Volkseigentums gingen in das Privateigentum westdeutscher Unternehmen über. Für den regionalen Erwerb von Eigentum fehlte es in Ostdeutschland zumeist an Mitteln und Strukturen. Diese eilige Entwicklung stand in einem krassen Gegensatz zu den Hoffnungen der oppositionellen Kräfte und Vieler, die 89/90 für eine bessere und sozialere Zukunft auf die Straßen gegangen waren. Stattdessen folgten Massenarbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, Soziale Unsicherheit, Abwanderung und Zukunftspessimismus. Sicherlich sind derartige Entwicklungen keine rein ostdeutschen Phänomene. Die Wucht, mit der die Transformation die Ostdeutschen traf, ist jedoch einzigartig und wirkt bis heute nach. Wenn wir als ostdeutsche Linke den Anspruch haben, breitenwirksame Politikangebote zu machen, werden wir dieses Thema berücksichtigen müssen.

Lohnenswert ist dabei zunächst die geschichtspolitische Dimension, also die aktive Erinnerungsarbeit. Hierbei wird es besonders in diesem Jahr – dreißig Jahre nach '89 – darauf ankommen, die Geschichtserzählung über die DDR-, Wende- und Nachwendezeit nicht denen zu überlassen, die sie als reine Erfolgsstory verkaufen wollen. Das vielfach von Ostdeutschen empfundene Gefühl, mit einer Geschichtserzählung konfrontiert zu sein, welche vom „siegreichen Westen“ geschrieben wurde, führt allzu oft zu Frustration und Nichtidentifikation. Und es führt zu dem Gefühl, dass die zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Verluste der Ostdeutschen von der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft nicht anerkannt werden. Bedenkt man, dass eine angemessene Repräsentation der ostdeutschen

Bevölkerung in den Führungsetagen von Staat und Gesellschaft bis heute nicht existiert, ist es auch nicht verwunderlich, dass sich dieses Gefühl oftmals gegen tatsächliche oder vermeintliche Eliten wendet. Das Gefühl „Bürger*in zweiter Klasse" zu sein, ist sehr weit verbreitet.

Die neuen Rechten haben dieses Frustrationspotential erkannt. Es besteht daher die Gefahr, dass sie diese kollektiven Erfahrungen weiter instrumentalisieren, indem sie rhetorisch gezielt aber inhaltlich entfremdet an die Wende-Vergangenheit anknüpfen. Etwa die AfD versucht derzeit das Thema „Treuhand" für sich zu nutzen. Auch die von Uwe Tellkamp initiierte Gesprächsreihe „70 Jahre DDR" in Dresden ist ein Beispiel dafür, wie die Vorstellung eines immer noch bevormundenden, die Meinungsfreiheit einschränkenden elitären Systems aufrecht erhalten wird, das über den Bruch der Wende hinweg existiert und jetzt im Sinne eines Aufbegehrens von rechts überwunden werden soll. Es sind geschickte Angebote gegen das Gefühl der Ohnmacht.

Wenn wir diesen Entwicklungen etwas entgegenhalten wollen, und das sollten wir, müssen wir die Menschen mit einer anderen Erzählung erreichen. Dies setzt jedoch voraus, dass wir unsere politischen Praxen und Adressat*innen-Kreise radikal erweitern und uns aus der Szeneblase heraus begeben. Als ostdeutsche Linke müssen wir zudem berücksichtigen, dass ökonomische Konflikte teilweise von kulturellen Spannungen überlagert werden: etwa zwischen urbanen Milieus in den Städten, die Wert auf Ungebundenheit legen (Kosmopolit*innen) und stärker kommunal gebundenen, regionale Denkhorizonte befürwortenden Milieus (Kommunitarist*innen) in den ländlichen Regionen. Diese differenzierte Betrachtung ist in Ostdeutschland besonders angebracht, weil der gesellschaftliche Gewinn einer globalisierten Gesellschaft sich hier überproportional in den Städten bemerkbar macht, während den Verlusten des ländlichen Raums kaum Fortschritte gegenüberstanden. Vergegenwärtigt man sich zudem die kosmopolitische Privilegiertheit, die sich durch hohe Mobilität und kulturelle Wahrnehmbarkeit auszeichnet, wird es nachvollziehbar, warum Verweise auf politische Korrektheit häufig von Kommunitarist*innen als heuchlerisch und paternalistisch wahrgenommen werden. Während sich das großstädtische Milieu als aufgeklärt, moralisch überlegen und herrlich weltoffen geriert, wird der globale Kapitalismus, als Motor der kosmopolitischen Welt und Autor des aktuellen Rechtsdralls verleugnet.

Wer hingegen gesellschaftliche Kämpfe zusammen denken will, muss die einzelnen Kämpfe – etwa den feministischen, den ökologischen, den antirassistischen, aber auch den ökonomisch-sozialen – gleichberechtigt mitdenken. Sich hinter die Grenzen der eigenen Kreise zurückzuziehen reicht dann nicht aus, sondern führt nur zu noch mehr Trotz und Ablehnung. Gerade in Ostdeutschland bedeutet dies, dass die meist großstädtische Linke Sensibilität gegenüber den Problemlagen der (ländlichen) Bevölkerung entwickeln muss. Und wir müssen an der Vermittelbarkeit unserer Ansätze arbeiten. Die eigenen politischen Ansprüche dürfen dabei keineswegs aufgegeben werden. Diesen Ansprüchen werden wir aber auch nicht dadurch gerecht, dass wir nur kleine Kreise nachhaltig erreichen.

Unter dem Namen „Aufbruch Ost" rufen wir daher dazu auf, mehr Gesellschaft zu wagen! Wir wollen keinen Bogen um kollektive ostdeutsche Erfahrungen machen, sondern diese aufgreifen und mit progressiven linken Ideen in Verbindung bringen. Wir wollen die berechtigte Frustration und




Intervention von „Aufbruch Ost" auf dem Leipziger Lichtfest 2018.

Kapitalismusskepsis vieler Ostdeutscher aufgreifen und in Bewegung setzen. Wir wollen ins Gespräch kommen und Menschen außerhalb unseres Szenehorizontes erreichen. Hierzu stellen wir uns ostdeutschlandweit in Fußgänger*innen-Zonen und auf Marktplätze und führen Gespräche. Hierzu veranstalten wir Podiumsdiskussionen und Filmvorführungen und vieles Mehr. Hierzu nehmen wir an Demonstrationen teil und organisieren eigene. Und wir rufen dazu auf, unserem Motto zu folgen sich mit uns ostdeutschlandweit zu vernetzen.

Kurzum: Wenn wir als ostdeutsche Linke wieder aus der Versenkung herauskommen wollen, so kann uns dies nur gelingen, wenn wir die Idee eines solidarischen und emanzipatorischen gesellschaftlichen Aufbruchs unter die Menschen bringen. Wer glaubt, dass dies fern liegt, irrt. Allein der Blick auf die populären Utopien der ´89-Bewegung zeigt: Die Wünsche nach einer freien, gleichberechtigten, demokratischen, sozialen und ökologischen Gesellschaft sind sehr vielen Ostdeutschen nicht fremd. Lasst uns, 30 Jahre nach ´89, hieran anzuknüpfen, diese reaktivieren und als nahbare Zukunftsvision gegen die einfältige Politik der Rechten in das gesellschaftliche Gespräch bringen. Lasst uns gemeinsam in Ostdeutschland in die Offensive gehen, solange es noch geht! •

NS-SZENE

# „Schnelle Eingreiftruppe“

## §129-Razzien gegen Neonazis und Hooligans in Cottbus

**Hooligans, Neonazis, AfD, „Identitäre“, „Zukunft Heimat“ und „Ein Prozent“: Ein rechtes Bündnis hat Pläne für die Lausitzstadt Cottbus. Mitten hinein in die Umsetzung platzt ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung**

Früher Mittwochmorgen, 10. April 2019. Ein Großaufgebot der Polizei ist im Einsatz und durchsucht insgesamt 33 Objekte. Die meisten liegen im brandenburgischen Cottbus, aber es sind auch Wohnungen und Ladengeschäfte in Frankfurt (Oder), Kolkwitz, Hennigsdorf (Brandenburg), Berlin, Görlitz (Sachsen) und Kühlungsborn (Mecklenburg-Vorpommern) betroffen. Durch die Durchsuchungen wird bekannt, dass die Polizei seit geraumer Zeit gegen 20 Hooligans und Neonazis aus Cottbus wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) ermittelt. Nach den Razzien habe sich ein dringender Tatverdacht bei 16 Personen ergeben, wird später mitgeteilt. Fünf Personen, zwischen 28 und 35 Jahren alt, wären als Führungspersonen identifiziert worden. Der mutmaßlichen kriminellen Vereinigung werden von der Polizei neun Straftaten direkt zugeordnet. Als Beifang seien 39 zusätzliche Straftaten ermittelt worden, die außerhalb des „129er“ liegen. Zu den Delikten, die Gegenstand der Ermittlungen sind, gehören Körperverletzungen, Verstöße gegen das Waffengesetz, Sachbeschädigungen, Steuerhinterziehung und das Verwenden verfassungswidriger Kennzeichen. Haftbefehle gibt es keine. Verortet ist die Gruppe im Neonazismus, aber gleichzeitig geht es auch um herkömmliche organisierte Kriminalität. Aus dem Umkreis der Durchsuchten wurde schon vor Jahren die Marktführerschaft in der Halbwelt der Stadt von den „Hells Angels“ gewaltsam übernommen. Die Geschäftsfelder reichen vom Handel mit Szenekleidung, dem Betrieb von Tattoo-Studios sowie Wachschutz- und Türsteherdiensten bis zum Verkauf von Nahrungsergänzungsmitteln und dem Bereich der Veranstaltungsorganisation.

Die Beschuldigten gehören zum Kern und zum unmittelbaren Umfeld der Cottbuser Neonazi-Hooliganformation „Inferno“. Die 1999 gegründete Gruppe hatte sich 2017 in Erwartung von Repressionsmaßnahmen zum Schein selbst aufgelöst, danach tatsächlich aber munter weitergemacht und ihre Macht im und rund um das Stadion von Energie Cottbus eher noch ausgebaut. Inwiefern die Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung zum Erfolg führen werden, ist nicht auszumachen. Die geringe Verurteilungsquote des Ausforschungsparagrafen 129 ist wohlbekannt. Nichtsdestotrotz hat das polizeiliche Vorgehen relevante Details zu der aktuellen Gemengelage in Cottbus zu Tage gebracht.

Den Anlass für die Ermittlungen gab ein Vorfall bei einer Demonstration des rassistischen Vereins „Zukunft Heimat“ in Cottbus im Januar 2018. „Inferno“-Mitglieder hatten mehrere Journalist*innen bedrängt und attackiert. Offenbar wurden in der Folge Pläne geschmiedet, eine ganze Reihe weiterer Journalist*innen aus der Region, die zum Thema Rechtsextremismus berichten, auszuspähen und zu verprügeln. Auf einem Handy, das im Zuge der beginnenden Ermittlungen beschlagnahmt wurde, waren entsprechende Chatverläufe gespeichert. 25 der Neonazis hatten eine Messenger-App mit dem Namen „Schnelle Eingreiftruppe“ gebildet. Zweck: „bei Stress mit Kanaken abrechnen und Zecken schlagen“.

Das Milieu ist in Cottbus über Jahre gewachsen und kann auf eine Tradition der Vermischung von Subkultur, Kampfsport, Hooliganismus, Business und Neonazismus aufbauen. Durchsucht wurde unter anderem das Modegeschäft „Blickfang“, das in der Mühlenstraße unter anderem Kleidung der Marke „Label 23“ verkauft (vgl. AIB Nr. 96). Betreiber des Ladens ist laut Facebook-Impressum Markus Walzuck, ehemaliger deutscher Kickboxmeister, lange Zeit wegen einer Messerattacke auf ein Hells-Angels-Mitglied inhaftiert. Es war nicht Walzucks erste Hausdurchsuchung – schon im Zuge des Verbots des Neonazinetzwerks „Spreelichter“ im Jahr 2012 stand er im Fokus der Ermittlungen (vgl. AIB Nr. 92).

Die Messengergruppe der Prügeleinheit „Schnelle Eingreiftruppe“ wurde derweil von Markus Wisheit verwaltet. Der Student, Jahrgang 1989, ist in der Stadt seit Jahren als Hooligan bekannt. In den vergangenen zwei Jahren trat er als ein Gesicht der Cottbuser Ortsgruppe der „Identitären Bewegung“ in Erscheinung. Wie woanders auch: Zwischen militanter Neonaziszene und den „Identitären“ sind die Wege sehr kurz.

Keine hundert Meter vom jetzt durchsuchten „Blickfang“-Laden liegt, ebenfalls in der Mühlenstraße, ein weiteres Ladengeschäft. Dort haben im Juni 2018 die Landesgruppe der AfD Brandenburg im Bundestag und die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag, Birgit Bessin, ein „Bürgerbüro“





Foto: Recherchenetzwerk Berlin

**Links:** Beschlagnahmte Beweismittel nach der Razzia im April 2019.

**Rechts:** Markus Wisheit (Bildmitte), Chef der „Identitären" in Cottbus und Verwalter der Chatgruppe „Schnelle Eingreifgruppe" bei einer Demonstration in Cottbus am 14. April 2019.

eröffnet. Am gleichen Tag und an der gleichen Adresse eröffnete auch die „Mühle", ein „Bürgertreffpunkt" von „Zukunft Heimat". Im „Wohnzimmer der Bürgerbewegung" fanden seitdem zahlreiche Diskussionsabende mit rechtsradikalen ReferentInnen statt. Mehrmals war Götz Kubitschek zu Gast. Beim Herausputzen des Ladens vor der Eröffnung half die Cottbuser Szene eifrig mit. „Zukunft Heimat", Partnerorganisation von „PEGIDA", wird von der extrem rechten Vernetzungsagentur „Ein Prozent" unterstützt und ist für eine Vielzahl von großen rassistischen Demonstrationen in Cottbus verantwortlich (vgl. AIB Nr. 118). Die sich selbst „Heimatverein" nennende Gruppe fungiert faktisch und zunehmend offen als AfD-Vorfeldorganisation und ruft zur Wahl der Partei auf.

Der „Zukunft Heimat" Ko-Vorsitzende Christoph Berndt kandidiert auf Listenplatz 2 für die AfD bei den Brandenburger Landtagswahlen im September. Schon in der Gründungsphase von „Zukunft Heimat" ab 2015 - damals noch nicht in Cottbus, sondern im Spreewald aktiv - kooperierte der Verein aufs Engste mit der AfD. Immer wieder wurden auch Verbindungen zu den ehemaligen „Spreelichter"-Neonazis ruchbar. Auch aktuell kursieren lokal Gerüchte über direkte Verbindungen zwischen „Zukunft Heimat" und dem Kreis der durchsuchten Neonazis.

In Cottbus haben die politischen Interventionen von „Zukunft Heimat" spürbar Ergebnisse gezeitigt. Die Zusammenarbeit mit der AfD wurde zeitweise geleugnet, wird inzwischen aber als „Brandenburger Kooperationsmodell" von allen Beteiligten gelobt. Die Demonstrationen haben zu einem flüchtlingsfeindlichen Klima in der Stadt beigetragen. Inferno-Hooligans und andere Neonazis nehmen teil, „Identitäre" sind in die Infrastruktur eingebunden, die AfD stellt Redner*innen. Mit der „Mühle" ist ein fester Anlaufpunkt eröffnet worden, der die Aufbauarbeit verstetigt. Straßengewalt ist die Begleitmusik zu diesen Verquickungen. Seit Jahren hat Cottbus kontinuierlich die höchsten Zahlen von rechten, vor allem rassistischen Gewalttaten im Bundesland.

So hat die AfD Cottbus und Umgebung zu einer Hochburg ausgebaut. Bei den Kommunalwahlen 2014 holte die AfD 7,2 Prozent - überschaubar, wenn auch für die damals noch junge AfD bereits überdurchschnittlich. Bei den Bundestagswahlen 2017 gewann die AfD im Wahlkreis Cottbus/Spree-Neiße mit satten 26,8 Prozent die meisten Zweitstimmen aller Parteien. Ein Direktmandat wurde nur knapp verfehlt. Bei den Kommunalwahlen Ende Mai traten mit Marianne Spring-Räumschüssel, Ingo Scharmacher und Monique Buder gleich mehrere Personen an, die bei „Zukunft Heimat"-Demonstrationen Redebeiträge gehalten hatten. Der AfD-Kandidat Andy Schöngarth hatte wiederum schon 2015 Reichsbürger-beeinflusste Antiflüchtlingsdemonstrationen organisiert. Resultat war ein neuer Wahlerfolg: 22,3 Prozent der Stimmen, mit Abstand das beste Ergebnis aller Parteien. Von drei Stadtverordneten ist die Cottbuser AfD-Fraktion nun auf elf angewachsen. Im ländlich geprägten Landkreis Spree-Neiße, der die Stadt Cottbus umschließt, errang die AfD sogar 26,5 Prozent der Stimmen und 13 Kreistagsmandate.

Welche mittelfristigen Auswirkungen das Wahlergebnis und die polizeilichen Ermittlungen auf die rechte Allianz vor Ort und in der Folge auf das Klima in der Stadt haben werden, bleibt abzuwarten. Dass das rechte Wachstums auch Grenzen haben könnte, ist immerhin erahnbar. Die Beteiligung an den „Zukunft Heimat"-Aufmärschen geht beispielsweise allmählich zurück. Zuletzt kamen noch um die 500 Personen - ein deutliches Minus gegenüber den Hochzeiten Anfang 2018.

Die Cottbuser Neonazis sind nicht bloße Anhängsel des Bündnisses aus „Zukunft Heimat", AfD und „Identitären" - sie sind integraler Bestandteil. Die AfD, die sich sonst als kompromisslose Law-&-Order-Partei inszeniert, wirft sich folgerichtig für die Durchsuchten in die Bresche. „Unzählige Wohnungen von Fußballfans" seien den Razzien zum Opfer gefallen, kritisierte die Landtagsfraktion. Der Einsatz gegen „angebliche Rechtsextreme" sei eine Instrumentalisierung der Polizei, die so von der Landesregierung davon abgehalten werde, gegen „kriminelle Ausländer" vorzugehen. •

**NS-SZENE**

Hitzige Diskussionen um die „Grauzone" in der Oi- und Punkszene gibt es seit vielen Jahren. Bereits 2011 widmeten wir dem Thema einen Schwerpunkt. Heute, fast 10 Jahre später, lassen sich viele Musiker aus den damals umstrittenen Bands im Mainstream – oder eben in der RechtsRock-Szene wiederfinden.

# Rechtsruck in der Oi-Szene

Der „Skin-Kult" ist im Kern wertkonservativ. Tradition, Familie, (Männer-) Freundschaft und die unentwegte Bezugnahme auf eine Arbeiterklasse, die es heute so nicht mehr gibt, ist dafür ausschlaggebend. Progressive Ansätze, etwa die prekäre, monotone Arbeit in Frage zu stellen, findet man nur in RASH-Gruppen, den „Red And Anarchist Skinheads". Der Großteil der Szene verweilt in der Identität des „kleinen Mannes", der nur am Wochenende mit Gleichgesinnten den Ausbruch aus dem Alltag wagt. Man sieht sich im Konflikt mit der herrschenden Elite, und hegt gleichzeitig ein positives Gefühl zu Herkunft und Heimat. Selbstverständnisse eines „Proletariats" sind in den sozialen Netzwerken zu finden, etwa in einem Kommentar unter einem Video der rechten Oi-Band „Rien Ne Va Plus": „(...) ich find's in Zeiten von einer elitär geprägten AfD gut, dass auch heute noch Kapellen daran erinnern, das Proletariat schon immer National-sozialistisch oder kommunistisch-orthodox geprägt war. Es war nie mehrheitlich sozialdemokratisch, international oder gar Deutschland feindlich !"

Dass es auch dadurch einer rechten Szene einfach fällt, Einfluss auf eine vermeintlich „unpolitische" Szene zu nehmen, ist zunehmend spürbar. Die Themen der letzten Jahre – Migration und die vermeintliche „Islamisierung" – machten auch vor der Szene nicht halt. Wie in der Gesellschaft insgesamt auch, folgte eine Polarisierung, unter der der antirassistische Konsens des „Kults" litt. Aus Kritik am fundamentalistischen, politischen Islam entwickelte sich ein antimuslimischer Rassismus. Dadurch, dass die „Grauzone"-Diskussion auch zahlreiche Auftrittsverbote für entsprechende Bands mit sich brachte, entwickelte sich zudem „die Antifa" zum Feinbild der „unpolitischen" Skins. „Politisch unkorrekt" wurde zum Kampfbegriff - als Ablehnung der „Political Correctness" (PC). Nicht „PC" zu sein wurde zum Alleinstellungsmerkmal einiger Oi-Bands. Dieser Habitus wirkt aber auch als Brücke zum rechten Rand der Szene.

**Aus Grau mach Braun - das Beispiel „Prolligans"**

Die Jahre nach 2011 dürften für viele „Grauzone"-Bands der Wendepunkt gewesen sein.

Deutschrock und Oi-Punk-Festivals wurden überall aus dem Boden gestampft. Auch Bands wie die „Prolligans" aus dem Allgäu spielten fast im Wochentakt Konzerte und konnten sich im Fahrwasser der Kommerzialisierung des „politisch Unkorrekten" einen Namen machen. Die Band galt aus authentisch und hätte sich nie krumm gemacht, so der O-Ton ihrer Fans. Politische Inhalte waren bei den Allgäuern rar, ihre Verbindungen in die lokale Neonazi-Szene jedoch bekannt.

Erste öffentliche Positionierungen erfolgten 2015, als die Band zu „Subcultural Records" wechselte, dem Label des RechtsRock-Produzenten Benjamin Einsiedler. Im Februar 2016 folgte dann ein Auftritt mit der Hamburger RechtsRock-Band „Abtrimo" in Mecklenburg-Vorpommern und nur kurze Zeit später wurden einige Instrumente neu besetzt. So fand man nun Musiker wie Michael Brosch von den Neonazi-Bands „Smart Violence" und „Sturmwehr" bei den Allgäuern, wie auch Michael Liebich von der „Blood & Honour"-Band „Faustrecht". Bei Werner Butscher, der bei „Faustrecht" am Schlagzeug saß, wurde unterdessen neues Material aufgenommen, während der hessische Neonazi Jörn K. für die „Prolligans" Motive für CDs und Merchandise entwarf.

In der Konsequenz wurde es für die „Prolligans" immer schwieriger, im Rahmen großer, öffentlicher Konzerte zu spielen. Bis Frühjahr 2019, als die Band ihre Auflösung bekannt gab, fand man die „Prolligans" fast ausschließlich im Line-Up konspirativer Konzerte, während das Publikum von Neonazi-Skins dominiert wurde.

Mit der Entscheidung, öffentlich als Teil einer rechten Oi-Szene wahrnehmbar zu sein, entschied sich die Band auch gegen einen kommerziellen Erfolg. Für Viele in der „unpolitischen" Szene gewannen die Allgäuer dadurch an Authentizität. Die Verbindungen in die Neonazi-Szene tat man als Non-Konformismus ab und behauptete bis zum Schluss, „weder rechts noch links" zu sein. Eine Beliebigkeit, die man im Mainstream der Szene häufig findet.

„Gegen Rassismus machen wir gar nichts. Wir sind schließlich keine Antirassisten, was uns nicht gleichzeitig zu Rassisten macht (...) Die Skinhead ‚Roots' ha-




Rechts: Michael Seibert, Gitarrist der „unpolitischen" Oi-Band „Extrem Unangenehm" auf dem Neonazi-Konzert im März 2019 im sächsischen Ostritz.

ben mit Antirassismus rein gar nicht zu tun (...)", heißt es seitens der „Prolligans" in den sozialen Netzwerken. Diese wertkonservativen „Wurzeln" der Szene erlauben es der Band aber auch, sich deutlich politisch zu äußern. So hieß es im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 auf der Web-Präsenz der Band: „(...) bitten wir euch am Sonntag wählen zu gehen, um den Altparteien zu zeigen, dass auch jahrzehntelange Gutgläubigkeit eine Grenze hat und die weit überschritten ist!" Die abschließende Zeile „Für Sicherheit, Souveränität, Freiheit und die Zukunft unserer Kinder" findet man so auch im Wahlprogramm der Partei, die offensichtlich zur Wahl empfohlen wird - die „Alternative für Deutschland" (AfD).

**Extrem unpolitisch?**

Dennoch scheint der sächsische Verfassungsschutz nicht in der Lage, Konzerte dieser Szene in die Zählung rechter Veranstaltungen aufzunehmen: „Nichtextremistisches Oi-Konzert, an dem sich die rechtsextremistische Musikgruppe PROLLIGANS (BY) beteiligte", heißt es im sächsischen Verfassungsschutzbericht 2018 über ein Konzert der Band vom 11. August 2018 im sächsischen Borna. Dabei spricht vieles dafür, das Konzert insgesamt als „rechtsextrem" zu bewerten, denn neben den „Prolligans" stand schließlich auch die RechtsRock-Band „Angry Bootboys" auf dem Programm. Das Konzert selbst hatte Olivia B. organisiert, die seit Jahren Teilnehmerin extrem rechter Konzerte ist und u.a. Kontakte zu einem der Rädelsführer der rechts-terroristischen „Oldschool Society" pflegte.

Auch das konspirativ organisierte Festival „Oi! The new (old) Breed", welches zuletzt im Juli 2018 in Bad Dürrenberg in Sachsen-Anhalt stattfand, fand man in der behördlichen Zählung rechter Veranstaltungen nicht. Auf eine „Kleine Anfrage" hieß es nur, dass die Landesregierung die „ideologische und personelle Anbindung an rechte und neonazistische Strukturen" so einschätze, dass die Bands - darunter „Schusterjungs" - „der sogenannten Oi!-Skinheadszene" angehören und vom Verfassungsschutz im Land Sachsen-Anhalt nicht als „extremistische Musikgruppen" eingestuft werden. Eine Auslegungssache also?

Nur einen Monat vor diesem Konzert stand Stefan „Klatscher" Lahmer auf dem von der NPD organisierten Event „Tage der nationalen Bewegung" in Thüringen auf der Bühne. Nicht als Bassist der Oi-Band „Schusterjungs", sondern als Musiker des RechtsRock-Urgesteins „Kraftschlag". Die Band gilt als musikalisches Aushängeschild des in Deutschland verbotenen „Blood & Honour"-Netzwerks. Als Mitglied dieser Band wirkt Lahmer somit als Träger und Produzent neonazistischer Inhalte. Zu „Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (...) gerichtet sind (...)" müssen Bewertungen und Beobachtungen angestellt werden, heißt es unter §4, Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde. Wenn Neonazis wie Lahmer mit seiner Band „Schusterjungs" auftritt, ist es demnach ein „unpolitisches Freizeitvergnügen", nur Auftritte mit

„Kraftschlag" stehen unter Beobachtung. Dieser Irrweg zeigt erneut, dass die Behörden nicht fähig sind, das Phänomen der rechten Oi-Szene adäquat zu deuten. Dabei würde ein Blick in Szene-Magazine schon ausreichen. Dort erfährt man schließlich, dass die „Schusterjungs" in Bad Dürrenberg Lieder der RechtsRock-Band „Störkraft" coverten, in den Spielpausen Songs der Neonazi-Band „Freikorps" abgespielt wurden und das Festival ein Stelldichein der rechten Szene war. Wenn Stefan Lahmer auf der Bühne steht, werden darüber hinaus auch visuell politisch neonazistische Statements gesetzt. Schließlich prangt auf seiner Brust ein Tattoo mit dem Kürzel „F.D.G.K."- ein Szene-Code für „Für Deutschland gegen Kanaken".

**Zurück zu den (r)echten Wurzeln**

Konzerte der rechten Band „Endstufe" aus Bremen gelten in Teilen der organisierten Neonazi-Szene nicht als politische Veranstaltung. Vielmehr seien die Konzerte eine Art Blaupause, in der man den Skin-Kult aufleben lasse. Tatsächlich war „Endstufe" in den 1990er Jahren für viele Neonazis prägend, als Begleitmusik für den rechten Skin-Lifestyle. Momentan erfüllen Bands etwa aus dem NS-Hardcore-Spektrum diese Aufgabe. Gruppen wie „Endstufe" dienen heute zum einen dazu, ältere Neonazis in der Szene zu halten und schaffen zum anderen eine Brücke aus dem politisch-beliebigen, sogenannten „unpolitischen" Spektrum zur extremen Rechten.

Diese Strategie ist spätestens seit 2012 auch in der Öffentlichkeit erkennbar.

So führte die extrem rechte Gruppierung „Honour & Pride" in Sachsen-Anhalt bis 2014 RechtsRock-Events unter dem Namen „European Skinhead Party" durch, während die fränkischen „Hammerskins" parallel dazu die Konzertreihe „Skinheads are back in town" initiierten, die zuletzt im März 2019 ausgetragen wurde. Das Event „German Skins stick together" stammt ebenfalls aus der Feder des fränkischen Ablegers dieser Neonazi-Bruderschaft. Unter diesem Motto vereinten sich im Dezember 2017 in Kirchheim RechtsRock-Bands wie „Smart Violence" mit Oi-Kapellen wie „Kotten". Auch Stefan Lahmers „Schusterjungs" standen ursprünglich auf dem Line-Up.

Im nahen europäischen Ausland fanden ebenfalls entsprechende Veranstaltungen statt. Gleich mehrere Konzertreihen beziehen sich ausschließlich auf den Skin-Kult: „Bootboys are back", „Give back the Oi!" oder „Oi! The Picnic". Letztere beherbergte jüngst auch deutsche Bands wie „Schusterjungs" oder „Combat BC" aus Köln. Als Veranstalter wirkt dabei der sogenannte „Bohemia Skinheads Klan", bzw. dessen Hauptakteur Martin Korec - ein einflussreiches, ehemaliges Mitglied der „Bohemia Hammerskins". Thorsten Heise und seine „Arische Bruderschaft" zogen im März 2019 nach und luden zum „Skinheads Back To The Roots"-Event nach Ostritz, wo u.a. „Endstufe" und „Kraft durch Froide" auf dem Programm standen. Um die 500 Personen folgten der Einladung des Thüringer NPD-Kaders Heise, darunter zahlreiche Akteure der „unpolitischen" Oi-Szene. So fand man etwa Melanie Heykes, vormals Namensgeberin der Oi-Band „Melanie & The Secret Army" und heute Sängerin bei „Combat BC" unter den Gästen, wie auch einen der Organisatoren des „Oi! The new (old) Breed"-Festivals, bekannt als „Tim". Gemeinsam mit „Erny", der wie „Tim" bei der rechten Berliner Oi-Band „Bullenschubser" spielt, war er schon Besucher eines Konzertes von „Endstufe" im Oktober 2018 in Spanien. Es fügt sich eben alles, sobald man genauer hinschaut. Denn auch der ehemalige Gitarrist von „Bullenschubser" - genannt „Gessi" - war in Ostritz zugegen. Nicht im Publikum, dafür aber auf der Bühne als Musiker der Band „Eskalation" um den Neonazi Tobias Wirth aus Bayern. „Gessi" war bis vor kurzem noch Teil der Neonazi-Band „Kraft durch Froide". An seiner Stelle fand man in Ostritz einen gewissen „Gunnar" am Bass der Berliner Band. „Gunnar" ist darüber hinaus bei der sich unpolitisch gebenden Oi-Band „SchuldSpruch" aktiv.

„SchuldSpruch", „Voice of Hate" und „Bombecks" - neue und alte Bands aus der vermeintlich „unpolitischen" Szene. Alle benannten Bands wirkten auch im Rahmen der „Oi! The new (old) Breed"-Konzerte mit oder sind für die diesjährige Auflage angekündigt. „Voice of Hate" ist ein Projekt von Ronald Mousolf und Ricardo Forkert, die seit 2017 auch in der RechtsRock-Band „Berlin Breed" wirken. Auch der in Bezug auf Ostritz erwähnte „Gunnar" war schon im Live-Lineup bei „Voice of Hate" zu finden. Musiker seines Hauptprojekts „SchuldSpruch" sollen ebenfalls bei „Berlin Breed" mitwirken, wie auch in der rechten Thüringer Oi-Band „Bombecks".

**Der Name ist Programm**

Mit Blick auf Hessen, wo eine kleine, aber aktive rechte Skinhead-Szene deutlich an Bedeutung gewinnt, muss auch die 2008 gegründete „unpolitische" Oi-Band „Extrem Unangenehm" genannt werden. Sowohl deren Schlagzeuger Ian Dreßler wie auch Gitarrist Michael Seibert gehörten bereits zur einstigen Besetzung der Neonazi-Band „Gegenschlag". Die Band war Anfang der 2000er Jahre die „Hausband" der Kameradschaft „Berserker Kirtorf", ihr „Manager" Glenn Engelbrecht gleichzeitig Führungsperson der „Berserker". Bis heute bewegt sich Engelbrecht in der Neonazi-Szene und kann dem Kreis der „Arischen Bruderschaft" von Thorsten Heise zugerechnet werden, als jene Bruderschaft, die den Saalschutz für das „Endstufe"-Konzert im März 2019 in Ostritz stellte. Hier nahm wiederum auch der „Extrem Unangenehm"-Gitarrist Seibert teil. Dadurch wird deutlich, dass es für Mitglieder von „Extrem Unangenehm" nie einen Bruch mit der Neonazi-Szene gab. Nur drei Monate vor Seiberts Konzertbesuch in Ostritz war die Band für das 25-jährige Jubiläum der Grauzone-Band „Krawallbrüder" angekündigt - neben etlichen weiteren Bands der Grau- und Braunzone. Auch dieses Konzert fand nicht den Weg in die Statistik für rechte Konzerte. Dabei wäre ein weiteres Argument dafür gewesen, dass der zweite Gitarrist von „Extrem Unangenehm", Lars Groll, ebenfalls bei einer RechtsRock-Band mitwirkte, die sich „Rachezug" nannte. Der Sänger von „Extrem Unangenehm" trägt wiederum eine großflächige Tätowierung eines stilisierte Keltenkreuzes, welches als Symbol der „White Power"-Bewegung gilt und in Deutschland strafbar ist.

Der Schritt der alten Neonazi-Band „Gegenschlag" hin zur vermeintlich „unpo-




Rechts: „Tim“, Bassist der rechten Berliner Oi-Band „Bullenschubser“ und Mitorganisator des „Oi! The new (old) Breed“-Festivals auf dem Neonazi-Konzert im März 2019 in Ostritz

litischen“ Szene, wo heute ehemalige „Gegenschlag“-Musiker unter dem Namen „Extrem Unangenehm“ wirken, kann durchaus auf den Wandel des Images der rechten Skin-Szene Hessens zurückgeführt werden. Denn 2004 gab es für die „Berserker Kirtorf“ mit dem Nutzungsverbot der Scheune, in der Veranstaltungen und RechtsRock-Konzerte stattfanden, einen Einschnitt. Statt sich auf Aufmärschen und Neonazi-Konzerten zu bewegen, fielen die ProtagonistInnen u.a. bei „Onkelz-Partys“ im nahegelegen Gießen auf. Mit jüngeren Neonazis schloss sich der Kreis um die „Berserker“ zu einer Gruppe namens „Jungs für Grobe“ zusammen und fand sich vorrangig auf Feiern in Grillhütten und bei Kirmesveranstaltungen ein. Das soziale Gefüge reichte demnach aus, um die rechte Szene zusammen zu halten. Dies ist auch anhand von vermeintlich unpolitischen Veröffentlichungen wie dem Sampler „Skins and Punks-Action Tour Vol. III“ von 2015 zu erkennen, auf dem einige Bands aus dem hessischen Vogelsberg zu finden sind. Neben „Extrem Unangenehm“ wurde dort auch das Lied „Scheiß Extremisten“ von „Gegenschlag“ platziert. Rund zehn Jahre zuvor veröffentlichte die Band noch Songs wie „Rock für's Vaterland“ oder „Nationaler Widerstand“. Des weiteren befand sich auf dem Sampler die damals noch junge Oi-Band „Birdmountain BootBoys“. In der Besetzung befanden sich mit Groll und Dressler zwei Mitglieder von „Extrem Unangenehm“ bzw. „Gegenschlag“ und „Rachezug“. Die „Birdmountain BootBoys“ haben nun im April ihre erste CD beim rechten Label „Subcultural Records“ veröffentlicht.

### Im Verborgenen

Doppel-und Dreifachmitgliedschaften, einerseits in „Grauzone“-, andererseits in neonazistischen Bands scheinen heute völlig normal zu sein. Kritik an dem vermeintlichen „unpolitischen“ Gebahren beruht dabei oft weniger auf der sogenannten „Kontaktschuld“, denn tatsächlich nehmen die Beteiligten aktiv am Geschehen der RechtsRock-Szene teil. Es erstaunt dabei kaum, dass diese auf entsprechende Kritik eine andere Perspektive haben: „wir [haben] mit NAZI-Bands (Bands, die das NS-Regime verherrlichen (...) nichts am Hut. Dass du eventuell eine andere Definition für diese diffamierende Kategorisierung wählst, ist anzunehmen,“ kontert „SchuldSpruch“ auf die Vorwürfe, sie seien mit der extrem rechten Band „Berlin Breed“ eng verbandelt. Ein treffendes Statement, dass den Zustand der „Grauzone“ 2019 bestens beschreibt. „Rechts“ ist eben Ansichtssache, sowohl für die Szene, als auch in der Einschätzung durch Behörden. Rechte Inhalte in Bezug zu Herkunft und Heimat sind längst kein Tabu, während „politisch unkorrektes“, non-konformes Handeln gar als Ritterschlag gilt. Wie braun diese Non-Konformität ist, legte jüngst die „Exif-Recherche“ dar, die das RechtsRock-Großevent „Defend Europe“ am 20. April 2019 in Italien fotografisch dokumentierte. Denn Mitglieder der „unpolitischen“ Band „Crophead“ aus Sachsen-Anhalt waren dort ebenfalls zu Gast wie Musiker der mittlerweile aufgelösten „Prolligans“. Zusammen mit mehr als 2.000 Neonazis aus den Netzwerken von „Blood & Honour“ und „Hammerskins“ feierte man gemeinsam den 130. Geburtstag Adolf Hitlers. •

NS-SZENE

# Neonazistischer Mord in Kassel

EXIF – RECHERCHE & ANALYSE

Am 15. Juni 2019, wurde in Kassel der Neonazi Stephan Ernst verhaftet, der verdächtigt wird, den Präsidenten des Regierungspräsidiums Kassel, Walter Lübcke, ermordet zu haben. Der dringende Tatverdacht ergibt sich nach vorliegenden Informationen daraus, dass am Tatort eine DNA-Spur des Verhafteten festgestellt werden konnte. Der CDU-Politiker Lübcke war am 2. Juni 2019 auf der Terrasse seines Wohnhauses in Wolfhagen (Nordhessen) mit einer Kurzwaffe aus nächster Nähe erschossen worden. Schon unmittelbar nach der Tat war die Täterschaft einer Person der extrem Rechten als wahrscheinlich erachtet worden, da sich Lübcke 2015 in der Diskussion um die Aufnahme von Geflüchteten gegen extrem Rechte gestellt hatte und für diese zu einer Hassfigur geworden war.

### Täter war aktiver Neonazi

Der 45-jährige Stephan Ernst aus Kassel ist Antifaschist*innen lange bekannt. Er zählte in den 2000er Jahren zum engeren Kreis um die Neonazis Michel F. und Mike S. Er beteiligte sich an NPD-Auftritten und war 2007 in eine Schlägerei von Neonazis mit Antifaschist_innen verwickelt. Mike S. war eine Führungsfigur der Kasseler Neonazi-Szene. Michel F. zählte zum Kreis der „Oidoxie Streetfighting Crew", die seinerzeit vorgab, das deutsche „Combat 18" zu repräsentieren. Letztmals in die Öffentlichkeit geriet Michel F. im Jahr 2015, als eine antifaschistische Recherchegruppe einen bevorstehenden Waffendeal auffliegen ließ, bei dem Michel F. einem führenden deutschen „Combat 18"-Mitglied zugesagt hatte, diesem „2 bis 3" scharfe Schusswaffen zu besorgen. (Vgl. AIB Nr. xx) Am 1. Mai 2009 war Ernst zusammen mit weiteren Neonazis aus der Kasseler Neonazi-Szene nach Dortmund gereist und beteiligte sich dort an einem Angriff auf die DGB-Demonstration. Dabei wurde er festgenommen. Wie die „Autonome Antifa Freiburg" berichtete, soll Stephan Ernst außerdem 150 Euro an die AfD gespendet haben. Die Wahlkampfspende im Jahr 2016 sei für den besonders radikalen AfD-Landesverband Thüringen bestimmt gewesen.

Ein ausgestiegener Neonazi warnte in den 2000er Jahren davor, dass Ernst „ein sehr gefährlicher Typ" sei und wegen eines versuchten oder vollendeten Totschlags zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden war. Dabei handelt es sich – wie Zeit online meldet – um einen Anschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft im hessischen Hohenstein-Steckenrodt im Jahr 1993. Ernst deponierte dort eine Rohrbombe, die von den Bewohner*innen gerade noch unschädlich gemacht werden konnte, bevor sie explodierte. Stephan Ernst war auch 2016 Thema im hessischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds". Er wurde von der Partei DIE LINKE in einem Beweisantrag als ein Beispiel für gewalttätige Kasseler Neonazis erwähnt. Der Neonazi und V-Mann Benjamin Gärtner bestätigte auf Nachfrage, dass ihm ein „NPD-Stephan" bekannt sei. Auffallend ist, dass selbst dem Untersuchungsausschuss, der jahrelang die gewalttätige Kasseler Neonazi-Szene durchleuchtete, keine Informationen über den Anschlag in Hohenstein-Steckenrodt zur Verfügung gestellt worden waren, der von einem Neonazi begangen wurde, der seit mindestens 14 Jahren in Kassel wohnt.

### Ein C18-Mord ?

Es deutet derzeit einiges darauf hin, dass Ernst zum Netzwerk „Combat 18" mindestens Kontakte unterhielt. Möglicherweise war er dort tiefer eingebunden. Eine zentrale Person des deutschen „Combat 18"-Ablegers ist der ehemalige Kasseler Stanley R., mit dem Ernst spätestens seit den frühen 2000er Jahren bekannt ist. Das Recherche-Projekt „Exif" hat erst im Jahr 2018 seine Recherchen über dieses terroristisch ambitionierte neonazistische Netzwerk offen gelegt. (Vgl. AIB Nr. xx) Es ist offensichtlich, dass dieses Netzwerk von Spitzeln verschiedener Behörden und Geheimdienste durchsetzt ist und deswegen seit Jahren von den Behörden, allen voran vom Verfassungsschutz, klein geredet und „an der langen Leine" laufen gelassen wird.

Am 23. März 2019 trafen sich am Ortsrand von Mücka in Sachsen Neonazis der Gruppen „Brigade 8" und „Combat 18" (C18). Eingerahmt wurde die Zusammenkunft von einem RechtsRock-Konzert, für das unter anderem die „Combat 18"-Bands „Oidoxie" und „TreueOrden" angekündigt waren und an dem letztlich etwa 200 Personen teilnahmen. Der Austragungsort war ein Gebäude auf einem Waldgrundstück, dass der neonazistischen Bruderschaft „Brigade 8" als Clubhaus dient.

Bei dem Treffen von „Combat 18" und




Foto NSU Watch

Stephan Ernst (vorne links) am 30. August 2002 auf einer Wahlkampfkundgebung der NPD in Kassel, rechts neben ihm Mike S.

„Brigade 8" ging es um eine zukünftige engere Kooperation der beiden Gruppen, um eine Vereinigung bzw. um eine „offizielle" Aufnahme der „Brigade 8" ins „Combat 18"-Netzwerk. Zu dem Treffen war auch Stanley R. angereist. Er führt eine eigene Sektion der 2012 neu gegründeten Organisation „Combat 18" Deutschland und soll eine Art Europachef im internationalen C18-Netzwerk sein. Stanley R. gehört seit vielen Jahren der „Arischen Bruderschaft" des Thorsten Heise an und wohnt seit spätestens Anfang der 2000er Jahre in Kassel bzw. im Kasseler Umland. Er nahm unter anderem am 30. August 2002 zusammen mit Stephan Ernst und rund 30 anderen Neonazis an einer NPD-Wahlkampfveranstaltung in Kassel teil.

Der Auftritt von Stanley R. in Mücka kam überraschend, da er erst kurze Zeit zuvor aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Auf Betreiben bayerischer Ermittler*innen war er im Dezember 2018 in Untersuchungshaft genommen worden. Ihm und elf weiteren „Combat 18"-Angehörigen wird der Handel mit verbotenen RechtsRock-CDs und verfassungsfeindlichen Merchandise-Artikeln (u. a. vom in Deutschland verbotenen Netzwerk „Blood & Honour") vorgeworfen. Schnell war jedoch deutlich geworden, dass das Vorgehen der bayerischen Ermittler*innen offenkundig ein Alleingang war, bei dem die Behörden in anderen Bundesländern nicht mitzogen.

Auf den Bildern des Treffens in Mücka ist in ständiger Nähe zu Stanley R. ein Mann mit weißem Cap zu erkennen. Auf Hinweise und den Verdacht von „Exif" folgend, veranlasste das ARD-Magazin „Monitor" die Untersuchung der Fotos durch einen Sachverständigen. Dieser kommt in seinem anthropologisch-biometrischen Identitätsgutachten zu dem Schluss, dass es sich bei diesem Mann mit höchster Wahrscheinlichkeit um Stephan Ernst handelt.

Auf dieser Grundlage ist es ein recht realistisches Szenario, dass Stephan Ernst „Combat 18" zugehörig ist bzw. dass er in engem Kontakt zu dessen „Chef" Stanley R. steht. Das rückt den Mordfall Lübcke in ein viel klareres Licht. Denn „Combat 18" Deutschland propagiert seit vielen Jahren neonazistischen Mord und Terror, bildet „seine" Leute an Schusswaffen aus und labelt sich selbst als „Terrormachine" der militanten Neonaziszene. Und doch kann C18 in Deutschland seit vielen Jahren an der langen Leine der Sicherheitsbehörden wachsen und gedeihen. Vom Verfassungsschutz wird „Combat 18" seit Jahren systematisch klein geredet. Selbst die bloße Existenz der Gruppe gaben die Behörden erst nach Recherchen antifaschistischer Gruppen zu.

In der „Exif"-Veröffentlichung zu „Combat 18" im Juli 2018 haben die antifaschistischen Recherchegruppen nach Abwägung vieler Fakten und reiflicher Überlegung die These entwickelt, dass „Combat 18" Deutschland nicht nur in hohem Maße mit Spitzeln durchsetzt ist, sondern dass die Organisation dem Verfassungsschutz vermutlich als eine Art „Honeypot" dient, der militante und terroristisch ambitionierte Neonazis anlocken und bündeln soll, um diese besser zu überwachen oder lenken zu können. Dabei steht selbst Stanley R., der seit 20 Jahren ein Abonnement auf Bewährungsstrafen, eingestellte Verfahren und schnelle Entlassung aus der U-Haft hat, bei eigenen Kameraden im Verdacht, für den Geheimdienst zu spitzeln.

Unabhängig davon, ob die benannte Person tatsächlich Stephan Ernst ist, so ist dies ein weiteres Beispiel dafür wie sich seit Jahren oft ungestört militante und terroristisch ambitionierte Neonazi-Gruppen treffen und Allianzen schmieden. Und dass die Behörden, die darüber sehr wohl informiert sind, dies nicht verhindern. •

**BRAUNZONE**

Die „Neue Rechte" befindet sich im Kampf um die „kulturelle Hegemonie" gegen die parlamentarische Demokratie. Ein Kernziel ist dabei die Delegitimierung etablierter politischer Akteure wie Gewerkschaften, Parteien oder zivilgesellschaftlicher Initiativen. Der Beitrag beleuchtet am Beispiel des Netzwerks „Ein Prozent" diesen „Kulturkampf von rechts".

# „Ein Prozent"

## Eine extrem rechte Organisation im Kampf um „kulturelle Hegemonie"

Seit 2010 hat in Deutschland mit der sogenannten Sarrazin-Debatte eine Diskursverschiebung nach rechts(-außen) stattgefunden, die sich mit der als Krise empfundenen Steigerung der Migrationsbewegungen seit 2015 weiter beschleunigt hat. Politisch profitieren dabei nicht die Parteien und Organisationen der neonazistischen Szene – wie die NPD –, sondern Akteur_innen der „Neuen Rechten" (NR). Die „Neue Rechte" ist eine Bezeichnung für eine bestimmte Ideologie oder geistige Strömung der (extremen) Rechten, die sich in erster Linie an das Gedankengut der Konservativen Revolution anlehnt, also an jene Intellektuellen, die als Vertreter eines ‚antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik' (Kurt Sontheimer) gelten. Als weitere wichtige ideologische Anknüpfungspunkte wären darüber hinaus die intellektuellen Sympathisanten und Wegbereiter des italienischen Faschismus zu nennen. Ihre Akteur_innen setzen auf ein Konzept, welches angelehnt an den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci die Erlangung der „kulturellen Hegemonie" forciert. Es geht dabei um die Meinungsführung im „vorpolitischen Raum", der die Erringung der politischen Macht folgen soll. Zentral für die Gramsci-Rezeption der NR in Deutschland waren die Publikationen des „neurechten" französischen Vordenkers Alain de Benoist.[1] Die spektrenübergreifende Aktualität dieser Strategie zeigt sich bei zahlreichen Kongressen und Publikationen. So bezog sich der Jurist und ehemalige NPD-Funktionär Thor von Waldstein schon 2015 auf Taktiken und Organisationen, welche die („metapolitische") Vorarbeit leisten sollen, um darauf aufbauend die politische Macht zu erringen: „Durch spektakuläre Aktionen und einprägsame Bilder, wie sie etwa von der Konservativ-Subversiven Aktion (KSA) oder der Identitären Bewegung (IB) vorexerziert wurden, kann überhaupt erst wieder der Boden bereitet werden, auf dem metapolitisch gesät und anschließend politisch geerntet werden kann (...)." In jene mittlerweile existierende Riege des „neurechten" Netzwerkes ist neben der „Identitären Bewegung" auch die Initiative „Ein Prozent" einzuordnen.

### „Ein Prozent" – Netzwerk der (extremen) Rechten

Zum weitverzweigten Netzwerk der NR zählen Verlage wie der „Verlag antaios", Publikationen wie die „Blaue Narzisse" und auch aktivistisch ausgerichtete Organisationen wie die „Identitäre Bewegung". Das „Ein Prozent"-Netzwerk gehört seit 2015 ebenfalls dazu und verbindet dabei verschiedene Ziele: Durch ein seriöses Auftreten und vermeintlich investigative Recherchen wird versucht, die Delegitimierung politischer Gegner voranzutreiben, gleichzeitig wird durch bildgewaltige Aktionen Arbeit im „vorpolitischen Raum" geleistet. Darüber hinaus fungiert „Ein Prozent" als Vernetzungs- und Crowdfundingplattform für zahlreiche (extrem) rechte Initiativen und Gruppierungen.

In der Selbstbeschreibung heißt es, man verstehe sich als „professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen" und wolle Widerstand „gegen eine politische Klasse [leisten]". Dieser Pathos lässt neben der Konstruktion als „Kämpfer für den Normalbürger" schon die omnipräsente Delegitimierung der parlamentarischen Demokratie in ihrer derzeitigen Form erahnen. Zur Namensgebung heißt es: „Wir brauchen die Unterstützung von einem Prozent der Deutschen, nicht mehr. Ein Prozent reicht aus!" Öffentlich formuliert werden nur wenige Ziele wie „Grenzsicherung", „konsequente Abschiebung" und „Schutz des Volks- und Privateigentums". Daneben ist das langfristige Ziel offenbar die Ablösung der gewählten demokratischen Regierung: „Wer die Auflösung des Rechtsstaats und unserer Lebensordnung zu verantworten hat, muss abtreten."

„Ein Prozent" ist Schnittstelle zwischen der AfD, der „Neuen Rechten" und dem klassischen Neonazi-Spektrum. So wurde die Gründung der Initiative bereits Mitte 2015 auf dem Blog der „Sezession", einer von Götz Kubitschek verantworteten Publikation, bekannt gegeben. Der zu Beginn aktive Vorstand verdeutlicht die netzwerkartige Struktur. So waren neben Kubitschek auch Jürgen Elsässer (Chefredakteur




Foto: Antifaschistisches Nachrichtenportal Niedersachsen




Foto: LSA Rechtsaußen

**Oben:** Als Kämpfer für die Normalbürger geriert sich die Initiative „Ein Prozent".

**Unten:** Auf dem Gruppenbild mit den Fahnen der NPD-Jugend und der italienischen postfaschistischen „Casa Pound" zu sehen sind v.l.n.r.: Julian Monaco, Gianluca Iannone, Andy Knape und Michael Schäfer.

des verschwörungsideologischen „COMPACT"-Magazin), Hans-Thomas Tillschneider (AfD Sachsen-Anhalt) und der emeritierte Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider an der Gründung beteiligt. Mittlerweile werden als Vorstand Helge Hilse und der extrem rechte Burschenschaftler Philip Stein benannt, der „Ein Prozent" inzwischen maßgeblich nach außen vertritt. Auch andere Aktivisten von „Ein Prozent" entstammen der Neonazi-Szene. So leitete beispielsweise der ehemalige Neonazi-Kameradschafter und Vorsitzende der NPD-Jugendorganisation Michael Schäfer 2017 die Wahlbeobachter-Kampagne von „Ein Prozent".[2] Auch der aus Thüringen stammende „Ein Prozent"-Mitarbeiter Simon Kaupert soll mindestens 2015 an einem Pfingstlager der NPD-Jugendorganisation teilgenommen haben.[3]

### Gegen den Moschee-Bau in Erfurt-Marbach

Um die Arbeit von „Ein Prozent" beispielhaft aufzuzeigen, werden im Folgenden zwei Aktionen als Fallbeispiele beleuchtet. Seit im Jahr 2016 bekannt wurde, dass die islamische Ahmadiyya-Gemeinde in Erfurt-Marbach eine eigene Moschee errichten möchte und ein entsprechendes Baugrundstück erworben hat, begannen in Erfurt Proteste gegen diese Bestrebungen. Unter dem Namen „Bürger für Erfurt" formierte sich eine Protestgruppe. Ein Sprecher und einige Mitglieder verließen die Gruppe jedoch bald wegen der zunehmenden Radikalisierung der internen Diskussionen.[4] Bei „Ein Prozent" fanden sich bereits ab Sommer 2016 erste Erwähnungen der „Bürger für Erfurt". Im Dezember folgte ein erstes kurzes Video ganz im Inszenierungsstil der Identitären: Im Video wird die kitschig inszenierte Marbacher Dorfidylle den angeblich zu erwartenden Negativfolgen eines Moscheebaus entgegengestellt. Gleichzeitig wird der Bau der Moschee mit einer Delegitimierung aktueller politischer Verantwortungsträger_innen verknüpft und diese als „undemokratisch" dargestellt. Letztlich wird ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen dem Bau der Moschee und dem konstruierten Volkswillen der „Erfurter Bürger" behauptet. Im Duktus des Videos handelt es sich bei den etablierten Parteien um „Anti-Demokraten", weil diese eine Moschee gegen den Willen einer behaupteten Mehrheit ge-

Simon Kaupert von „Ein Prozent“ gelang es im März 2017 mit einer islamfeindlichen Aktion u.a. im ARD-Nachtmagazin medienwirksame Bilder zu produzieren.




nehmigt haben. Das Vorhaben, eine bereits auf dem Rechtsweg genehmigte Moschee im Namen „des Volkes“ verhindern zu wollen, gilt als legitim. Die virale Verbreitung solcher Botschaften ist das zentrale Ziel zahlreicher „neurechter“ Organisationen. Daher dienen Videos – wie auch in diesem Fall – oft als bevorzugtes Medium. In einem internen Strategiepapier der „Identitären Bewegung“ heißt es etwa 2015: „Die Identitäre Bewegung ist eine metapolitische Kraft, die versucht, Ideen, Parolen und Bilder in das metapolitische Feld zu führen. Mit Aktionen schaffen wir einen medialen Hype und eine Viralität, die unsere Parolen und Bilder so schnell und breit wie möglich streuen. Die ganze Arbeit, die wir in eine Aktion reinstecken, wird nutzlos, wenn die Bilder, die es transportiert, nicht klar und von guter Qualität sind. Wir müssen Wörter und Bilder wählen, die der Mehrheit gefallen und für sie verständlich sind.“

Diesen oder ähnlichen strategischen Maßgaben folgend organisierte „Ein Prozent“ im März 2017 eine Aktion, die es genau auf solche verbreitbaren Bilder anlegte. Mehrere Aktivist_innen aus dem Umfeld der IB und von „Ein Prozent“ errichteten ein mehrere Meter hohes („christliches“) Holzkreuz neben dem Moschee-Baugrundstück. Rund zehn weitere Kreuze folgten. Die Instrumentalisierung christlicher Symbolik gegen „den Islam“ ist bereits seit 2014 von PEGIDA bekannt. Ein wenig später folgendes Propaganda-Video und zahlreiche Bilder dienten dann zur viralen Verbreitung der Aktion. Die inszenierte Provokation hatte Erfolg: Bundesweit berichteten Medien – bis zur Tagesschau – über die Aktion. „Ein Prozent“ wurde die Möglichkeit gegeben, sich breit und oft ohne kritische Recherche zur Einordnung der Organisation zu inszenieren. Damit hat sich auch in Erfurt die von Kubitschek bereits 2007 formulierte Strategie der Provokation als erfolgreiches Mittel erwiesen, die eigenen Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen.

**Raumnahme**

Um nicht nur virtuell Einfluss zu generieren, braucht es reale Anlaufpunkte, die als Orte der Vernetzung und Strukturierung dienen. Neben dem „Institut für Staatspolitik“ in Schnellroda, den Räumen der „Bibliothek des Konservativismus“ in Berlin entstand in Halle ab 2016 ein Hausprojekt, das von Protagonist_innen der „identitären“ Gruppe „Kontrakultur“ bewohnt wird.[5] Für Referate „neurechter“ Vordenker, wie auch für Vorträge extrem rechter Organisationen wie der ukrainischen Neonazi-Partei „National Corps“ dient die im Haus ansässige Kneipe „Flamberg“. Auch extrem rechte Konzerte fanden schon in den Räumlichkeiten statt. Finanzielle und ideologische Unterstützung erhält das Projekt vor allem von „Ein Prozent“, die auf ihrer Webseite von „unserem Haus“ sprechen und betonen, dass entsprechende Projekte ein „Meilenstein im politischen und kulturellen Kampf“ seien. Einen weiteren Raum versucht „Ein Prozent“ in Dresden zu etablieren – wenn bislang ohne eine solche Kraft, wie sie das Haus in Halle auf die bundesweite extreme Rechte auszustrahlen vermag. Im Februar 2017 eröffnete dort ein Büro von „Ein Prozent“. Das Mietverhältnis hielt, dank antifaschistischer Interventionen, nicht lang an. Seit spätestens Frühjahr 2019 versucht „Ein Prozent“ diese Lücke mit einem neuen Objekt in Dresden-Reick zu schließen, wie das „Antifa Recherche Team Dresden“ im Mai 2019 bekannt gab. Am Klingelschild hatte dort, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung, der Name des stellvertretenden Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes Dresden, Joachim Klaudius, gestanden, neben vier weiteren Namen, die alle dem „Ein Prozent“-Netzwerk zuzuordnen sind. Unterstützung durch die AfD bekam „Ein Prozent“ schon in Halle. So hatte Hans-Thomas Tillschneider, AfD-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt, im September 2017 im Wohnprojekt der „Kontrakultur“ sein Abgeordnetenbüro eröffnet. Auch in Cottbus gibt es mit der „Mühle“ seit nunmehr einem Jahr ein Ladenlokal von „Ein Prozent“, wo die Vernetzung lokaler extrem rechter Akteure mit überregionaler Unterstützung vorangetrieben wird. Anders als in Halle bleiben die Raumnahme in Cottbus wie auch die rassistischen Mobilisierungen von „Zukunft Heimat“ bisher weitestgehend unwidersprochen.

**Gegenmobilisierung & Aufklärung**

Die „Neue Rechte“ hat in den vergangenen Jahren wie keine andere (extrem) rechte Strömung von der politischen Situation in Deutschland profitieren können. Gegenstrategien gegen einen intendierten Rechtsruck der Debatten und eine (lokale) Verankerung entsprechender (extrem) rechter Akteure müssen auf mehreren Ebenen ansetzen. So ist die Etablierung des Hauses in der Hallenser Stadtgesellschaft an der gut vernetzten und breiten antifaschistischen Gegenmobilisierung und Aufklärungsarbeit in Halle gescheitert. Eine Aufklärung über Akteur_innen, Ideologie und Strategien der NR ist dabei von zentraler Bedeutung, um extrem rechte Strategieansätze zu entzaubern und einen regional angepassten Handlungsansatz zu schaffen. •

Der Text basiert auf einer gleichnamigen Veröffentlichung der Mobilen Beratung in Thüringen (Mobit) und wurde für diese Ausgabe von der AIB-Redaktion umfangreich redaktionell bearbeitet.

1 Für den Gesamtüberblick empfehlenswert ist das Buch von Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die NEUE RECHTE und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017. 2 Vgl. Neumann, János (2017): Das ‚Ein Prozent‘ Recherchenetzwerk. In: Der Rechte Rand. 3 Vgl. ebd. 4 Vgl. ZDF heute plus (2017): „Kreuze gegen Moschee: Umstrittenes Projekt in Erfurt“. Sendung vom 16. März 2017. 5 Vgl. dazu AIB Nr. 116: Ein identitares Haus in Halle

Anfang April 2019 trat eine neue Vernetzung von Strafverteidigern in Thüringen an die Öffentlichkeit. Die Zusammensetzung der teilnehmenden Rechtsanwälte, profilierte Verteidiger aus der Neonaziszene auf der einen, sich liberal gebende Anwälte auf der anderen Seite, wirft Fragen auf.

# Anwaltsvernetzung am rechten Rand

Kooperationen von Strafverteidiger*innen finden sich häufig und machen sowohl für die Anwält*innen als auch die Mandant*innen Sinn. Dass auch Verteidiger, die oft Personen des rechten Spektrums verteidigen sich in dieser Art und Weise zusammenschließen, wäre an sich nichts Bemerkenswertes. Das „Strafverteidigerbüro Thüringen" sticht jedoch besonders heraus. Ist die Verteidigung von Neonazis inzwischen so ein großes Geschäft, dass auch Anwälte, die bislang nicht mit der Verteidigung von Neonazigrößen in den Blick der Öffentlichkeit getreten sind, hier einen Markt sehen? Suchen renommierte Anwälte der extremen Rechten den Anschluss an die „Mitte"? Tatsächlich scheint das Projekt nach kurzer Zeit schon gescheitert. Die Hälfte der ursprünglich beteiligten Anwälte taucht inzwischen nicht mehr auf der Internetseite auf. Trotzdem lohnt es sich, einen Blick auf das Projekt zu werfen.

Das Strafverteidigerbüro verspricht auf seiner Homepage, durch die besonders enge Zusammenarbeit der beteiligten Rechtsanwälte auch in großen Verfahren eine optimale Strafverteidigung, gibt Tipps für den Umgang mit Hausdurchsuchungen und erklärt, wie Strafverfahren ablaufen. Unter anderem wird aber auch auf Rechtsprechung, die besonders für die Bereiche „Motorradfreunde" und „Security" interessant sein soll, hingewiesen. So weit so unspektakulär. Gestartet war das Strafverteidigerbüro mit ursprünglich sechs Anwälten, Maik Bunzel aus Cottbus, Alexander Dann aus Erfurt, Artak Gaspar aus Kirchheim, Juri Goldstein aus Erfurt, Alexander Held aus Schmalkalden und Andreas Junge aus Berlin. Inzwischen findet man auf der Homepage lediglich noch drei Personen, nämlich die Anwälte Held, Dann und Gaspar.

Maik Bunzel vertritt immer wieder Personen der extremen Rechten, zuletzt im Verfahren gegen die „Weisse Wölfe Terror Crew". Vor seiner Karriere als Rechtsanwalt war Bunzel Richter auf Probe in Bayern. Diesen Posten musste er räumen, nachdem bekannt geworden war, dass er selbst in der rechten Szene aktiv und zeitweilig Sänger der RechtsRock-Band „Hassgesang" war. Die Band wird in mehreren Verfassungsschutzberichten aufgeführt und fiel durch antisemitische und israelfeindliche Texte auf.

Andreas Junge aus Berlin vertrat schon mehrfach Personen aus dem organisierten und militanten rechten Spektrum. Im NSU-Verfahren trat er als Vertreter für den Verteidiger von Ralf Wohlleben, Wolfgang Nahrath auf. Mehrfach verteidigte er hohe NPD-Funktionäre aus Thüringen.

Auch Rechtsanwalt Alexander Held hat eine Nähe zu Wolfgang Nahrath und vertrat diesen beim OLG München in der Wohlleben-Verteidigung. Held selbst hat bislang keine eigenen politischen Aktivitäten in der extrem rechten Szene erkennen lassen, sieht hier allerdings offensichtlich ein lukratives Geschäftsfeld. Junge, Bunzel und Held kennen sich auch aus dem Ballstädt-Prozess, in dem 15 Personen aus dem Umfeld der Thüringer Rechtsrockszene angeklagt waren und zum Teil zu erheblichen Haftstrafen verurteilt wurden. Das Urteil gegen die Angeklagten, dessen Vollstreckung die äußerst umtriebige Thüringer Rechtsrockszene zum Erlahmen bringen könnte, ist noch nicht rechtskräftig.

Dann, Gaspar und Goldstein sind bislang nur am Rande von Strafverfahren gegen aktive Neonazis aufgefallen. Insbesondere Rechtsanwalt Juri Goldstein, der als Erster von der Homepage des „Strafverteidigerbüros" verschwand, ist allerdings aus anderen Gründen von besonderem Interesse. Goldstein ist renommierter Strafverteidiger in Thüringen und sitzt für die CDU im Erfurter Stadtrat. Allein diese kommunalpolitische Aktivität sollte schon Grund genug sein für seine Partei, sich genauer anzuschauen, mit wem Goldstein öffentlich zusammenarbeitet. Erstaunlicher ist jedoch, dass Goldstein mit Maik Bunzel und dessen Vergangenheit kein Problem zu haben scheint. Die antisemitischen Texte und Vernichtungsfantasien in den Liedern von Hassgesang stehen im absoluten Gegensatz zum Engagement von Juri Goldstein in der jüdischen Landesgemeinde des Freistaats Thüringen, deren stellvertretender Vorsitzender er ist. Es kann nur gemutmaßt werden, warum Goldstein mittlerweile nicht mehr auf der Homepage zu finden ist. Die Verbindungen und die Vergangenheit Bunzels könnten einer der Gründe sein. Von Konsequenzen der jüdischen Landesgemeinde Thüringen oder öffentlichen Distanzierungen Goldsteins war bisher allerdings nichts zu vernehmen. •




Rechtsanwalt Maik Bunzel war zeitweilig Sänger der RechtsRock-Band „Hassgesang".

Screenshot Instagram

BRAUNZONE

# Populäre Hetze

## Das rechte Online-Portal „Journalistenwatch“

Was muss man tun, um eine der am häufigsten in Sozialen Netzwerken geteilten Websites zu kreieren? Das Portal „Journalistenwatch“ („Jouwatch“) macht es vor. Zunächst muss man so exzessiv wie möglich das rassistische Stereotyp vom „kriminellen Ausländer“ bedienen: „Libanese randaliert im Rathaus“, „Asylantenterror in Deggendorf“, „Dunkelhäutige Sex-Täter“, „Nigerianer versucht Schülerin in Zugtoilette zu ziehen“, „Syrer prügeln auf Deutsche ein“ – solche Phrasen drischt „Jouwatch“ den Leser_innen in den Kopf. Was noch? Nun, man kann natürlich den üblichen Generalverdacht gegen Muslime schüren („Muslime wollen Kritiker flächendeckend denunzieren“), den Verfassungsschutzbericht als „linkslastig“ attackieren, mehr Abschiebungen fordern, Aktivitäten einer liberalen Ex-Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) mit dem Etikett „Klapsmühle“ versehen und Bemühungen um mehr Klimaschutz als „Grünen-Wahn“ diffamieren. „Jouwatch“ glänzt in diesen Disziplinen. Und in der Tat, die Macher des Portals haben Erfolg. Eine neue Studie, die die Social-Media-Analysefirma Alto in Kooperation mit NDR- und WDR-Journalisten durchgeführt hat, belegt: „Jouwatch“ ist eines der populärsten deutschen Portale; es wird deutlich öfter geteilt als FAZ oder Tagesschau.

### Von links nach rechts

Der Mann, der „Jouwatch“ fast im Alleingang aufgebaut hat, heißt Thomas Böhm. Als er Ende 2011 die Website online stellte, hatte er bereits eine bemerkenswerte Karriere hinter sich. 1954 geboren, hatte er sich zunächst bei der frischgegründeten taz als Musikredakteur betätigt, dann eine Weile als freier Journalist gewirkt. Schließlich ging er für mehr als ein Jahrzehnt zum Berliner Boulevardblatt B.Z; von den Hundekolumnen, die er dort schrieb, hat er später einige als Buch herausgebracht (Titel: „Herrchen hüpf!“). Politisiert hat sich Böhm laut eigener Aussage ab dem 11. September 2001. Der Weg, den er dabei einschlug, führte ihn schließlich zu der antiislamischen Partei „Die Freiheit“, an deren Gründung er Ende Oktober 2010 beteiligt war.

Mit seiner zeitweiligen Arbeit als Pressesprecher für „Die Freiheit“ vollzog er den Einstieg in das dichte Organisationsgeflecht desjenigen Teils der äußersten Rechten, das sich auf aggressiv antiislamische Agitation spezialisiert. Heute fungiert er als Bundesgeschäftsführer der „Bürgerbewegung Pax Europa“, die gleichfalls vor allem gegen den Islam mobilisiert.

### „Jouwatch“ nach rechts vernetzt

Mit „Jouwatch“ verfolgte Böhm von Anfang an ein doppeltes Ziel. Zum einen stand er im Jahr 2011 vor der Notwendigkeit, neue Wege zum Geldverdienen zu finden: Der bisherige Abnehmer seiner Schreibprodukte, die B.Z., wandte sich – so schildert er es jedenfalls – nach seinem Auftritt als Pressesprecher von „Die Freiheit“ umgehend von ihm ab. Eine neue Quelle für den Broterwerb musste also her – und ein eigenes Onlineportal bot sich dafür an. Zum anderen verspürte Böhm, zur antiislamisch agitierenden Rechten übergelaufen, offenbar das Bedürfnis, den Kollegen, die seine politischen Auffassungen nicht teilten, intensiv auf die Finger zu schauen – daher der Name „Journalistenwatch“. Jahre bevor der Ausdruck „Lügenpresse“ in der äußeren Rechten Mode wurde, zielte der einstige B.Z.-Mann darauf ab, den medialen Mainstream als vermeintlich links und die Fakten fälschend zu attackieren. Entsprechend nannte Böhm den Verein, den er im Jahr 2012 als Trägerorganisation für seine Webplattform ins Leben rief, „Verein für Medienkritik und Gegenöffentlichkeit“.

In der äußersten Rechten ist Böhm damit schon bald recht gut angekommen. „Der Ansatz, die Öffentlichkeit über faktenarme, aber meinungsreiche linke Medien aufzuklären, ist ... goldrichtig“, applaudierte im Mai 2012 die Junge Freiheit: „Daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Journalisten links eingestellt ist ..., ist nur einem Teil des Publikums bekannt.“ Die kurzen, simplen Textchen, die „Jouwatch“ Tag für Tag bringt, werden nicht nur in einschlägigen, auf rassistische, antiislamische Hetze spezialisierten Onlinemedien wie „PI-News“ fleißig rezipiert, sondern punktuell auch in inhaltlich breiter angelegten Publikationen. Zu nennen sind: „Compact“, „Blaue Narzisse“ und das „Lightbeat Radio“. Letzteres wird von André Lichtschlag, dem Macher der libertären Zeitschrift „eigentümlich frei“, betrieben und sende neben „Big Band, Country, Schlager“ („Die deutschen Charts von 1941 – ‚Hoch drob'n auf dem Berg'“) ab sofort auch „werktäglich einen tagesaktuellen Jouwatch-Artikel“, jubelte Böhms Portal Ende Juni 2018. Umgekehrt publiziert „Jouwatch“ Artikel von Götz Kubitschek, stellt Videos von Jürgen Elsässers „Compact-TV“ und von „Identitären“-Veranstaltungen online – und lobt beharrlich




Screenshot der JouWatch-Homepage mit Werbung für die „Identitäre Bewegung" und „Pax Europa".
Links: Chefredakteur Thomas Böhm mit Christian Jung.

die AfD. Im Mittelpunkt: „Der Flügel" und Björn Höcke.

**Spenden, Anzeigen und „Counter-Jihad" aus den USA**

Finanziell steht „Jouwatch" auf mehreren Säulen. Zu Beginn, als das Portal noch keine 2.000 Zugriffe pro Tag verzeichnete, half Philipp Wolfgang Beyer aus. Der Jenaer Rechtsanwalt, der im Sommer 2011 an der Gründung des thüringischen Landesverbandes von „Die Freiheit" beteiligt war und dabei Thomas Böhm kennenlernte, schaltete auf dessen neuer Website bezahlte Anzeigen, über die er Mandanten akquirierte. Das lohnte sich für beide. Anzeigen bringen Böhm bis heute Geld in die Kasse; geschaltet werden sie etwa von „Pax Europa" oder von Martin Sellners und Patrick Lenarts Label „Phalanx Europa". Daneben kann „Jouwatch" laut Aussage von Böhm auch Spenden verzeichnen; begünstigt wird das dadurch, dass der Trägerverein vom Finanzamt Jena als gemeinnützig eingestuft wurde und diesen Status auch nach dem Umzug ins sächsische Meißen beibehalten hat. Zusätzlich zu Anzeigenhonoraren und zu Spenden verfügt „Jouwatch" über ein drittes finanzielles Standbein: Gelder des US-Think-Tanks „Middle East Forum" von Daniel Pipes.

Der US-Publizist Pipes hat das „Middle East Forum" 1994 gegründet, um „amerikanische Interessen im Mittleren Osten zu fördern". Offiziell legt der Think-Tank besonderen Wert darauf, nach Wegen zu suchen, um den „radikalen Islam zu besiegen". Tatsächlich aber hat Pipes mit seinem Forum oft Personen und Organisationen unterstützt, die unter dem Deckmantel des Kampfs gegen Jihadisten („Counter-Jihad") den gesamten Islam attackieren. So hat er Robert Spencer gefördert, einen der einflussreichsten Aktivisten der Counter-Jihad-Szene. Im vergangenen Jahr hat er Stephen Yaxley-Lennon („Tommy Robinson") finanziell den Rücken gestärkt, dem ehemaligen Anführer der „English Defence League" (EDL) und heutigen „Berater" von Gerard Batten, dem Chef der erheblich nach rechts gerückten UKIP. Und er hat Geert Wilders fette Sümmchen zukommen lassen, als der vor Gericht stand und Geld brauchte. Wilders hat bekanntlich nicht Jihadisten, sondern den Koran ganz allgemein „faschistisch" genannt. Über Wilders wiederum ist Böhm vermutlich in Kontakt mit Pipes gekommen: Der war dabei, als sich – in Anwesenheit von Wilders – im Oktober 2010 in Berlin „Die Freiheit" gründete. Zu den Parteifunktionären zählte damals bekanntlich Thomas Böhm.

**Wechselnde Chefredakteure**

Den Posten des „Jouwatch"-Chefredakteurs hat der in Naumburg ansässige Böhm inzwischen weitergereicht. Zunächst, Anfang 2018, folgte ihm in dieser Funktion seine Ehefrau Marilla Slominski, die ihrerseits auf mehreren Blogs der Szene publiziert – auf „conservo" zum Beispiel, das der CDU-Mann Peter Helmes verantwortet. Dieses Jahr hat Max Erdinger aus dem mittelfränkischen Bad Windsheim die Chefredaktion übernommen. Erdinger kennt man etwa aus der „Blauen Narzisse", in der er – tief männerrechtsbewegt – schon vor Jahren einen „Zeugungsstreik der Männer" erkannt haben wollte: Einer der „Hauptgründe des demografischen Niedergangs" sei, dass Väter „nach einer Scheidung oft genug nur noch die Zahlesel" seien und „aufgrund ihrer Unterhaltspflichten auch unter das wirtschaftliche Existenzminimum gedrückt werden". Männer seien heutzutage halt unterdrückt.

Erdinger gehen, das teilt er auf seiner privaten Website mit, ganz allgemein „sämtliche ideologisch motivierten Umerziehungsversuche des Nannystaates mitsamt seiner angepassten Medienmeute – und hier ganz besonders die zerebralen Blähungen von rot/grün und ihren medialen Speichelleckern – ganz gewaltig auf den Geist". Und deshalb hat er sich fürchterlich aufgeregt, als AfD-Chef Alexander Gauland für seine Äußerung kritisiert wurde, es gelte „stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen". „Schnappatmung vor der Bundestagswahl", kommentierte der heutige Chefredakteur im September 2017 auf „Jouwatch". Selbstverständlich hätten die deutschen Soldaten etwas „geleistet" – und „die Leistung als solche war nicht übel, so von 1939 bis 1941. Innerhalb von zwei Jahren so etwas wie eine EU zu schaffen, das kann nicht jeder."

Eine inhaltliche Mäßigung ist also auch mit den neuen Chefredakteur nicht zu erwarten. Ganz im Gegenteil. •

BRAUNZONE

# „Der Stumme Schrei"

## Ein Oberpfälzer Abtreibungsgegner relativiert seit über zehn Jahren den Holocaust

ANITA F. - ANTIFASCHISTISCHE GRUPPE IN REGENSBURG

Schon von weitem ist sie sichtbar. Schlicht gehalten, weiß gestrichen, mit einer Holzkuppel und einer Schaukel vor der Tür. Im oberpfälzischen Pösing, im Landkreis Cham (Bayern) steht seit 2008 die „Hoffnung für ungeborene Kinder – der stumme Schrei". So lautet der offizielle Name der privaten Kapelle. Franz Graf, 62-jähriger Landwirt, hat sich hier ein Denkmal gesetzt. Graf ist bekennender Abtreibungsgegner und gehört dem „Lebensschützer"-Milieu an. Seine Kapelle widmet er dem „größten Völkermord in der Geschichte der Menschheit. Der legale Kindermord durch Abtreibung. Der Holocaust an ungeborenen Kindern", so ist auf einem Gedenkstein neben der Kapelle zu lesen. Auch in der Rede zum zehnjährigen Jubiläum der Kapelle fand Graf deutliche Worte, die keinen Interpretationsspielraum lassen: „Was ist Auschwitz gegen diesen Massenmord an Kindern?"

Auch im Inneren der Kapelle lässt Graf tief blicken. An den Wänden steht in schwarzer Schrift „Der millionenfache Massenmord an wehrlosen Kindern durch Abtreibung". In einem Glaskasten ist zu lesen, dass abgetriebene Embryos zerstückelt und zu Kosmetika verarbeitet würden. Ärzt_innen bezichtigt er des Mordes und auf einer Steintafel findet sich die Aussage: „Auschwitz ist heute in unseren Krankenhäusern und Abtreibungskliniken, sowie in gynäkologischen Praxen und durch die Einnahme von Abtreibungsmitteln." Graf betreibt hier eine klare Holocaustrelativierung. Dabei bestreitet er den millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden während der NS-Zeit nicht. Gegenüber Journalist_innen äußerte er sich dazu: „Die Vernichtung von sechs Millionen Juden wird zu Recht verurteilt, andererseits verlangen die Leute das Tötungsrecht an ungeborenen Kindern – wofür soll ich mich entschuldigen?"

### Justiz sieht keine Volksverhetzung

In Pösing und der Umgebung stören sich bis heute nur wenige an dem Bauwerk und an Grafs Ansichten. Einige Einwohner_innen sollen beim Bau mit angepackt oder diesen finanziell unterstützt haben. Durch die lokale Berichterstattung zum zehnjährigen Jubiläum, im Sommer 2018, wurden Aktive des regionalen Kreisverbandes der Linkspartei auf die Kapelle aufmerksam und stellten Anzeige gegen Graf wegen Volksverhetzung. Die zuständige Staatsanwaltschaft ließ diese jedoch nicht zu. Dem Kontext sei „keine Gleichsetzung des Holocaust in seinem geschichtlichen Sinne zu entnehmen". Graf scheint also zumindest von Seiten der Justiz eine Art „Freifahrtschein" für seine Frauenfeindlichkeit und seine Holocaust relativierenden Ansichten zu erhalten. Und auch das zuständige Landratsamt, dessen stellvertretender Landrat Markus Müller beim Jubiläum anwesend war, distanzierte sich auf Nachfrage der Presse nur zaghaft.

Im Zuge dessen versuchten lokale Antifaschist_innen die Kapelle überregional zu skandalisieren, was ihnen auch gelang. Auch in den darauf folgenden Anfragen der Presse hält Graf an seiner Meinung fest: „Abtreibungen sind in Sachen Grausamkeit mindestens genauso schlimm wie das, was in Auschwitz passiert ist. In Auschwitz haben wir sechs Millionen Menschen vergast. In Sachen Abtreibungen sind wir bei Millionen und Milliarden von Kindern."

### Rechtsklerikale im Bistum

Pösing, mit seinen etwa 1.000 Einwohner_innen, 93 Prozent der Menschen hier sind katholisch, gehört dem erzkonservativen Bistum Regensburg an. Und hier ergibt sich ein größeres Gesamtbild. Mit Bischof Rudolf Voderholzer und Generalvikar Michael Fuchs sind im Bistum Regensburg zwei rechtsklerikale Abtreibungsgegner aus dem sogenannten „Lebensschützer"-Milieu tätig, die in der Vergangenheit kein besonders ausgeprägtes Abgrenzungsbedürfnis nach Rechtsaußen zeigten. So auch am Katholikentag 2014 in Regensburg, als das Bistum Regensburg dem Milieu mehrfach Foren bot. Birgit Kelle – u. a. Autorin der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" – moderierte für das Bistum ein Sonderformat auf einem Regionalsender. Für eine Veranstaltung, an der ausschließlich radikale AbtreibungsgegnerInnen – u. a. Christa Meves – teilnahmen, wurde vom Bistum explizit Werbung gemacht.

Voderholzer und Fuchs nahmen in der Vergangenheit am „Marsch für das Leben" in Berlin teil, eine Demonstration von AbtreibungsgegnerInnen, bei der christliche FundamentalistInnen, AntifeministInnen und Personen der (extremen) Rechten gemeinsam demonstrieren. 2017 sprach Voderholzer dort und relativierte die Verbre-




Die Kapelle „Der stumme Schrei" in Pösing relativiert die Singularität des Holocaust.

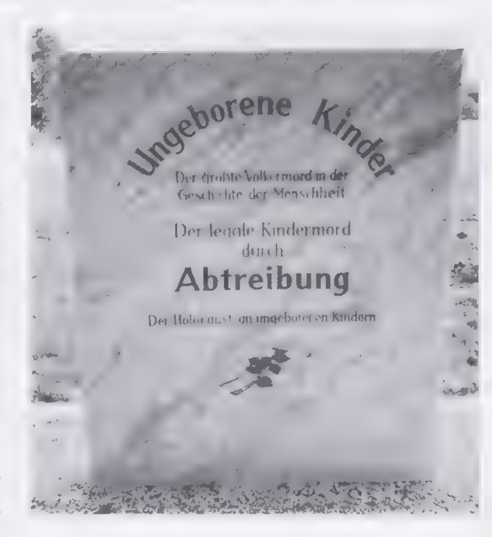
chen des Nationalsozialismus mit dem Satz: „Kann man wirklich gleichzeitig Tränen der Rührung vergießen beim Verlesen eines Briefes aus dem Jahr 1943 durch einen Schauspieler mit Down-Syndrom, so geschehen hier neben uns in diesem hohen Hause am 27. Januar 2017, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, und gleichzeitig schweigen über die pränatale Selektion unserer Tage?" Auch Fuchs thematisierte Kritik an Schwangerschaftsabbrüchen bereits in Reden am Gedenkweg für die Opfer des Faschismus, der alljährlich am 23. April in Regensburg stattfindet.

Darüber hinaus nahm Fuchs schon an dem monatlich in Regensburg stattfindenden „Vigil für die ungeborenen Kinder" teil. Dem organisierenden Verein „Helfer für Gottes kostbare Kinder Deutschland e.V." stellt das Bistum hierfür regelmäßig Räume zur Verfügung.

Neben dem Bischof und dem Generalvikar fiel auch der Pressesprecher des Bistums, Clemens Neck, negativ auf. Mit Bezug auf die Pösinger Kapelle sagte er in einem Radiointerview: „Im 20. Jahrhundert wurden Menschen massenhaft getötet und diese Verbrechen sollen in ihrer Einzigartigkeit betrachtet werden. Gleich, egal ob das sich jetzt um Taten der nationalen Sozialisten oder der Kommunisten handelt." Unabhängig von der jeweiligen Betrachtung der historischen Fakten ist diese Gleichsetzung eine weitere Relativierung, die Singularität der Shoa wird somit negiert. Die Gleichsetzung von Holocaust und Abtreibung hält er „persönlich [für] nicht sinnvoll" distanziert sich aber kein Stück von dieser Holocaustrelativierung.

**Holocaustrelativierung kein Straftatbestand?**

Rechtliche Schritte gegen AbtreibungsgegnerInnen einzuleiten ist nach wie vor sehr schwer, da die Gerichte hier immer wieder eine fragwürdige Gesetzesauslegung betreiben. So entschieden die Staatsanwaltschaft München und die Staatsanwaltschaft Köln Anfang des Jahres 2019, dass Formulierungen wie „Abtreiben macht frei" oder „Babyzid" auf Flyern zulässig seien. Der Paragraf 130, zur Verfolgung von Volksverhetzung, wird folglich von den Gerichten selbst ausgehöhlt. Laut dem Kölner Oberstaatsanwalt Willuhn werde der „Unwertgehalt des Holocausts nach Meinung dessen, der da spricht, unterstrichen". Das bedeute, dass der Holocaust nicht bagatellisiert oder beschönigt, sondern umgekehrt dieser als Argument herangezogen werde, um zu be-




schreiben, wie schlimm Abtreibung sei. Das sieht der „Zentralrat der Juden" anders. Ende April 2019 hatte dessen Präsident Josef Schuster sich zu Graf geäußert: Graf leugne durch seine getätigten Aussagen die Singularität des Massenmordes an den europäischen Jüdinnen und Juden und relativiere diesen. •

**ANTIFA**

Ein Projekt der Berliner VVN-BdA vernetzt und aktiviert Nachkommen antifaschistischer Widerstandskämpfer/-innen und Verfolgter des Naziregimes.

# Antifaschismus als Familientradition!?

**MATHIAS WÖRSCHING**

Über die ganz persönlichen Gründe des eigenen politischen Engagements wird in antifaschistischen Kreisen nur selten gesprochen. Manche dieser Gründe liegen tief in der Kindheit. Bestimmte Gute-Nacht-Geschichten, Gespräche am Esstisch, Kinderbücher und Hörspiele, Trick- und Märchenfilme können in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen.

Eine besondere Situation liegt bei Menschen vor, deren Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern Widerstand gegen den Nazismus leisteten, verfolgt oder ins Exil getrieben wurden und bei denen entsprechende Geschichten in die familiäre Überlieferung eingingen. Nicht selten wird dieses Erbe zum wertvollen, antreibenden Teil der eigenen Identität als aktive/-r Antifaschist/-in in zweiter, dritter oder vierter Generation. Doch regelmäßig werden auch tiefe Traumata und Ängste über die Generationen weitergegeben. Das familiäre Erbe erweist sich als Potenzial und Belastung zugleich.

Heutzutage verstummen die Überlebenden von Widerstand und Verfolgung nach und nach. Sprechfähig aus der Gruppe der Überlebenden selbst ist fast nur noch eine stetig schrumpfende Zahl von „child survivors“. Gleichzeitig erstarken autoritäre, nationalistische, rassistische und antisemitische Tendenzen in Europa immer weiter.




Seit vielen Jahren schon treten Nachkommen mit Publikationen, in Dokumentarfilmen, Lesungen und Ausstellungen an die Öffentlichkeit, verlegen Stolpersteine, enthüllen Gedenktafeln. Sie sind gefragte Gesprächspartner an Schulen und in der politischen Bildung. Damit bereichern sie die in Jahrzehnten gewachsene antifaschistische Erinnerungskultur und verteidigen sie zugleich gegen geschichtsrevisionistische Angriffe. Mit ihrer familiären Herkunft und Tradition bezeugen sie Widerstand, Exil und Verfolgung und halten die Erinnerung daran wach. Damit gelingt es, auch emotional eine Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu bauen.

Das antifaschistische, insbesondere historisch-politische Engagement von Nachkommen zu fördern, war das Ziel eines 2018 unter dem Dach der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (Berliner VVN-BdA) durchgeführ-

ten Projektes.[1] Insgesamt etwa 100 Nachkommen beteiligten sich. Drei Werkstattgespräche boten Raum für gegenseitige Anregung, Weiterbildung und Unterstützung, boten auch Raum für den Austausch über transgenerationale seelisch-soziale Belastungen und Probleme. Eine Internetseite und eine Broschüre sind entstanden, um die vielfältigen Geschichten, Anliegen und Angebote einer Reihe von Nachkommen zu präsentieren.

Das im Rahmen des Projektes 2018 begonnene Netzwerk aktiver Nachkommen soll 2019 weiter auf- und ausgebaut werden. Angedacht ist zum Beispiel eine lockere Reihe von Gesprächsrunden zu speziellen Themen. Hierbei sollen auch Angehörige der dritten und vierten Generation gezielt angesprochen werden - nicht wenige von ihnen sind in unterschiedlichen antifaschistischen Projekten und Initiativen aktiv. Darüber hinaus gilt es, die Angebote der Nachkommen in der historisch-politischen Bildungslandschaft bekannter zu machen und Begegnungen zwischen ihnen und einem interessierten Publikum zu ermöglichen.

Berliner Antifaschist/-innen, die sich von dieser Arbeit von und für Nachkommen angesprochen fühlen und sie unterstützen wollen, sind herzlich eingeladen, Kontakt aufzunehmen. •

**Kontakt und Informationen:**
nachkommen-netzwerk-berlin.de

Dank geht an Hans Coppi für seine Mitarbeit an diesem Artikel.

1 Das Projekt wurde gefordert und unterstützt von der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa, der Evangelischen Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

## Aufruf an die Nachkommen

Unsere Vorfahren leisteten Widerstand gegen den Naziterror in Deutschland oder retteten sich ins Exil, kämpften für Spaniens Freiheit und in den Armeen der Antihitlerkoalition, überlebten und starben in Ghettos, Konzentrations-, Vernichtungs- und Zwangsarbeitslagern und Zuchthäusern, Gefängnissen und in der Zwangsarbeit oder wurden Opfer des stalinistischen Terrors. Die Zeit unserer Eltern, Großeltern und Urgroßeltern, an die Verbrechen des Naziregimes und den Widerstand gegen ihn zu erinnern, geht zu Ende. Doch ihre Aufgabe ist nicht beendet. Im Gegenteil: Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Faschismus – all dies steht heute in Frage, angesichts der Erfolge von rechtsnationalistischen Parteien in Deutschland und Europa.

Es ist Zeit für uns zu handeln. Das Leid wie auch der Kampf unserer Eltern, Großeltern und Urgroßeltern haben unser Leben geprägt, sind tief in uns verwurzelt. Die persönliche Begegnung bleibt auch in Zeiten neuer Medien ein wichtiges Element des Erinnerns und Gedenkens. Wir Nachkommen können eindrucksvolle Momente schaffen durch die Weitergabe eigener Erfahrungen in Gedenkveranstaltungen, in Schulen und Bildungsstätten. Dies ist unsere besondere Aufgabe. Mögen unsere Lebens- und Familiengeschichten die Menschen von heute anregen zu einer widerständigen Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevision, gegen Ignoranz, Menschenverachtung und Kriegstreiberei. Als Nachkommen der NS-Verfolgten, des Widerstands und des Exils wollen wir uns gemeinsam einsetzen für eine Welt des Friedens, der Freiheit und der Solidarität.

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.

**Hans Coppi** (geboren 1942), Historiker und Ehrenvorsitzender der Berliner VVN-BdA:
„In den frühen Nachkriegsjahren erinnerten gemeinsame Gedenkveranstaltungen an die Opfer des Faschismus, kurze Zeit getragen von Überparteilichkeit, Überkonfessionalität und gleichberechtigtem Nebeneinander verschiedener Weltanschauungen [...] Im bald nach 1945 beginnenden Kalten Krieg wurden die Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Widerstandsgruppen zunehmend von dem politischen Gegensatz der [...] Systeme in Ost und West überlagert. Aus solidarisch verbundenen Mitstreitern wurden in einigen Fällen über lange Jahre politische Gegner. Heute erfahren wir bei den Angehörigentreffen [...] wieder mehr über die Vielfalt des deutschen Widerstands. Wir betonen nicht mehr so sehr das Trennende, sondern entdecken in den Familiengeschichten viel Verbindendes wieder.“

**Karoline Georg** (geboren 1980) Politologin und Mitarbeiterin der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand:
„Es muss etwa 1989 gewesen sein, als mir meine Mutter sagte, dass auch mein Großvater Karl Raddatz Widerstandskämpfer gewesen ist. Ich habe ihn nie kennengelernt, er ist zehn Jahre vor meiner Geburt gestorben. [...] Heute denke ich häufig darüber nach, was mein Großvater zu den aktuellen politischen Entwicklungen sagen würde [...] Ein wichtiger persönlicher Schritt war für mich der Eintritt in die VVN im vergangenen Jahr, deren erster Generalsekretär Karl Raddatz 1947 war. [...] Für die VVN ist Antifaschismus ein Zukunftsentwurf. Sie steht somit am Schnittpunkt zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Auch die Geschichte meiner Familie steht dafür. Karl Raddatz war überzeugter Kommunist und Antifaschist. Dass er mein Großvater war, hat mich tief geprägt. Ich habe großen Respekt vor seinem Mut, Widerstand zu leisten und sich für seine Überzeugungen einzusetzen. Er hat sein eigenes Leben dafür riskiert. Auch ich bin überzeugte Antifaschistin und versuche täglich dafür einzustehen.“

RASSISMUS

# An den Grenzen des (Un)Rechts

## Push-Backs an den Außengrenzen der EU

MATIJA VLATKOVI (ECCHR) UND CORINNA UJKA EVI

Den Übergang Marokkos zur spanischen Enklave Melilla säumt eine kilometerlange, mit Stacheldraht versehene Grenzanlage. Drei nebeneinander liegende Zäune sollen jegliche anstrengungslose Überquerung dieser Grenze verhindern. Der äußere und innere Zaun ragt jeweils sechs Meter in die Höhe, der dazwischenliegende mittlere Zaun ist drei Meter hoch. An diesem Ort befindet sich die (neben der weiteren spanischen Enklave Ceuta an der Meerenge von Gibralta) einzige Landgrenze zwischen Afrika und Europa. Hier versuchen Menschen immer wieder, die militarisierte Grenze zu überwinden und ihren Weg nach Europa zu finden. So auch am Tag des 13. August 2014, als zwei junge Männer aus Westafrika, N.D. und N.T., sich in der Hoffnung auf „Boza" (übersetzt: „Sieg", d.h. erfolgreiche Grenzüberwindung) einer größeren Gruppe anschließen, um die Grenzanlage zu überwinden. Tatsächlich schaffen sie es, den äußeren und den mittleren Zaun zu überwinden und anschließend den inneren Zaun zu erklimmen. Nach dem sie dort mehrere Stunden ausharren mussten, sind es schließlich die spanischen Behörden selbst, die N.D., N.T. und den anderen Männern beim Abstieg vom Zaun assistieren. Unten angekommen nimmt die Guardia Civil die Männer umgehend fest, legt ihnen Handschellen an, führt sie durch Türen in der Grenzanlage und übergibt sie den marokkanischen Sicherheitskräften, die N.D. und N.T. zusammen mit den anderen Männern in das marokkanische Landesinnere überführen. Keiner der Männer wird während dieser Ereignisse durch die spanischen Behörden identifiziert, Nachfragen zu den Gründen ihrer Flucht bleiben aus.

Es sind Szenen wie diese, die sich so oder so ähnlich an vielen anderen europäischen Außengrenzen abspielen. Es handelt sich dabei um sogenannte Push-Backs, um Rückschiebungen von Migrant_innen und Geflüchteten, die ohne ein vorheriges individuelles Verfahren, also kollektiv erfolgen und ohne die Gewährung von Rechtsschutzmöglichkeiten. Von den rassistisch-kolonialen Konnotationen dieser Handlungen abgesehen, verstößt diese Rückschiebepraxis auch gegen geltendes Völkerrecht, allen voran die Europäische Menschenrechtkonvention (EMRK).

Nachdem es im Zuge des zweiten Weltkrieges zu politisch motivierten Abschiebungen von Bevölkerungsgruppen gekommen war, entschlossen sich die Mitgliedstaaten der EMRK Ende der 1960er-Jahre, derartige Kollektivausweisungen im Rahmen eines Zusatzprotokolls zur EMRK zu verbieten. Kurz und knapp fiel Artikel 4 des 4. Zusatzprotokolls im Ergebnis aus, der da lautet: „Kollektivausweisungen ausländischer Personen sind nicht zulässig." Aus den offiziellen Aufzeichnungen zu den Verhandlungen des Zusatzprotokolls geht hervor, dass die Mitgliedstaaten unter dem Begriff Kollektivausweisungen all jene Maßnahmen verstanden, in denen Personen als Gruppe, ohne Prüfung der individuellen Einzelfälle zum Verlassen des Landes gezwungen wurden. Dabei betonten die Mitgliedstaaten, dass diese Garantie für jeden ausländischen Staatsbürger gelten sollte, unabhängig davon, ob es sich bei den Personen um Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention handelt oder ob sie aufgrund anderer Gründe eingereist sind.

Nichtsdestotrotz hat sich Spanien im Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unter anderem darauf berufen, dass N.D. und N.T. ohnehin keinen Anspruch auf Asyl oder eine andere Aufenthaltsberechtigung in Spanien gehabt hätten. Dass es hierauf gerade nicht ankommt, wurde im Plädoyer vom „European Center for Constitutional and Human Rights" (ECCHR) mit Sitz in Berlin, welches N.D. und N.T. rechtlich vertritt, vor der Großen Kammer des Gerichtshofs hervorgehoben. Nachdem eine Kammer des Gerichtshofs bereits 2017 urteilte, dass es sich bei dem Vorgang um eine unzulässige Kollektivausweisung gehandelt habe, rief Spanien die Große Kammer des Straßburger Gerichtshofs an, um sich gegen das Urteil zu wehren. Eine Entscheidung dieser Kammer, die sich aus insgesamt 17 Richter_innen aus den verschiedenen Ländern der Mitgliedstaaten der EMRK zusammensetzt, steht noch aus.

Push-Backs wie die von N.D. und N.T. sind in den vergangenen Jahren zu einem wesentlichen Bestandteils des EU-Grenzregimes geworden. Ziel ist es, die Migration an verschiedenen EU-Grenzen zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen. Diese Praxis findet nicht nur an den Gren-




Foto: Europäische Union, 2015.

zen Spaniens Anwendung, sondern auch an denen von Griechenland, Italien, Bulgarien, Polen und in letzter Zeit verstärkt an den Grenzen Kroatiens. Aktivist_innen an der serbisch-kroatischen Grenze machten bereits im Januar 2016 die Medien auf die zunehmende Gewalt und Push-Backs aufmerksam. Die Gewalt der Polizeikräfte, die zur Abschreckung führen soll, nimmt die Form von heftigem Schlagstockeinsatz, Treten und Schlagen, Raub und der Zerstörung von persönlichen Gegenständen, insbesondere von Smartphones, an.

Die Push-Backs von Migrant_innen und Flüchtlingen aus Kroatien nach Serbien und Bosnien und Herzegowina (BiH) hängen mit der sogenannten Balkanroute zusammen, die im Jahre 2015 und Anfang 2016 eine relativ sichere und schnellere Migration von Griechenland über den Balkan nordwärts nach Westeuropa ermöglichte. Nach einer schrittweisen Einschränkung der Möglichkeiten, den Balkankorridor zu passieren, erklärte der damalige EU-Ratspräsident Tusk am 8. März 2016, dass „irreguläre Migrantenströme entlang der Westbalkanroute nun ein Ende gefunden“ hätten. Einen Tag später wurden die Grenzen für Geflüchtete geschlossen.

Wenig überraschend weist die kroatische Regierung alle Berichte zu den gewaltsamen Push-Backs entschieden zurück, bestreitet jegliches Fehlverhalten der Polizei und behauptet, die dokumentierten Verletzungen der Betroffenen seien auf interne Auseinandersetzungen zurückzuführen. Spätestens jedoch nachdem es Aktivist_innen gelungen war, Video-Beweise von Push-Backs zu veröffentlichen, lässt sich dieses Narrativ nicht mehr verteidigen. Diese Videoaufnahmen legen die Annahme nahe, dass die Anzahl der kollektiven Ausweisungen aus Kroatien stark unterschätzt wird und dass die Praxis weitaus weiter verbreitet ist, als bisher aus der Berichterstattung internationaler Organisationen hervorgegangen ist. Tatsächlich wird das Ausmaß des systematischen Missbrauchs von Migrant_innen und Flüchtlingen durch eine eher konservative Schätzung des UNHCR nur angedeutet, nämlich dass „etwa 2.500 Flüchtlinge und Migranten angeblich aus Kroatien zurückgewiesen wurden, von denen über 1.500 den Zugang zu Asylverfahren verweigerten (darunter über 100 Kinder). In den neun Monaten vor September 2018 meldeten über 700 Personen Vorwürfe wegen Gewalt und Diebstahl.“

Rechtliche Verfahren gegen die Push-Back-Praktiken an den Außengrenzen adressieren die menschenunwürdige Migrationspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Die Anfechtung kollektiver Ausweisungen vor Gericht ist umso wichtiger, weil Push-Backs direkt mit rechtspopulistischer Politik in ganz Europa und Politikern wie Orban, Salvini, Kurz etc. zusammenhängen, die Fremdenfeindlichkeit mobilisieren. Dieses politische Klima führt dazu, dass Staaten an den Außengrenzen der EU bei der Verletzung der Menschenrechte der Grenzüberschreitenden auf der Suche nach ein bisschen Sicherheit und/oder einem besseren Leben nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Eine Mitschuld der EU ist klar erkennbar. Insbesondere im Falle Kroatiens sind die Bemühungen, dem Schengen-Raum beizutreten mit der Verletzung der Menschenrechte von Migrant_innen und Geflüchteten verbunden. Kroatien will die Fähigkeit unter Beweis stellen, der Verpflichtung zum Schutz des Staates nachkommen zu können, durch einen robusten Schutz der geplanten neuen Außengrenze des Schengen-Raums. Eine solche Politik wird nicht nur von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel „ausdrücklich gelobt“ als sie verkündete, dass „Kroatien mit seinen Sicherheitskräften hervorragende Arbeit leistet“, sondern sie wird auch von der EU-Agentur Frontex aktiv unterstützt. •

**RASSISMUS**

Seit der Wahl von Donald Trump bemüht sich die US-Regierung, lebensrettende Hilfe im Grenzgebiet zu Mexiko zu kriminalisieren.

# USA: Repression in der Wüste

Bereits im Juni 2017 wurde ein Lager für humanitäre Hilfe am Rande von Arivaca (Arizona) von den Grenzbehörden gestürmt und vier Menschen verhaftet. Neun Freiwillige der Initiative „No More Deaths" wurden für ihre Arbeit dort wegen „Bundesvergehen" angeklagt. Im Januar 2018 kam es zu einer zweiten Razzia, diesmal in einer humanitären Hilfsbasis in Ajo (Arizona), wo der Grenzschutz zwei Personen, die humanitäre Hilfe erhielten, inhaftierte. Dem Betreuer wurde in der Folge die illegale Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten bzw. eine gesetzeswidrige Verschwörung vorgeworfen. Staatlich verfolgt werden neben den Migrant_innen also auch jene, die mit ihnen solidarisch sind. Eine juristische Verteidigungskampagne zielt gegenwärtig darauf ab, dass Gemeinden entlang der Grenze das Recht auf humanitäre Hilfe erhalten sollen bzw. es eine solche geben müsse.

### Solidarität & Kriminalisierung

Die Initiative „No More Deaths" unterhält eine „humanitäre Präsenz" in den Wüsten im Südwesten Arizonas, wo auf abgelegenen Routen flüchtende Menschen 30 bis 80 Meilen durch die Wüste laufen. Freiwillige hinterlassen auf den Pfaden Wasser, Nahrung, Socken, Decken und andere Vorräte. Ein medizinisches Team bietet ein Erste-Hilfe-Behandlung für Menschen in Not an. Dazu kommen Rechtsberatungen und die Suche nach Verschwundenen. Bei Notrufen mobilisieren sie in Zusammenarbei mit dem „Missing Migrant Project" von „La Coalición de Derechos Humanos" Suchteams, wenn sich Grenzschutz und lokale Behörden weigern zu reagieren. Repressionen, Vernachlässigungen und Misshandlungen von durch Grenzschützer aufgegriffenen Migrant_innen wurden durch diese Initiativen dokumentiert. Video-Clips zeigen etwa, wie US-Grenzmitarbeiter die hinterlegten Wasservorräte in den Wüstensand kippen.

Im März 2019 mussten sich die neun Freiwilligen von „No More Deaths" für ihre Hilfeleistung vor Gericht verantworten und stellten öffentlich klar: „Vergessen wir nicht die Illegalität der Vereinigten Staaten von Amerika auf indigenem Gebiet und die Art und Weise, wie die USA Mittelamerika verwüstet und die Diaspora gezwungen haben (...) Wir mögen für schuldig befunden worden sein, aber das wirkliche Verbrechen ist die bewusste Politik der Regierung, den Tod als Abschreckungsmittel an der Grenze zwischen den USA und Mexiko einzusetzen." Die humanitäre Arbeit werde fortgesetzt, bis es keine weiteren Todesfälle mehr gibt.

Ein weiterer Angeklagter wurde vor seiner Verhaftung im Januar 2019 bereits lange überwacht. Die Ermittlungsakten zu „No More Deaths/No Más Muertes" belegen die Ermittlungen der „U.S. Border Patrol" und den „U.S. Fish and Wildlife Services", die bereits im Juli 2017 begannen und welche die Bewegung und Aktivitäten von Freiwilligen analysierte[1]. Die beiden Strafverfolgungsbehörden hatten nach Auffassung der Anwälte, die Ermittlungen ohne einen konkreten Vorwurf begonnen. Im Januar 2018 veröffentliche die Initiative ihren Bericht, der die routinemäßige Einmischung des Grenzschutzes in die humanitäre Hilfe dokumentiert und zeigte wie Grenzschutzbeamte Hilfsgüter zerstören





Foto Screenshot MSNBC

und/oder entfernen, die in der Wüste zurückgelassen wurden. Die Verhaftungen – nur acht Stunden später – war offenbar die Reaktion darauf. An der Hilfsbasis in der Stadt Ajo hatte der Angeklagte lediglich Essen, Wasser, Betten und saubere Kleidung zur Verfügung gestellt.

Juristisch wurde zwischenzeitlich ein sog. ‚mistrail' (Fehlprozess) festgestellt, da die Geschworenen keine Einstimmigkeit bei auch nur einem der drei Anklagepunkte erreichen konnten (8 zu 4 Geschworene für Freispruch). Dem Aktivisten Scott Warren hatten insgesamt 20 Jahre Haft gedroht. Am 2. Juli 2019 wollen die Strafverfolgungsbehörden erklären, ob sie Scott Warren weiter verfolgen.

### Rechte Grenzmilizen

Neben den gesundheitlichen Gefahren beim Grenzübertritt sind rechte Selbstjustiz-Gruppen, die an der Südgrenze mit Waffen patrouillieren eine weitere Gefahr für Migrant_innen. Bewaffnete Grenzmilizen, meist Anhänger extrem rechter Verschwörungstheorien, bewegen sich weitestgehend ungestört an der US-mexikanischen Grenze. Ein Milizführer aus New Mexico hatte hier mehrmals vermeintlich „illegale Einwanderer" festgehalten und erklärt für die United States Border Patrol zu arbeiten. Larry Mitchell Hopkins (alias Johnny Horton Jr.), Anführer der „United Constitutional Patriots" (UCP), wurde vom FBI nur deswegen gestoppt, weil er als verurteilter Straftäter keine Schusswaffen besitzen darf. In Videomaterial, das von UCP selbst veröffentlicht wurde, sieht man Milizionäre, die mit halbautomatischen Gewehren in der Nähe von Einwanderern – darunter Kinder – agieren. Dass diese erklären, mit der offiziellen Grenzkontrolle zusammenzuarbeiten, überrascht nicht. Grenzschutzbeamte erscheinen manchmal am Rand der Gruppenvideos, die (pseudo-)militärisch bekleideten UCP-Mitglieder in Aktion zeigen.

Das „Revolutionary Abolitionist Movement" kommentierte dazu: „Die Art und Weise, wie die US-Regierung solche Gewalt nicht nur aktiv fördert, sondern auch einsetzt, ist selten so offensichtlich wie unter diesen Umständen". Gegenüber der lokalen Zeitung „The Daily Beast" hieß es von offizieller Seite: „U.S. Customs and Border Protection unterstützt keine privaten Gruppen oder Organisationen, die Vollstreckungsangelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen". Eine Reporterin, die 2016 mit einer Grenzmiliz unterwegs war, erlebte allerdings wie die Gruppe Informationen von Grenzschutzbeamten erhielt.

Bereits im Jahr 2017 erhielt das FBI laut BBC und „Washington Post" die Information, dass die „Patrioten" ihre Mitglieder trainierten, um George Soros, Hillary Clinton und Barack Obama zu ermorden, da diese die Antifa unterstützen würden. Für staatliches Einschreiten sorgten diese Pläne vorerst nicht.

Es waren „Recherche-Antifas" die ein Facebook-Live-Video der Grenzmiliz sichteten und skandalisierten, in denen diese den US-Zoll- und Grenzschutzbeamten „halfen", und damit nachweisen konnten, dass Grenzschutzbeamte rechte Milizionäre auf Gebiete hinwiesen, die als illegale Einreisepunkte bekannt seien.[2]

### Weitere Opfer

Im Mai 2019 wurden 58 Leichen, vermutlich von Menschen, die auf der Flucht starben, in der Wüste von Süd-Arizona entdeckt. Damit wurden in den letzten zwei Jahrzehnten die Überreste von etwa 3.000 Menschen gefunden. •

1 Vgl. „Evidence in Scott Warren Trial Points to Government Surveillance and Retaliation" auf nomoredeaths.org
2 Vgl. „This Week in Fascism #6" auf itsgoingdown.org

GESCHICHTE

# 2009: Mordanschlag gegen Roma-Familie in Tschechien

## Ein Blick zurück

Seit Jahrhunderten sind Roma in Tschechien Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Neben den vietnamesischen Zuwanderern stellen sie die einzige größere ethnische und auf den ersten Blick erkennbare Minderheit im Land. Der neue Nationalismus, begleitet von einem krampfhaften Drang nach einer „stolzen" Identität, die jahrelange Nichtanerkennung der Staatsbürgerschaft nach der Teilung der Tschechoslowakei, Ausgrenzung im Bildungswesen wie auch auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt trieb und treibt weiterhin viele von ihnen an den Rand der Gesellschaft. Laut Umfragen halten neun von zehn Erwachsenen in Tschechien Roma als Nachbarn für inakzeptabel. Seit dem Zerfall der Tschechoslowakei zum Jahreswechsel 1992/1993 gingen ganze Wellen von gewaltsamen Übergriffen auf Roma durchs Land, sei es nun durch Neonazis, Nationalisten, Polizisten oder Bürger in Zivil. Der wohl schwerste davon ereignete sich vor zehn Jahren.

### Der Brandanschlag

Es war die Nacht des 18. April 2009, als sich vier junge Männer aus Tschechien entschlossen „ein Zeichen zu setzen", in Form einer „größeren Aktion", wie einer von ihnen später vor Gericht aussagen sollte. Ein anderer hatte Monate zuvor die Kleinstadt Vitkov bei Opava ausgespäht, mit dem Ziel ein geeignetes Anschlagsziel – ein einzelstehendes heruntergekommenes Haus, bewohnt von einer vielköpfigen Roma-Familie – zu bestimmen und Fluchtwege zu finden. Am Tatabend nahmen die Täter Handschuhe mit, füllten am Stadtrand drei Molotow-Cocktails ab, fuhren bei der Familie vor, warfen die Brandsätze aus einer Entfernung von weniger als zwei Metern in die beiden Räume im Erdgeschoss, sprangen ins Auto und fuhren davon, ohne von einer der in der Stadt aufgestellten Straßenkameras erfasst zu werden. Das Haus brannte bis auf die Grundmauern ab, samt Hab und Gut der Familie. Verletzt wurden zwei Erwachsene und ihre knapp zweijährige Tochter, die mit Verbrennungen an 85 Prozent ihres Körpers bis heute eine schmerzhafte Operation nach der anderen über sich ergehen lassen muss. Die übrigen Kinder und Erwachsenen kamen vor Ort zunächst mit einem Schrecken davon, nach Jahren traten auch bei ihnen psychische Langzeitfolgen auf.

Der Brandanschlag traf die tschechische Gesellschaft ins Mark. Seit Jahren hatte sie sich hartnäckig gegen den Vorwurf gewehrt, ein Hort des Rassismus in Europa sowie Rückzugs- und Wehrsportgebiet deutscher Neonazis zu sein. Nun enthüllten auch die hiesigen Neonazis ihr Potential, gegen das der Staat offensichtlich denkbar schlecht aufgestellt war. Vier Monate lang hüllte sich die ermittelnde SoKo in Schweigen. Spuren von den Tätern? Fehlanzeige. Eingezwängt in einer Notunterkunft im städtischen Hundezwinger, in der sie die Stadt Vítkov behelfsmäßig mehrere Monate lang unterbrachte, sah sich die Opferfamilie wehrlos Verleumdungen ausgesetzt, sie selbst habe die Langzeitfolgen an der jüngsten Tochter verursacht. Das Sozialamt drohte ihr mit Kindesentzug wegen unzureichendem Wohnraum.

### Gefasste Täter

In den frühen Morgenstunden des 12. August 2009 schlug die Polizei schließlich zu. Unter strengster Geheimhaltung erhielten 150 Beamte in einer verlassenen Fabrikhalle den Rat, sich an diese zu halten, sonst „seid ihr raus". Dann schwärmten sie aus, stürmten die Wohnungen von zwölf Verdächtigen, neun Männern und drei Frauen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, und brachten sie teils per Hubschrauber zur Zentrale der Sonderkommission. Es ging um Zeit. Erst wenn einer der Verhafteten zu reden beginnen und den Tathergang schildern würde, hätte diese Informationen den mutmaßlichen Tätern als bereits bekannt vorgelegt und zumindest einer von ihnen dazu bewegt werden können, die Aussage zu bestätigen und weitere Einzelheiten hinzuzufügen. Es gelang, ein Mitwisser packte aus, zwei weitere gestanden unter der erdrückenden Beweislast die Tat, und einem von ihnen rutschte beim Verhör heraus, im Auto auf dem Weg zum Tatort gehört zu haben, Ziel der Aktion seien „Zigeuner". Das war's. Vier Tatverdächtige gingen in U-Haft, beschuldigt des Versuches eines mehrfachen, rassistisch motivierten Mordes. Die übrigen acht Festgenommenen konnten gehen. Laut Beweislage hatten sie zwar einiges mit Hitlers Ideologie, aber nichts mit der Tat zu tun.

Ein Tag nach den Festnahmen lud die Polizei zur Pressekonferenz ein. Der stellvertretende Landeskripochef Daniel Sypták sprach von einem „historischen Moment im Kampf gegen schwerwiegende Rassengewalt und dem größten Schlag

gegen Extremisten in der Geschichte unseres Landes". Laut Robert Šlachta, dem damaligen Direktor der UOOZ, der landesweit agierenden Sondereinheit zur Aufklärung organisierten Verbrechens, habe man von Anfang an gewusst, dass „die Tat einen rassistischen Hintergrund hatte". Eine Erklärung, warum es nicht gelungen war, den Anschlag zu verhindern, ist er bis heute schuldig geblieben.

Der damalige Innenminister Martin Pecina ließ verlauten, dass die Ermittlungen zum Brandanschlag zum Verbot der neonazistischen Partei „Dělnická strana" (Arbeiterpartei, kurz DS) führen werden. Einen entsprechenden Antrag reichte er Mitte September 2009 beim Obersten Verwaltungsgericht ein. Das tschechische Staatsfernsehen ČT 1 veröffentlichte Ende Dezember 2009 Fotos vom Anführer der Brandstifter, auf denen er als Angehöriger einer „Leibgarde" bei einer Demonstration der Arbeiterpartei den Parteivorsitzenden beschützte. Die Kundgebung hatte am 1. Mai 2009 stattgefunden, zwei Wochen nach dem Brandanschlag.

Kritischen Beobachter_innen bereitete damals die bisherige Statistik der tschechischen Justiz im Hinblick auf Brandanschläge gegen Roma Sorge. Die höchste in ähnlichen Fällen verhängte Gefängnisstrafe betrug drei Jahre, da es der Polizei nie gelungen war, ein Tötungsmotiv nachzuweisen. Beim Fall von Vítkov befasste sich erstmals das zuständige Landeskriminalamt mit dem Fall. Vorher waren derartige Anschläge Sache der Kreispolizeiämter und sie wurden – aus Mangel an schwer Verletzten oder Todesopfern – lediglich wegen Sachbeschädigung oder Gemeingefährdung ermittelt. Die Mehrzahl der Fälle wurde schließlich wegen Mangels an Beweisen ad acta gelegt. Ähnlich wie in Deutschland können Ermittlungsbeamte auch hier nur bei mutmaßlichen Verbrechen besondere Ermittlungsmethoden wie etwa Lauschangriffe verwenden.



090420a - Vítkov - Útok na Romy zápalnými lahvemi (CT1)
13.985 Aufrufe 21 9 TEILEN SPEICHERN ...

## Der Prozess

Der Prozess der ersten Instanz am Landgericht Ostrava endete im Herbst 2010 mit Freiheitsstrafen zwischen 20 und 22 Jahren. Im Folgejahr lehnte das Oberlandesgericht in Olomouc die Argumente der Berufung nahezu komplett zurück, nur einem der Angeklagten wurde das Strafmaß um zwei Jahre gesenkt – wegen Zusammenarbeit mit den Behörden. Entscheidend für die relativ hohen Strafen war der Modus operandi: kaltblütig, heimtückisch und hochgradig konspirativ vor, bei und nach der Tat, kein Werk von Anfängern. Was die Polizei bis heute verschweigt: Die tschechische Antifa hatte wichtiges Beweismaterial zur Aufklärung des Falls beigesteuert.

Den Geschädigten erkannte das Gericht eine Entschädigung in Höhe von etwa zehn Millionen Kronen (etwa 390.000 Euro) an. Revisionsanträge der Verurteilten beim Obersten Gericht und zwei Verfassungsklagen lehnten die Gerichte ab. Dank Arbeit im Strafvollzug stottern zwei der Verurteilten seit Urteilsverkündung, der dritte seit kurzem, die Summe mit Kleinbeträgen an die betroffene Familie ab. Der Haupttäter indes bleibt hart. Bis heute hat er kein Wort über die Tat verloren, weder bei Vernehmungen noch beim Psychologen – und damit ist es sehr wahrscheinlich, dass er seine Strafe vollumfänglich absitzen wird.

Das tschechische Oberste Verwaltungsgericht sprach im Februar 2010 das Verbot der „Arbeiterpartei" aus. Eine Beschwerde der Partei dagegen legte anschließend der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ad acta, weil sie es versäumt hatte, auf einen Brief des Gerichts zu reagieren. Ehemalige Führungskräfte und Mitglieder der DS schlossen sich daraufhin mehrheitlich der bereits im Vorhinein als Notanker gegründeten DSSS (Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit) an. Diese hat es bislang unterlassen, ihren Kampf gegen das verhasste System wieder auf die Straße zu verlegen.

Seit Ende des Strafverfahrens im Fall Vitkov und der auch für tschechische Verhältnisse relativ harten Bestrafung der Täter hat sich die Lage zumindest in diesem Deliktbereich beruhigt. In Tschechien sind Brandanschläge gegen Roma momentan ein Relikt der Vergangenheit. Für die Opfer von Vitkov ist dies ein schwacher Trost, für hiesige Antifaschist_innen ein Stück weit Ermutigung. Vielleicht hat es ja geholfen. •

GESCHICHTE

# Geschichtspolitische Intervention

## Die Berliner Wanderausstellung „Extreme Rechte seit 1945“.

„Wir fordern die Ratten auf, aus ihren Löchern zu kommen und ihr Nazi-Heldentum zu zeigen, damit sich die Jugend Berlins nicht nur mit Worten, sondern auch mit den Fäusten mit ihnen auseinandersetzen kann.“ Dieser Aufruf stammt nicht von einer lokalen Jugendantifa - er stammt vom Berliner Innensenator Joachim Lipschitz (SPD), der auf einer antifaschistischen Kundgebung in Charlottenburg im Januar 1960 eine Rede hielt. Lipschitz wusste wovon er sprach: Als sogenannter „Halbjude“ war er während des Nationalsozialismus Schikanen und Verfolgung ausgesetzt und konnte nur durch Untertauchen der Zwangsarbeit entgehen. Dem Ausspruch vorausgegangen waren die Gründung neonazistischer Organisationen, wie z.B. der „Bund Nationaler Studenten“ und die „Nationaljugend Deutschland“ sowie zahlreiche Hakenkreuzschmierereien, die Ausgangspunkt für die von über 40.000 Menschen besuchte Demonstration bildeten. Auf der gleichen Veranstaltung ließ Lipschitz seine Polizei gegen Studenten vorgehen, die Schilder mit den Namen „Oberländer“ und „Globke“ hoch hielten - hohe Nazifunktionäre, die auch noch in der BRD wichtige Funktionen inne hatten. Die Widersprüchlichkeit des staatlichen Antifaschismus, in dessen Reihen hunderte ehemalige NSDAP-Funktionäre dienten. Dass die neonazistischen Organisationen in den frühen Jahren der BRD klein blieben, obwohl in den Behörden und Ministerien zahlreiche ehemalige NSDAP-Mitglieder saßen, ist leicht zu erklären. Die alten Nazis waren in der BRD gut angekommen und hatten sich arrangiert. Neue neonazistische Experimente hatten sie nicht nötig.

Diese und andere Ambivalenzen sind nachzulesen in der Ausstellung „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945“, welche vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin und dem Verein Aktives Museum erstellt wurde. Herausgearbeitet wird die Kontinuität extrem rechten Denkens nach 1945 und die Gegenwehr dagegen. In der Ausstellung ist erkennbar, dass diese Ergebnis monatelanger Recherchen in Archiven und zahlreicher Gespräche mit Zeitzeug_innen ist. Im Zentrum der Ausstellung stehen zehn historische Ereignisse von den 1950er Jahren bis in die Gegenwart. Die ausgewählten Begebenheiten stehen dabei exemplarisch für verschiedene Handlungsfelder und werden anhand diverser Medien wie Fotografien, Presse-, Radio- und Fernsehberichten, Plakaten, Flugblättern und Interviews in ihren konkreten historischen Zusammenhang dargestellt. Dabei werden nicht nur die Ereignisse selbst, sondern auch die Reaktionen der Berliner Stadtgesellschaft nachgezeichnet. In einer Fundraising-Aktion über „Startnext“ kamen im Herbst 2018 in nur sechs Wochen zusätzliche 5000 Euro für Medienstationen zusammen.

Die Beispiele der Ausstellung belegen eindrücklich, dass rassistisches, antisemitisches und völkisches Gedankengut eben nicht mit dem Untergang des Dritten Reiches für immer unschädlich gemacht worden war, sondern sich in zahlreichen Organisationen, Parteien und Einzelpersonen neu transformierte und bei Wahlen sogar beachtliche Erfolge erringen konnte. Die exemplarischen Ereignisse bilden einen weiten Bogen von den 1950er Jahren in Westberlin, über die 1980er Jahre in Ostberlin, die von offener Straßengewalt geprägten 1990er Jahre bis hin zu jüngsten Anschlägen von Neonazis auf Wohnungen von Linken und Politikern. Was alle diese Vorfälle eint ist die Tatsache, dass es meist antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen waren, die diese Taten öffentlich skandalisierten, energischere Ermittlungen der Polizei forderten und manchmal sich auch nicht anders zu helfen wussten als selbst zur Gegenwehr überzugehen.

Besonders hervorzuheben sind die oft bewegenden Geschichten einzelner Opfer neonazistischer Gewalt, die heute fast vergessen sind. Der Vietnamese Nguyễn Văn Tú wurde am 24. April 1992 in Berlin-Marzahn von einer Gruppe Neonazis überfallen und mit einem Messer erstochen. Der Täter war ein Sympathisant der Deutschen Volksunion (DVU). 2017 organisierte eine antifaschistische Initiative ein öffentliches Gedenken am Tatort.

Am 17. Februar 1997 schießt der Neonazi Kai Diesner mit einer Schrotflinte auf einen linken Buchhändler. Dieser verliert bei dem Anschlag einen Arm und einen Finger seiner rechten Hand. Diesner flieht und erschießt auf seiner Flucht einen Polizisten. Als Tatmotiv gab Diesner später an, er habe die PDS bestrafen wollen, weil diese eine „extrem deutschfeindliche Partei“ sei.

Auch die zahlreichen Neonazi-Demonstrationen in den 2000er Jahren, wie z.B. die Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung im Jahr 2001,



Foto: Kilian Behrens, apabiz e.V.

werden in der Ausstellung wieder lebendig.

Die Ausstellung wurde an einem historischen Ort eröffnet: der Zionskirche in Prenzlauer Berg. Die Kirche steht als Symbol für das offene Auftreten von Neonazis in Ostberlin. Am 17. Oktober 1987 wurde hier ein linkes Punkkonzert überfallen. Gleichzeitig gilt der Angriff auf die Zionskirche auch als Gründungsmoment der Antifa in Ostberlin.

Beinah wäre die Eröffnung der Ausstellung am 29. März 2019 noch gescheitert: In der Nacht zuvor brach in der Zionskirche ein Feuer aus, Antifaschist_innen vermuteten zuerst das Schlimmste. Doch dann: falscher Alarm. Vorsatz konnte ausgeschlossen werden, bis auf kleinere Schäden und Verschmutzungen im Innenraum blieben Kirche und Ausstellung unbeschädigt. Der große Erfolg und die sorgfältige Vorgehensweise der Ausstellungsmacher_innen zeigt sich in dem anhaltenden hohen Interesse der Öffentlichkeit: Vom 10. Mai bis 14. Juni 2019 gastierte die Ausstellung im Rathaus Neukölln, gleich danach (18. Juni - 15. Juli 2019) ist sie im August Bebel Institut in Wedding zu sehen.

Dass die Ausstellung schon an ihrer zweiten Station im Berliner Bezirk Neukölln gastierte, ist kein Zufall. Seit mehreren Jahren wird Neukölln von einer neonazistischen Angriffsserie überzogen. Seit 2016 wurden 51 Angriffe wie Brandanschläge auf Autos, Sachbeschädigung oder Bedrohungen gezählt, die sich gegen engagierte Demokrat_innen richten. Thematisch widmet sich die Ausstellung unter dem Titel Anti-Antifa daher auch den Angriffen in Neukölln.

Der Umstand, dass auch die AfD in der Ausstellung thematisiert wird, sorgte für ein Gerichtsverfahren: Der Berliner Landesverband der Partei sah sich verunglimpft und versuchte vor dem Berliner Verwaltungsgericht zu erwirken, dass die Ausstellung im Rathaus Neukölln abgebaut wird. Einmal mehr zog die AfD das staatliche Neutralitätsgebot zur Begründung heran. Das Verwaltungsgericht konnte dem jedoch nicht folgen und wies die Klage zurück: Da die Ausstellung eine privatrechtliche und somit nicht durch das Bezirksamt zu verantworten sei, greife das Neutralitätsgebot nicht. Die Ausstellung sei entsprechend durch die im Grundgesetz verankerte Meinungsfreiheit gedeckt. •

**Wanderausstellung „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945". Kuratiert vom antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz) und Aktives Museum - Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. Die Ausstellung kann gebucht werden.**

**GESELLSCHAFT**

Feindbilder pflegt die (extreme) Rechte gern und viel, immer wieder auch in personalisierter Form. Seit einiger Zeit ist der US-Milliardär George Soros länderübergreifend eines der populärsten Hassobjekte in entsprechenden Kreisen, die personifizierte antisemitische Verschwörungstheorie. Ihren Ursprung hat die aktuelle Kampagne gegen Soros in seinem Heimatland Ungarn, ausgerechnet durch einen ehemaligen Stipendiaten seiner Stiftung.

# Feindbild Soros

Seit der Wahl Donald Trumps sind die USA tief gespalten. Immer wieder kommt es zu Protesten im Land, unter anderem als Trump zum Richter für den Obersten Gerichtshof einen ultrakonservativen Abtreibungsgegner nominierte. Nachdem Senator_innen im Oktober 2018 im Kapitol mit Demonstrant_innen konfrontiert wurden, twitterte der US-Präsident, es handele sich dabei um „bezahlte Professionelle“: „Fallen Sie nicht darauf herein! Schauen Sie sich die professionell hergestellten identischen Schilder an. Bezahlt von Soros und anderen.“ Als sich Ende 2018 tausende Migrant_innen in einer Karawane über Mexiko auf den Weg in die USA machen wollten, folgte ebenfalls der Vorwurf, diese seien von Soros gesteuert und finanziert.

Warschau im Juni 2016: Der ehemalige polnische Ministerpräsident und Vorsitzende der nationalistischen Regierungspartei PiS, Jarosław Kaczyński wetterte auf einem Parteitag in kämpferischer Rhetorik gegen eine multikulturelle Gesellschaft. In seiner Rede betonte er dabei auch, dass das Land vor Konzepten „von Herrn Soros, Konzepte für Gesellschaften, die keine Identität haben“ verteidigt werden müsse, weil es „bequeme Konzepte für diejenigen, die Milliarden haben“ seien, „weil eine solche Gesellschaft extrem einfach zu manipulieren“ sei.

In Deutschland bedient sich auch die AfD gerne des Feindbilds Soros: Die Berliner Abgeordnete Jessica Bießmann bezeichnet Soros als „größten Finanzier illegaler Massenmigration“, der Parteivorsitzende Jörg Meuthen sieht „Sozis und Soros vereint im Kampf gegen unsere Bürgerpartei“, der Bayerische Abgeordnete Andreas Winhart betrieb Wahlkampf mit der Forderung „Angela Merkel in den Ruhestand zu schicken und die Soros-Flotte mit den ganzen Rettungsbooten im Mittelmeer zu versenken“, um nur einige Beispiele zu nennen.

Dass klassische Neonazis aufspringen, überrascht da wenig. NPD, III. Weg und „Die Rechte“ äußern sich ähnlich. Im „Revoltopia“-Versand des Neonazis Maximilian Reich wird sogar ein T-Shirt mit einer Krake und der Aufschrift „Soros Weltenkrake seit 1930“ angeboten. Zuletzt führte die NPD Ende April diesen Jahres in Berlin im Rahmen ihres Europawahlkampfs eine Kundgebung gegen den Umzug von Soros' „Open Society Foundations“ in die deutsche Hauptstadt durch.

Die Liste ließe sich ewig fortsetzen, die Vorwürfe gegen Soros sind dabei immer ähnlich: Er propagiere offene Grenzen und eine liberale Gesellschaft, zettele aus dem Hintergrund regierungskritische Proteste an und finanziere weltweite Flüchtlingsströme, alles mit dem Ziel, diese Staaten zu destablisieren. Vorwürfe, die keineswegs ausschließlich korrupte Regierungen und Autokraten, oder solche, die es werden wollen, aufstellen, um von ihren Verfehlungen abzulenken sowie Proteste aus der Bevölkerung oder weltweite Migrationsbewegungen als gekauft und gesteuert zu delegitimieren. Sie finden sich mittlerweile international bei Rechten aller Coleur. Denn die Verschwörungserzählungen um Soros dienen nicht nur als vereinfachte (falsche) Erklärung für die Wirren der modernen Welt, sondern bedienen sich antisemitischer Motive, deren Argumentationsmuster seit dem letzten Jahrhundert Verwendung finden.

## Anhänger der „offenen Gesellschaft“

George Soros wurde 1930 in Budapest geboren und überlebte trotz seines jüdischen Hintergrunds die nationalsozialistische Besatzung Ungarns. Nach dem zweiten Weltkrieg emigrierte er nach London und studierte Philosophie, wo er mit den Ideen Karl Poppers von einer „offenen Gesellschaft“[1] in Berührung kam, die sein Handeln bis heute prägen. Jahre später zog Soros nach New York, wo er durch, auch fragwürdige, Investment- und Spekulationsgeschäfte zum Milliardär wurde. Mit diesem Geld gründete er unter anderem die „Open Society Foundations“, mit denen er Oppositionsgruppen in den Ostblockstaaten wie Solidarność in Polen unterstützte oder Stipendien an schwarze Student_innen in Südafrika während der Apartheid vergab. In postsozialistischen Staaten unterstützte er die Bildung von Zivilgesellschaften. In jüngerer Zeit gehörte zu seinem finanziellen Engagement auch der Einsatz für erneuerbare Energien, Reporter ohne Grenzen und Wikipedia, aber auch Proteste wie auf dem Maidan in der Ukraine oder gegen den Brexit in Großbritannien.

Vor diesem Hintergrund überrascht die Ablehnung gegenüber Soros durch rechte bzw. autoritäre Regime und Formierungen, deren Gesellschaftsvorstellungen seinen diametral entgegenlaufen, zunächst nicht. Allerdings bleibt es dabei nicht, sondern Verschwörungserzählungen werden um ihn gestrickt und bewusst klassische antisemitische Ressentiments bedient, bei der er zu einem Hauptakteuer einer jüdischen Verschwörung wird, die das Weltgeschehen aus dem Hintergrund steuere und manipuliere. Implizit wie explizit.

Ihren Ursprung hat die aktuelle Kampagne gegen Soros laut der Schweizer Zeitschrift „Das Magazin“ 2013 in Ungarn und mit Ministerpräsident Viktor Orban, aus-

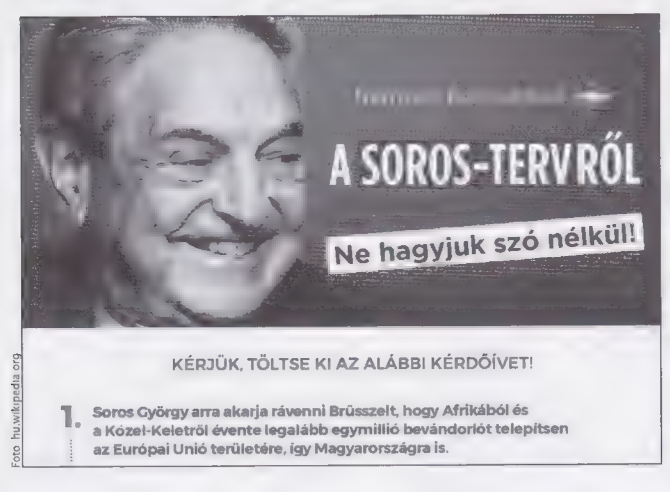



Foto: hu.wikipedia.org

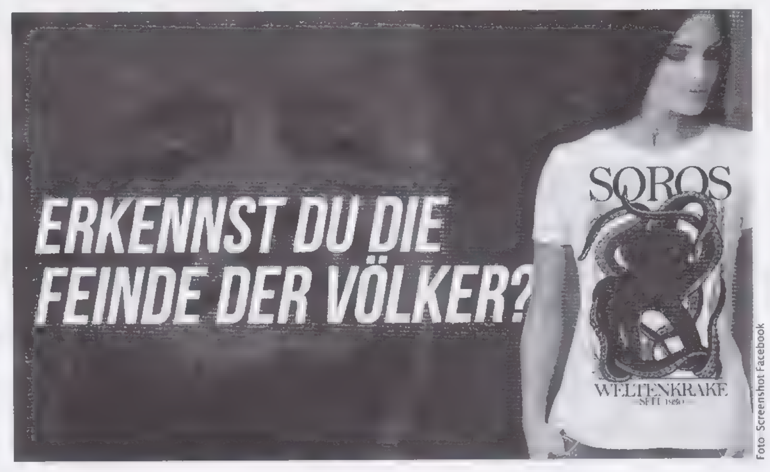



Foto: Screenshot Facebook

gerechnet durch einem ehemaligen Stipendiaten der „Open Society Foundations", der darüber sein Oxford-Studium finanzierte. Das war allerdings noch Anfang der 1990er Jahre, als dieser selbst noch liberalen Ideen anhing. Mittlerweile haben sich Orbans Positionen und auch die seiner Partei Fidesz ins nationalistische gewandelt. Die rassistische, flüchtlingsfeindliche Politik ist nur eines der offensichtlichsten Beispiele des anhaltenden Rechtsrucks in Ungarn unter Orban.

Laut dem Schweizer Blatt basierte Orbans Wahlerfolg auf „negative campaigning", wonach der Fokus darauf liegt, nicht das eigene Programm anzupreisen, sondern die Kampagne des Gegners anzugreifen. Zur Wahl 2010 fuhr die Fidesz damit einen Erdrutschsieg ein, die bisher regierenden Sozialdemokraten verloren über 23 Prozent. Da die Opposition so marginalisiert war, musste nun ein neuer Gegner her, so ein ehemaliger Politikberater der Fidesz. Die Wahl fiel auf George Soros. Er wurde zum zentralen Feindbild aufgebaut, an dem sich bis heute abgearbeitet wird, u.a. mit Motiven von Soros als Marionettenspieler. Organisationen, die er unterstützt, werden kriminalisiert und sogar ein „Stop-Soros-Gesetz" wurde erlassen. Bis heute dominiert die Agitation gegen Soros die Politik Orbans, auch außerhalb des Wahlkampfs.

Im Zuge der sog. „Flüchtlingskrise" verbreitete sich das Narrativ der von Soros gesteuerten „Flüchtlingsinvasion". Nicht Krieg und Krisen sind demnach die Fluchtursachen, sondern die „jüdische Weltverschwörung". Die Kampagne gegen Soros war zu dieser Zeit bereits auch in anderen Ländern aufgegriffen worden. Der designierte Parteichef der FPÖ Norbert Hofer sagte in diesem Kontext beispielsweise: „Soros steuert mit Sicherheit einiges auf der Welt, auch die Flüchtlingsströme. Das weiß man."

### Der moderne Rothschild

Mittlerweile ist Soros für antisemitische Projektionen ein genauso gesetzter Begriff wie es in der Vergangenheit „Rothschild" oder „Ostküste" waren. Wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch Antisemiten das gute, nationale, „schaffende" Kapital dem bösen, jüdischen, „raffendem" Kapital gegenübergestellt, galt in dieser Erzählung die Bankiersfamilie Rothschild als Verkörperung des „Raffenden", die personifizierte jüdische Hochfinanz und Weltverschwörung. Im Hinblick darauf handelt es sich bei Soros heutzutage um eine modernisierte Form dieser Erzählung. Die Themen und Person wurden aktualisiert, doch es sind die selben Eigenschaften, die ihm zugeschrieben und zum Vorwurf gemacht wurden, wie vor hundert Jahren den Rothschilds. Es sind noch immer die Vorstellungen einer Welt, die heimlich von einer jüdschen Verschwörung gesteuert wird.

In einer Rede Orbans im März 2018 wird der Antisemitismus bei der Charakterisierung Soros' besonders deutlich. Sie liest sich wie eine Aufzählung von altbekannten Vorurteilen gegenüber Juden:

„Wir müssen mit einem Gegner kämpfen, der anders ist, als wir es sind. Es kämpft nicht mit offenem Visier, sondern er versteckt sich, er ist nicht geradeheraus, sondern listig, nicht ehrlich, sondern bösartig, nicht national, sondern international, er glaubt nicht an die Arbeit, sondern spekuliert mit dem Geld, er hat keine eigene Heimat, da er das Gefühl hat, die ganze Welt gehöre ihm."

**Links:** Teil von Orbans Anti-Soros Kampagne: Fragebogen zu einer „Nationale Konsultation" im April 2017 bei dem die Bevölkerung über einen vermeintlichen „Soros-Plan zur Masseneinwanderung" abstimmen sollte. **Oben:** Der Neonazi-Versand „Revoltopia" wirbt auf Facebook mit diesem Banner für ein „Soros-Shirt". **Unten:** Die Berliner Abgeordnete Jessica Bießmann (AfD) auf Twitter über Soros.

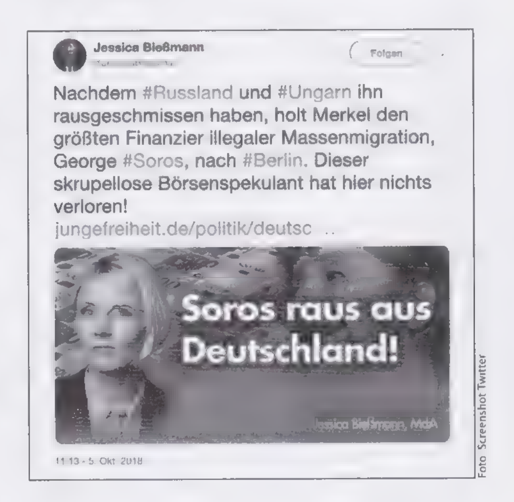



Foto: Screenshot Twitter

Doch der Blick muss gar nicht bis nach Ungarn gehen. Dieser Antisemitismus findet sich auch ganz unverblümt im Deutschen Bundestag bei der AfD: Für den Thüringer Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner handelt es sich bei Soros einfach um „einen zwielichtigen, dubiosen, internationalistischen Strippenzieher". •

1 „Die offene Gesellschaft ist ein in der Tradition des Liberalismus stehendes Gesellschaftsmodell Karl Poppers, das zum Ziel hat, „die kritischen Fähigkeiten des Menschen" freizusetzen. Die Gewalt des Staates soll dabei so weit wie möglich geteilt werden, um Machtmissbrauch zu verhindern." Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Offene_Gesellschaft

REPRESSION

# Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen

## Zu neuerlichen Kriminalisierungsversuchen bei Demonstrationen

„Ostentatives Mitmarschieren" – über dieses juristische Wortpaar ist in den letzten Jahren viel gesprochen worden. 2017 hatte der Bundesgerichtshof (BGH) festgestellt, dass in einem Fall der Auseinandersetzung von Fußballfans außerhalb des Stadions die Verurteilung zweier Fußballfans, die zwar auf dem Weg zur Prügelei in der Formation mitgelaufen, sich aber im letzten Moment abgesetzt bzw. sich nicht selbst an Gewalttätigkeiten beteiligt hatten, durch das Landgericht Köln Bestand haben könne. Die Verurteilungen zu kleinen Geldstrafen hatten folgende Begründung: „„Ostentatives Mitmarschieren" auf dem Weg zum Ort der Begehung von Gewalttätigkeiten, reicht aus. Die Angeklagten haben durch Eingliederung in die Formation erkennbar ihre Solidarität mit den gewaltbereiten Gruppenmitgliedern zum Ausdruck gebracht. Alle Teilnehmer der Menschenmenge verfolgten einzig das Ziel, geschlossen Gewalttätigkeiten zu begehen. Dadurch unterscheidet sich dieser Fall der „Dritt-Ort-Auseinandersetzung" gewalttätiger Fußballfans von Fällen des „Demonstrationsstrafrechts", bei denen aus einer Ansammlung einer Vielzahl von Menschen heraus Gewalttätigkeiten begangen werden, aber nicht alle Personen Gewalt anwenden oder dies unterstützen wollen. Im vorliegenden Fall war die Begehung der Gewalttätigkeiten jedoch das alleinige Ziel aller Beteiligten."[1]

Unter ostentativ versteht der Duden „bewusst herausfordernd, zur Schau gestellt, betont; in herausfordernder, provozierender Weise". Das heißt, das dortige Gericht hatte feststellen können, dass die Angeklagten sich in besonders zur Schau gestellter Weise in die Formation eingegliedert hatten. Die politischen Staatsanwaltschaften landauf landab waren begeistert. So wurde in Berlin etwa eine große Anzahl an Personen angeklagt, die an einer Fahrraddemo teilgenommen haben sollen. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, dass es aus der Menge heraus zu Farbbeutelwürfen gekommen sei, ohne dass ihnen das jeweils persönlich zur Last gelegt wurde. Dies wäre dann wohl „ostentatives Mitradeln". Immerhin lehnte das Gericht die Eröffnung des Verfahrens ab, wogegen die Politabteilung der Staatsanwaltschaft Beschwerde einlegte.[2] In der Schweiz wurde eine große Personenanzahl verurteilt, denen vorgeworfen worden war, bei einer Solidaritätsdemonstration für Afrin mitgelaufen zu sein, bei der es zu Sachbeschädigungen gekommen war.[3]

Die Krone setzte jedoch die Staatsanwaltschaft Hamburg diesen Kriminalisierungsversuchen auf. Unter bewusster Umgehung der im BGH-Beschluss deutlich zu Tage getretenen Einschränkung, wonach die „Hooligan-Entscheidung" nicht auf Demonstrationen übertragbar sei, wurde zunächst Fabio V. angeklagt. V, ein zum Zeitpunkt des G20-Gipfels 18-Jähriger, war mit einer überwiegend schwarz gekleideten Demonstration auf dem Weg in die Innenstadt in der berühmt gewordenen Straße Rondenbarg festgenommen worden. Zuvor hatte er sich nach den Videos zu urteilen um Verletzte gekümmert, die durch den äußerst brutalen Polizeieinsatz der berüchtigten Bundespolizeiabteilung Blumberg („Hier ist Euer Frühstück, Antifa-Schweine!") unter anderem vier Meter tief gefallen waren und sich teilweise Knochen gebrochen hatten. Der Kriminalisierungsversuch scheiterte, das Verfahren platzte, seitdem ruht der See still.[4]

Indes hatte die Staatsanwaltschaft nicht genug, sondern fertigte die nächste Anklage – diesmal eine Demonstration betreffend, die am Freitagvormittag des G20-Gipfels im westlichen Hamburg stattfand. Dort war es zu Glasbruch und brennenden Autos gekommen. Das auffällige war, dass die Polizei die Demonstration bei einer Dauer von etwa 30 Minuten weder begleitete noch Anstalten machte, diese aufzuhalten, obwohl 30.000 Beamt*innen in der Stadt waren. Entsprechend war auch niemand vor Ort festgehalten worden. Diesmal meinte die Soko „Schwarzer Block" nach einer Fahndung zehn Personen ermittelt zu haben. Bei einigen war jedoch der Verdacht nicht groß genug, bei anderen stand die (Schweizer) Staatsangehörigkeit einer Auslieferung im Weg, sodass letztlich im Herbst 2018 fünf Personen angeklagt wurden.

Bei den Ermittlungen setzte die zwischenzeitlich mit bis zu 300 Beamten ausgestattete Soko „Schwarzer Block" ein technisches Verfahren ein, was vom BKA ursprünglich aus den USA übernommen worden war, um nach terroristischen Anschlägen möglichst schnell Fahndungen einleiten zu können – die sog. „Boston Infrastruktur". Da es das Ziel dieser Infrastruktur ist, möglichst schnell und möglichst viel Videomaterial zu erhalten, wird hierfür ein Internetportal freigeschaltet, über das von Beobachter*innen gefertigte Schnappschüsse oder vom Balkon getätigte Videoaufnahmen, gerne auch anonym, an die Polizei versandt werden können.




Foto: unitedwestand.blackblogs.org

Diese Denunziationsplattform erfreute sich reger Beteiligung, so dass die Soko auf etwa 300 Terabyte Video- und Fotomaterial zugreifen kann (wobei der Löwenanteil auf Videos der öffentlichen Nahverkehrsunternehmen zurückgeht).

Da dieser Umfang an Videomaterial selbst von 300 Beamt*innen kaum bewältigt werden konnte und von diesen allein 80 nur dazu da waren, die polizeiliche Version über die (sozialen) Medien zu verbreiten, ging die Soko noch einen Schritt weiter: Das Material wurde mit einer sogenannten Gesichtserkennungssoftware kombiniert, wie sie etwa auch in China eingesetzt oder am Bahnhof Südkreuz in Berlin als Pilotprojekt mit Amazon-Gutschein für beteiligungswillige Bürger*innen vorangetrieben wird.

Obwohl der Hamburger Datenschutzbeauftragte kurz darauf die Löschung dieses Instruments anordnete, da hierfür eine Rechtsgrundlage erforderlich sei, also ein von der Legislative beschlossenes Gesetz und nicht einfach eine Dienstanweisung der Polizei[5], nutzten Staatsanwaltschaft und Polizei diese Konzeption in einer Vielzahl von Fällen und erstellten so Überwachungsvideos von Personen, die (angeblich) deren gesamtes Wochenende vom 7. und 8. Juli 2017 darstellen sollten.

Ungeachtet der Tatsache, dass die der BGH-Entscheidung zugrunde liegende Verurteilung durch das Landgericht Köln im Geldstrafenbereich lag, richtete die Staatsanwaltschaft ihre Anklage direkt an das Hamburger Landgericht (und nicht ans Amtsgericht) und begründete dies damit, die erwachsenen Angeklagten hätten – allein fürs Mitlaufen – eine Haftstrafe von mehr als vier Jahren zu erwarten. Das Landgericht nahm die Anklage an und begann am 18. Dezember 2018 mit der Verhandlung. In der Anklage stellte die Staatsanwaltschaft minutiös entstandene Sachschäden zusammen und bekam hinsichtlich des oben dargestellten juristischen Konstruktes auch noch Unterstützung durch das Hamburger Oberlandesgericht, das den „Einheitstäterbegriff" aus einer verstaubten Schublade herausholte und die Differenzierung zwischen einzelnen Teilnehmenden der Versammlung und deren Handlungen unterließ.

Bereits drei Tage nach dem Prozessauftakt schloss das Gericht die Öffentlichkeit aus. Diese juristische Möglichkeit war ihnen eröffnet, da auch zwei Jugendliche angeklagt sind. Welche Motive dahinter steckten, wird das Geheimnis der Richter*innen bleiben. An die Öffentlichkeit drang zuletzt ein Beschluss des zuständigen Gerichts, in dem der Gang der Hauptverhandlung beschrieben wurde[6]: Auf das „geschriebene Wort" in der Akte sei demnach „wenig Verlass", Zeugen hätten polizeiliche Vermerke als „Quatsch" beschrieben und versichert, derartiges nie gesagt zu haben. Dabei geht es wohl vor allem um die Frage eines einheitlichen Willens der rund 200 Versammlungsteilnehmenden. Nachdem dies noch Arbeitshypothese der Ermittlungsbehörden gewesen war, ließ sich das in der Hauptverhandlung gerade nicht bestätigen: Eine Zeugin, die angeblich einen Menschen, der Kommandos gegeben haben soll, gesehen hatte, bestätigte dies in der Verhandlung gerade nicht. Zudem stellte das Gericht klar, dass die zusammengetragenen Videos durch die polizeilichen Regiearbeiten, Kürzungen, Pfeile, Markierungen etc. suggestiv seien und ein Sachverständigengutachten zur Frage der Identifizierung jedenfalls des einen Angeklagten eingeholt werden müsse. Dieses mittlerweile vorliegende Gutachten gibt entsprechend an, dass diese Videos nicht für eine Identifizierung des schweigenden Angeklagten ausreichen. Der Prozess ist noch bis Ende September 2019 terminiert. Bis zum Urteil wird wohl noch etwas Wasser die Elbe heruntergeflossen sein. Inzwischen gibt es jedoch Gerüchte, dass auch die Demonstration am Rondenbarg von der Staatsanwaltschaft noch einmal angeklagt werden soll. •

**1** BGH, Beschluss vom 24.5.17, 2 StR 414/16, Rn. 13 **2** www.morgenpost.de/berlin/article225954543/Polizei-observierte-lieber-Rigaer-94-in-Friedrichshain-statt-Breitscheidplatz-Attentaeter-Anis-Amri.html **3** www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/saubannerzug-prozess-basler-strafgericht-verhaengt-freiheitsstrafen-fuer-15-der-18-angeklagten-134005662 **4** https://unitedwestand.blackblogs.org/nog20-1-rondenbarg-prozess-gegen-fabio-geplatzt
**5** https://datenschutz-hamburg.de/pressemitteilungen/2018/12/2018-12-18-anordnung-biometrie
**6** www.ndr.de/nachrichten/hamburg/G20-Prozess-in-Hamburg-dauert-deutlich-laenger,gzwanzig398.html

REPRESSION

# Grenzenlose Solidaritätsarbeit

## Aktuelle Repression gegen den Widerstand von Geflüchteten

GASTBEITRAG VON CAN'T EVICT SOLIDARITY

Im Sommer 2016 hat sich als Reaktion auf die Räumungen solidarischer Hausbesetzungen in Thessaloniki die Antirepressionskampagne „You can't evict solidarity" gegründet - eine Gruppe von bundesweit aktiven Menschen, die vor allem während des sogenannten „langen Sommers der Migration" regelmäßig entlang der Balkanroute solidarisch unterwegs waren und sich mit lokalen Unterstützungsstrukturen vernetzt haben. Sie berichten von den zunehmenden Repressionen gegen Geflüchtete und Unterstützer*innen und den Folgen.

### You can't evict solidarity

Europaweit beobachten wir, dass die Staats- und EU-Politik gegenüber Menschen auf der Flucht, Unterstützer*innen sowie jeglichen Alternativen zu staatlicher Migrationskontrolle zunehmend repressiver wird. Diese Abschottungspolitik zwingt Menschen dazu, den gefährlichen Weg über das von Frontex überwachte Mittelmeer zu nehmen. Die Anzahl derjenigen, die dabei starben, lag allein 2018 bei über 2000 Menschen[1]. Die Grenzen zwischen den europäischen Staaten sind streng kontrolliert und hoch militarisiert. Während auf der sogenannten Balkanroute zwischen Serbien und Ungarn Geflüchtete von Polizei und Militär mit modernster Technik aufgespürt, mit Gewalt am Grenzübertritt gehindert und ohne Rechtsgrundlage inhaftiert werden, wurden 2015 auch Flüchtende an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei erschossen[2]. Trotz alledem nehmen viele Menschen neue, gefahrvolle Wege auf sich. Nicht wenige werden daraufhin unter menschenunwürdigen Bedingungen in sogenannten „Hotspots" wie auf den griechischen Inseln Chios, Lesbos und Samos faktisch inhaftiert, da diese seit dem EU-Türkei-Deal für Geflüchtete zu Gefängnissen geworden sind. Aktuell leben allein über 7.500 Menschen im Camp Moria auf Lesbos, das für 3.000 Personen ausgelegt ist. Andere Menschen sitzen an den Grenzen in Velika Kladusa (bosnisch-kroatische Grenze) oder in Ventimiglia (italienisch-französische Grenze) fest, wohnen teilweise auf der Straße oder werden illegal zurückgeschoben.

### Von Widerstand und Repression

An verschiedenen Orten regt sich jedoch Widerstand gegen diese tödliche Politik und das EU-Grenzregime, wann immer Menschen gegen willkürliche Inhaftierungen, für offene Grenzen und für ihre Rechte kämpfen. So gab es ein Protestcamp von Geflüchteten bei Velika Kladusa (bosnisch-kroatische Grenze) im Herbst 2018 sowie unzählige Proteste von Geflüchteten in den Lagern auf den griechischen Inseln und an anderen europäischen Grenzorten, Städten oder (Abschiebe-)Gefängnissen. Viele dieser für die Öffentlichkeit oft unsichtbaren Proteste werden mit Gewalt durch die Polizei oder andere staatliche Kontrollinstanzen beendet und die Protestierenden abgeschoben oder inhaftiert. So z.B. in den unten erläuterten Fällen.

Aus der Not besetzte Häuser werden wie in Thessaloniki im Sommer 2016 geräumt, solidarische Aktivist*innen durch neue Gesetze mit hohen Haftstrafen wegen „Schleuserei" konfrontiert. Gleichzeitig kriminalisiert die EU solidarische Seenotretter*innen wie „Jugend rettet" oder „Sea Watch", die mit ihren Schiffen mit Geretteten nicht in europäischen Häfen anlegen dürfen. Im Folgenden werden einige solcher Repressionsfälle gegen Geflüchtete, die sich ihrer menschenunwürdigen Lage widersetzen, exemplarisch dargestellt und stehen zugleich für unzählige weitere Fälle ähnlicher staatlicher Brutalität und legaler Willkür, die größtenteils im Verborgenen bleiben.

### Ahmed H. und die „Röszke 11", Ungarn

Im September 2015 wurden bei Protesten gegen die Grenzschließung Ungarns der ungarisch-serbischen Grenze bei Röszke elf Geflüchtete aus der Menge heraus verhaftet und u.a. wegen Terrorismus und illegalem Grenzübertritt angeklagt. Im November 2016 wurde einer von ihnen, Ahmed H., zu zehn Jahren Haft verurteilt. Durch Solidaritätsarbeit und Proteste konnte dieses Urteil in den nächsten Instanzen gekippt und um fünf Jahre verringert werden.

### Die „Moria 35" und „Moria 8", Griechenland

Der Fall der „Moria 35" ist seit Herbst 2018 abgeschlossen. Darin ging es um 35 Menschen, die im Juni 2017 nach einem fried-

lichen Sitzstreik im Camp Moria auf Lesbos (Griechenland) von der Polizei wahllos und brutal verhaftet worden sind. Alle 35 Personen wurden freigelassen, einige von ihnen wurden abgeschoben. Ein Vorgehen, das sich auf ähnliche Weise im aktuellen Fall der „Moria 8“ wiederholt: Im März 2018 entfachten sich erneut Proteste im Camp Moria. Das anschließende Klageverfahren gegen die vermeintlichen „Täter*innen“ basierte auf vagen Aussagen zur Identifizierung u.a. eines vermeintlichen Rädelsführers, der jedoch nachweislich gar nicht vor Ort war, als der Protest losging. Ganz aktuell, im Februar 2019, wurden alle acht Angeklagten freigesprochen, nachdem sich herausstellte, dass die Aussage gegen die acht Betroffenen auf Druck der Polizei und mit einem Versprechen auf Weiterreise für den vermeintlichen Zeugen durch diesen getätigt wurde. Somit saßen acht Menschen nachweislich unschuldig für elf Monate im Gefängnis[3].




**Solidarität entlang von Fluchtrouten**

Repressionen und Kriminalisierung gegen Solidaritätsbewegungen entlang von Fluchtrouten haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. Die Kriminalisierung von Menschen, die versuchen, selbstorganisierte Alternativen zur repressiven Asylpolitik aufzubauen, ist auch andernorts zu beobachten: So wurden in Belgrad besetzte Häuser zum Schutz vor Kälte für Menschen auf der Flucht immer wieder geräumt, Protestaktionen in Ungarn im Kampf gegen den rassistischen Schauprozess von Ahmed H. juristisch verfolgt, selbstorganisierte Seenotrettung auf den griechischen Inseln angegriffen, die einfache Basisversorgung von Flüchtenden in Ventimiglia oder die Unterbringung von Geflüchteten in Privathäusern in Brüssel kriminalisiert.

Dennoch gibt es trotz all der staatlichen Repressionen weiterhin Widerstand und Proteste und außerdem ein breites Netzwerk aus solidarischen Strukturen entlang der Balkanroute und darüber hinaus. So gibt es z.B. in vielen Städten soziale Zentren und Hausbesetzungen, in denen kostenlose Sprachkurse, medizinische Versorgung, Rechtsberatung bei Repression und im Asylverfahren, Essen und Kleidung, aber auch Theater, Musik und Kino organisiert werden. Viele verschiedene und gemeinsame Kämpfe finden permanent statt: von Menschen an den EU-Grenzen, in den Camps, in (Abschiebe-)Gefängnissen und auf den Straßen; gegen die unmenschlichen Bedingungen und das EU-Grenzregime und für Freiräume und Bewegungsfreiheit von Menschen – manche sichtbarer als andere.

**Antirepressionsarbeit**

Der Fokus der Kampagne „You can't evict solidarity“ liegt auf der Unterstützung von Menschen, die nach Widerstandshandlungen in antirassistischen Kämpfen an den EU-Grenzen von staatlicher Repression betroffen sind. Seit 2016 wurden mehrere 1.000 Euro an Spenden gesammelt und an Betroffene weitergeleitet, um Anwalts- und Gerichtskosten zu bezahlen. Außerdem werden Gerichtsprozesse vor Ort oder von Deutschland aus solidarisch und mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet, Informationsvorträge zur aktuellen Situationen entlang der Balkanroute gehalten und eine transnationale Vernetzung und Zusammenarbeit mit Betroffenen und lokalen Initiativen aufgebaut. Es wurden seither einige Freisprüche erwirkt und Menschen aus Gefängnissen entlassen – unter anderem im Fall der „Moria 8“ und der „Moria 35“ sowie für die 100 Angeklagten der Hausbesetzungen in Thessaloniki. •

**Spendenkonto:**
**Rote Hilfe e.V./ OG Hannover**
**IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57**
**BIC: GENODEM1GLS**
**Verwendungszweck:**
**Cant evict Solidarity**

**1** www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten/zahlen-mittelmeer-2018 **2** www.zeit.de/wirtschaft/2015-10/fluechtlingskrise-grenzschutz-bulgarien **3** Mehr Informationen zu diesen und weiteren Fällen unter: https://cantevictsolidarity.noblogs.org/

**REPRESSION**

Als bekannt wurde, dass die Staatsanwaltschaft Gera gegen das „Zentrum für politische Schönheit" (ZPS) wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt, war der Aufschrei groß. Insbesondere die Frage, wie die Aktivitäten politischer Aktionskünstler_innen als organisierte kriminelle Aktivität bewertet werden konnten, beschäftigte die Öffentlichkeit. In den Tagen nach Bekanntwerden des Ermittlungsverfahrens wurde jedoch die Frage interessanter, wer denn da gegen das ZPS ermittelte.

# „Auschwitz oder Waterloo"

## Wie weit man in Thüringen als Staatsanwalt gehen kann

■ Der Geraer Staatsanwalt Martin Zschächner hatte als Mitarbeiter der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft Gera das Verfahren gegen das ZPS eingeleitet, wohl wissend, dass ein solches Ermittlungsverfahren den Verdacht voraussetzt, dass sich mehrere Personen zu einer Gruppe zusammenschließen, deren Zweck oder Tätigkeit auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist. Zwar hatte das ZPS selbst angekündigt, von der in unmittelbarer Nähe zu Höckes Wohnhaus angemieteten Wohnung den AfD-Rechtsaußen als „zivilgesellschaftlicher Verfassungsschutz" zu überwachen – wenige Tage später stellte das ZPS jedoch klar, dass es keine geheimdienstlichen Überwachungsmaßnahmen durchgeführt habe. Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren stellte die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft Mühlhausen daraufhin auch ein.

Eine örtliche Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Gera war aus keinem erdenklichen Gesichtspunkt gegeben. Einzig die Zuständigkeit als Schwerpunktstaatsanwaltschaft für organisierte Kriminalität würde Gera zuständig machen. Schnell kam also der Verdacht auf, dass die Einleitung eines Strukturermittlungsverfahrens nach § 129 StGB einzig dazu diente, dass das Verfahren zu Staatsanwalt Zschächner kam. Zwar wurden nach Angaben der Staatsanwaltschaft Gera in dem über ein Jahr andauernden Verfahren keinerlei Ermittlungsmaßnahmen getätigt, dies jedoch führt einmal mehr zu der Nachfrage, welches Interesse dann an dem Verfahren bestand. Hierbei lohnt sich ein Blick auf die Person des ermittelnden Staatsanwalts und sein Gebaren in anderen Verfahren.

In die öffentliche Debatte um Zschächners dienstliche Handlungen meldete sich auf Twitter ein Rechtsanwalt Küstner, nach eigenen Angaben ehemaliger Kommilitone von Zschächner, mit den Worten „Ach Du Sch.... Der hat mit mir in Heidelberg studiert. Wir nannten ihn nur den „Jura-Nazi". Wer hat denn den zum Staatsdienst zugelassen. Jemanden, der nur 50% so links ist wie der rechts, würde man nie einstellen. Kleiner Tipp: „Kaisertreu" ist nicht GG-treu." In einem FAZ-Artikel kommt ein weiterer ehemaliger Mitstudent zu Wort, der aktuell Richter ist und über Zschächner sagt: „Wir haben den als Spinner abgetan, der damit angab, Sütterlin lesen zu können, Wagner-Opern pfeifend durch die Gänge zog und Kautabak kaute." Seine rechte Gesinnung sei „sonnenklar" gewesen. Wohlwollend könnte man der Staatsanwaltschaft Gera unterstellen, dass eine Außendarstellung als komischer Kauz oder Biedermeier noch kein Grund ist, an der beruflichen Qualifikation bzw. der politischen Neutralität eines Staatsanwalts zu zweifeln. Jedoch fiel Staatsanwalt Zschächner auch weit vor diesem Skandal mit merkwürdigen Auffassungen und Aktivitäten auf. In einem Verfahren wegen Vermummung, einer Bagatelle im staatsanwaltschaftlichen Alltag, ließ er als zuständiger Sachbearbeiter ein anthropologisches Gutachten einholen. Zwei Hauptverhandlungstage und 1500 Euro Gutachterkosten später war klar, der Angeklagte ist nicht der Täter – eine Feststellung, die die Verteidigung schon frühzeitig anhand des Vergleichs der Bilder der Tat in der Akte und dem Aussehen des Angeklagten angemerkt hatte. Zwar ermittelte Zschächner auch gegen rechts und erhob auch in diesem Spektrum Anklagen. Der Nachdruck, mit dem er Personen des linken Spektrums nachsetzte, war hier allerdings eher selten zu spüren.

Was man Martin Zschächner jedoch nicht vorwerfen kann, ist, dass er sich mit seinem Verhalten strafbar gemacht hätte. Auch Staatsanwälte treffen Ermessensentscheidungen, wobei sie oft einen erheblichen Beurteilungsspielraum haben. In diesem hat sich Herr Zschächner stets bewegt. Ging es jedoch darum, in diesem Spielraum Entscheidungen zu treffen, waren sie gegen Personen des linken Spektrums selten milde oder gnädig.

Dennoch waren der Staatsanwaltschaft Gera und auch der Generalstaatsanwaltschaft als Aufsichtsbehörde weit vor dem Skandal um die Ermittlungen gegen das ZPS andere skandalöse Entscheidungen Zschächners bekannt. Auf einer AfD-De-


Foto: Zentrum für politische Schönheit

monstration 2017 in Jena sangen Teilnehmer das sogenannte „U-Bahn-Lied“. Die Anzeige der evangelischen Kirchengemeinde stellte Zschächner ein. Über die rechtliche Begründung der Einstellung mag man juristisch streiten können, über die in der Entscheidung enthaltene politische Entgleisung des Staatsanwalts indes nicht. Zschächner merkte in der Einstellungsbegründung an, dass das Wort „Auschwitz“ als Synonym für eine größtmögliche Niederlage auch durch das Wort „Waterloo“ hätte ersetzt werden können. Damit stellt der Staatsanwalt den wörtlichen Inbegriff der Shoa mit einer militärischen Niederlage gleich.

Die Argumentation, man könne diese beiden Begriffe – Auschwitz und Waterloo – sinngemäß gleichsetzen und austauschen, rezipiert gewisserweise die geschichtsrevisionistische Mär von der „Jüdischen Kriegserklärung“. Geschichtsrevisionisten deuten zum Beispiel einen Brief des damaligen Vorsitzenden der Jewish Agency, Chaim Weizmann, an den britischen Premierminister nach dem Überfall auf Polen – in dem es heißt, alle Juden würden an der Seite Englands stehen – als Kriegserklärung gegen das deutsche Volk. Der Holocaustleugner David Irving begründete damit die Verfolgung von Jüdinnen und Juden mit Kriegsbeginn und auch der Historiker Ernst Nolte sah die Äußerungen Weizmanns als Beleg für die These, Hitler habe die deutschen Juden als Kriegsgefangene internieren dürfen.[1] Noch heute nutzen antisemitische Geschichtsrevisionisten solche und andere Thesen, um in nationalsozialistischer Tradition eine Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben und „den Juden“ die Verantwortung für die Shoa zu übertragen. Wenn sich also ein Staatsanwalt in die Nähe einer solchen Argumentation begibt, obwohl diese vollkommen unnötig für die Begründung seiner juristischen Entscheidung ist, dürfte er damit den Boden der staatlich verordneten politischen Neutralität der Strafverfolgungsbehörden verlassen. Da gegen diese Entscheidung Beschwerde eingelegt worden ist, in deren Begründung auch auf die haarsträubenden Vergleiche und Annäherungen an Argumentationsmuster von Geschichtsrevisionisten Bezug genommen und mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde verbunden wurde, müssen der Vorgesetzte des Staatsanwalts und auch die Generalstaatsanwaltschaft Kenntnis von diesen Ansichten Zschächners genommen haben. Die Generalstaatsanwaltschaft hob die Verfahrenseinstellung auf. Passiert ist jedoch bis zum Öffentlichwerden der Ermittlungen gegen das ZPS nichts.

Zschächner wurde nunmehr auf „eigenen Wunsch“ in eine andere Abteilung der Staatsanwaltschaft versetzt. Eine grundlegende Aufarbeitung der von ihm bearbeiteten Fälle, Konsequenzen für Vorgesetzte, die zumindest weggeschaut und ignoriert haben, stehen jedoch nicht in Aussicht. Die rot-rot-grüne Landesregierung will bislang nach allen Bekundungen einen Deckel auf die Causa Zschächner machen. Allen voran der Grüne Justizminister, der von nichts gewusst haben will und sich nicht in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden einmischen möchte. Die Landesregierung täte gut daran, jedenfalls die interne Organisation der Staatsanwaltschaft Gera zu überprüfen. Im Falle Zschächner haben alle Kontrollmechanismen entweder vollständig versagt, oder der Skandal ist deutlich größer als bislang angenommen, und weitere Untersuchungen sind zwingend notwendig. Wer bei solchen Vorkommnissen damit zufrieden ist, die skandalträchtige Person zu versetzen und den Verdacht struktureller Probleme in einer Behörde, die sich schon bei der Verfolgung der späteren Mitglieder des rechtsterroristischen NSU nicht mit Ruhm bekleckert hat, strikt von sich weist, macht sich zum Steigbügelhalter einer politisch motivierten Strafverfolgung. •

1 Ernst Nolte: Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das Dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980. In: Ernst Reiner Piper (Hrsg.): „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Piper, München 1988, S. 13–36, hier S. 24

**ZYPERN**

Auf Zypern ermordete ein Serienmörder eine bislang unbekannte Anzahl Frauen. Seit April 2019 versucht die Polizei, den Umfang der Taten zu erfassen. Unabhängig davon, wie viele Morde tatsächlich auf das Konto von Nikos Metaxas gehen, verdeutlicht der Umgang mit den Taten die rassistischen Strukturen im Staatswesen.

# Schutzlose „Randgruppen“

## Eine „traditionsbewusst“ organisierte Gesellschaft und ihre Todesopfer

**WASSILIS ASWESTOPOULOS**

Metaxas führte ein nach außen hin vorbildliches Leben. Er diente als Hauptmann der Nationalgarde und wurde dafür ausgezeichnet, gründete eine Familie und war Hobbyfotograf. Die Fotos teilte er in sozialen Netzwerken und fand dort Enthusiasten, mit denen er auf Fototour am „roten See“ entlang ging. Der See, ein in einer früheren Metallmine entstandenes Gewässer, ist voll mit toxischem, undurchsichtigem Wasser. Die Metalloxide bieten ein farbenprächtiges Fotomotiv. Für Metaxas bot der See zudem ein Versteck für die ermordeten Frauen. Die sozialen Netzwerke nutzte der Offizier auch, um seine Opfer zu finden. Metaxas ermordete systematisch Migrant_innen. Dies bewahrte ihn vor einer früheren Entdeckung. Denn Polizeibehörden und der zuständige Minister versagten, weil sie sich trotz mehrfacher Warnung, zahlreichen Anzeigen, Presseberichten und einem den Missstand anprangernden offenen Brief, nicht bequemten, nach den Verschwundenen zu suchen. Der griechische „Sexologe“ und Psychiater Thanos Askitis – der politisch für die sozialdemokratische KinAl (PASOK) tätig ist – fasste in einem späteren Täterprofil zusammen, die meisten Ermordeten hätten als „Frauen dieser Rasse von Geburt an die Charaktereigenschaft der Unterwerfung und des Dienen“. Egal was Askitis in dieser – mindestens als unglücklich zu bezeichnenden – Formulierung andeuten wollte: Es klingt so, als würde er sich die Einstellung des Täters zu eigen machen und aussprechen, was in den Köpfen vieler Männer existiert: Eine Frau ist ein Mensch zweiter Klasse. Auf Femizide, auf Morde an Frauen durch ihre aktuellen oder früheren Lebenspartner, reagieren viele mit einem gewissen Grad an Verständnis für den Täter. Wenn ein eifersüchtiger Mann, ob in Griechenland oder Zypern, seine Partnerin tötet, hört man oft „er war blind vor Liebe“ oder „sie hat ihn um den Verstand gebracht“. Die, die das aussprechen, sind nicht nur Männer, sondern auch Frauen, die in der Nachbarschaft des jeweiligen Tatorts leben, und meinen, vor der Fernsehkamera eine Erklärung für die Tat liefern zu müssen. Wehe dem Opfer, das auch noch einen realen Grund für die Eifersucht liefert.

Was die Achtung vor der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen zählt, davon zeugt nicht zuletzt eine Strafrechtsreform, welche die Regierung von Alexis Tsipras in der letzten Woche vor der Auflösung des Parlaments im Juni 2019 verabschieden lassen möchte. Aus vor allem für eine nominell linke Regierung nicht nachvollziehbaren Gründen soll mit Artikel 336 dieser Gesetzesnovelle die Definition der Vergewaltigung neu geregelt werden. Eine Vergewaltigung liegt demnach nur vor, wenn das Opfer sich genügend gewehrt hat. Es ist erschreckend, wie viele Fälle misshandelter und ermordeter Frauen mit der laxen Einstellung des Staats gegenüber der Gewalt gegen Frauen zusammenhängen. Die im November 2018 auf der Insel Rhodos in Griechenland ermordete Studentin Eleni Topaloudi hatte sich vor ihrer Ermordung an die Polizei gewandt, um eine Vergewaltigung anzuzeigen. Die Beamten auf der Wache wimmelten sie ab. Später wurde bekannt, dass es von der Tat ein Video gab, welches die Täter mit anderen teilten. Topaloudi wurde danach zur Verdeckung der Tat ermordet. Beide Mörder waren für ihre Gewalttätigkeit bekannt. Einer ist Sohn einer reichen Familie, der zweite ist „albanischer“ Abstammung. Auch in diesem Fall ist ein rassistisches Schema erkennbar. Der Sohn der reichen Familie wurde, so erklären es die Kommentatoren, vom „Albaner“ angestiftet. Der „Albaner“ ist ein zur griechischen ethnischen Minderheit Albaniens zählender, in Griechenland aufgewachsener Mann. Die selben Medien, die auch die entschuldigenden Kommentare von Nachbar_innen der Opfer oder Täter ausstrahlten, geben ebenso rassistischen Äußerungen ein Podium. Derartige Sendungen verkaufen sich gut. Doch auch die ökonomische Lage spielt eine Rolle. Polizeiwachen werden personell ausgedünnt, in der Schulung und Weiterbildung der Beamten wird gespart. Je weniger Fälle diese bearbeiten, umso besser kommen sie mit ihren Bud-

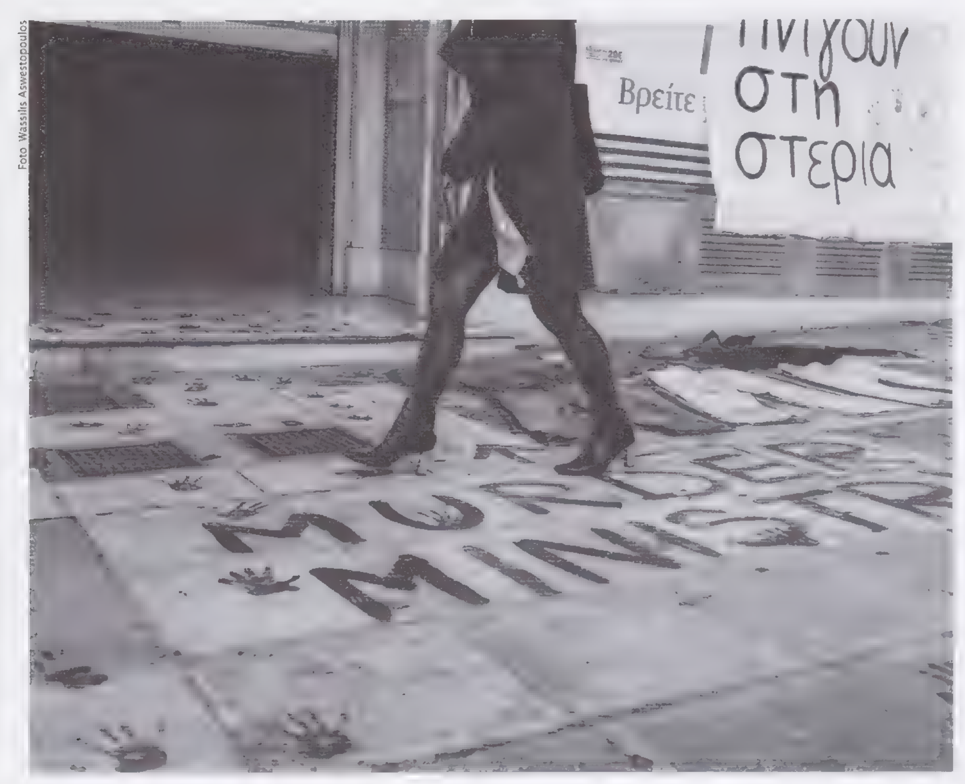



Foto: Wassilis Aswestopoulos



Foto: Screenshot Facebook

**Oben:** Der Serienkiller Nikos Metaxas präsentiert sich in den Sozialen Medien

gets zurecht. Dies führt zu einer selektiven Gerechtigkeit. Verwundert es in diesem Zusammenhang, dass Beamte Vergewaltigungen, die erst nach Tagen angezeigt werden, oder Vermisstenanzeigen für Menschen, die im Land über kaum Verwandtschaft verfügen, gern a priori ad acta legen?

So geschah es auch mit den Opfern des Serienmörders auf Zypern. Die Besonderheit der Insel, deren Nordteil sich seit 1974 unter türkischer Besatzung befindet, ermöglichte es den Beamten, Vermisstenanzeigen mit einer zynischen Begründung abzulehnen. Sie verwiesen darauf, dass die Vermissten aus freien Stücken in den Nordteil gegangen sein könnten. Polizeibeamte erklärten, sie hätten „Besseres zu tun als nach „schwarzen Frauen" zu suchen". Die bislang bekannten Opfer sind Mary Rose Tiburkio (38), Sierra Grace (6), Arian Palanas (28) und Marikar Valdez von den Philippinen, Livia Florentina Bunuea (36) und ihre Tochter Elena Natalia Bunuea (8) aus Rumänien sowie die Nepalesinnen Romania und Khadka Anu (30). Es gibt 22 weitere „verschwundene" Frauen, die ebenso nach Zypern einwanderten und in das Tatmuster passen. Sie gehören aber auch zu jener Personengruppe, um die sich die Polizei, nach eigenem Eingeständnis, weniger sorgt. Die hohe Zahl der verschwundenen Frauen beunruhigte seinerseits Louis Koutroukides, den Chef der Vereinigung der Gebäudereiniger. Er fand das Verschwinden von so vielen Frauen, die sich als Dienstmädchen und Reinigungskraft verdingten, verdächtig. Später kam heraus, dass Metaxas per Internet auch bei ihm nach Reinigungsfrauen gefragt hatte. Koutroukides ließ nicht locker, ging mehrfach zur Polizei und wurde immer wieder abgewimmelt. Er schrieb einen offenen Brief an den Minister der Justiz, welcher im August 2019 veröffentlicht wurde. In diesem Brief prangerte er die Untätigkeit der Polizei an und postulierte rassistische Motive, sowohl bei dem von ihm vermuteten Täter als auch bei der Untätigkeit der Polizei. Die gleichen Befürchtungen gab es in den Kreisen der Migrant_innen. Allerdings traute sich keine der Frauen zur Polizei zu gehen. Nicht nur, dass sie ahnten, dass auch ihre Anzeigen ohne Erfolg sein würden, sie befürchteten zudem repressive Maßnahmen bis hin zur Ausweisung. Koutroukides wurde als lästiger Spinner eingestuft. Der Fall kam folgerichtig nicht durch die Polizei ins Rollen, es waren Touristen, welche die erste Leiche fanden. Der Minister für Justiz und Öffentliche Ordnung, Ionas Nicolaou, musste nach dem Bekanntwerden der Details zurücktreten. In der Folge von Nicolaous Rücktritt wurden auch Spitzenbeamte der Polizeiführung ausgetauscht. Plötzlich entdeckte die Polizei, dass „Orestis" über das soziale Netzwerk „badoo" Kontakt mit einigen der „Verschwundenen" hatte und über YouTube seine Tätigkeit als „Modellfotograf" anbot. Schließlich fand sie durch einfaches Nachfragen heraus, dass Metaxas Orte aufsuchte, an denen sich Migrantinnen trafen und dort nach Reinigungsfrauen für einen überdurchschnittlich hohen Stundenlohn von 20 Euro suchte. Im Internet postete „Orestis" rassistische Parolen. Bereits 2018 hatte sich die getrennt lebende Ehefrau von Metaxas an die Polizei gewandt. Sie meldete einen heftigen Familienstreit und Bedrohungen gegen ihr Leben und das Leben ihrer Kinder durch ihren Gatten, der keine Scheidung akzeptieren wollte. Von einer Anzeige gegen ihn sah sie, aus welchem Grund auch immer, ab. Ob die Polizei intern, nach einer Selbstreflexion der Gründe für Metaxas lange unentdeckte Mordserie aufarbeitet und künftig anders handelt, muss abgewartet werden. Die Erfahrung zeigt leider, dass Zweifel daran mehr als angebracht sind. •

**SPANIEN**

Der Journalist Jordi Borràs über den Aufstieg der extrem rechten VOX auf Kosten der konservativen Volkspartei und der rechts-neoliberalen Ciudadanos

# „Der Franquismus wurde von den konservativen Parteien aufgesaugt“

**INTERVIEW: RALF STRECK**

Der katalanische Journalist Jordi Borràs fokussiert seine Arbeit auf rechtsextreme Organisationen und soziale Bewegungen in Katalonien und dem spanischen Staat. Im Interview erklärt er, wie der Aufstieg der offen faschistisch auftretenden VOX-Partei möglich war, die im vergangenen Dezember erstmals in ein Regionalparlament in Andalusien eingezogen ist. Bei den Parlamentswahlen im April 2019 zog die VOX zudem mit zehn Prozent ins spanische Parlament ein; Ende Mai erlangte sie Sitze in weiteren Regionalparlamenten, Stadträten und im Europaparlament. Borràs lebt gefährlich, da er auch die Verbindungen zwischen Sicherheitskräften und extrem rechten Gruppen untersucht. Der Journalist wird immer wieder angegriffen. Im vergangenen Sommer wurde er zusammengeschlagen, während der Schläger Diktator Franco hochleben ließ. Es stellte sich heraus, dass es ein Mitglied der „Informationsbrigade“ der spanischen Nationalpolizei war, eine Art polizeilicher Geheimdienst.

**Mit den Wahlerfolgen von VOX seien „erstmals“ seit der Franco-Diktatur wieder Rechtsextreme in ein Parlament eingezogen, wurde oft berichtet. Stimmt das?**

**Jordi Borràs:** Man müsste diese Leute fragen, in welchem Land sie bisher gelebt haben, oder welches Land sie sich angeschaut haben. Es stimmt, Spanien war eine Ausnahme in Europa. Es gab keine Partei, die in vollem Umfang und klar die Ultrarechte in den Institutionen vertreten hat. Dafür haben aber andere diese Funktion in den letzten 40 Jahren übernommen. Nehmen wir die sogenannte „transición“, den Übergang nach dem Tod des Diktators Franco 1975 bis etwa 1982. 1978 wurde die Verfassung verabschiedet und die erste rechtsextreme Partei war Fuerza Nueva (Neue Kraft) unter Blas Piñar. Die versuchte, die Franquisten zu sammeln. Diese franquistische Partei ohne Franco schaffte es nicht, die Lage entsprechend zu analysieren. Dazu gab es andere Parteien, wie die „Demokratische Zentrumsunion“ (UCD) unter dem damaligen Präsidenten Adolfo Suárez, der bedeutende Posten im Franquismus eingenommen hatte. Er war Führungsmitglied der franquistischen Einheitspartei und zuletzt ihr Vize-Generalsekretär. Und das war dann sogar der erste Präsident des demokratischen Spaniens. Wenn man in Google sucht, findet man Bilder von Súarez mit der zum Hitlergruß ausgestreckten Hand.

Dann gab es mit der „Volksallianz (AP) eine weitere Partei, die dann später in die heutige Volkspartei (PP) umbenannt wurde, die von sieben ehemaligen Ministern der Franco-Diktatur gegründet wurde. Der bekannteste ist sicher Manuel Fraga Iribarne, der bis zu seinem Tod 2012 Ehrenpräsident der PP war. UCD und AP (PP) versuchten stets, die Franquisten zu integrieren, um an die vielen Stimmen des Sektors im Land zu kommen, der als soziologischer Franquismus bezeichnet wird.

**Ist ihnen das gelungen?**

Letztlich schon, denn es hat keine Entwicklung in der extremen Rechten in Spanien gegeben. Anders als in Frankreich zum Beispiel, wo es im Rahmen der Reaktion auf die Mairevolten zu einer Veränderung der Ultrarechten zu einem Neofaschismus und der neuen Rechten in Frankreich kam, passierte das in Spanien nicht. Hier war der Falangist aus dem Jahr 1939 praktisch identisch mit dem von 1975.

**Warum gab es keine Veränderung?**

Es gab in Spanien keine Notwendigkeit dazu. Es gab keinen Bruch, es gab keine Bestrafungen ... Ich würde aber auch sagen, dass es kein rein faschistisches System war. Ich glaube, das war ein Regime, das in Italien geboren wurde und dort auch starb. Das ist in etwa so wie mit dem Nazismus in Deutschland und dem Franquismus, allerdings kommen alle drei Regime aus dem gleichen Stamm.

Der Franquismus hat sich schon unter Franco nicht verändert. Im Übergang wurden Wähler und Kader von nun konservativen Parteien aufgesaugt. Das dauert bis heute an. Hinzu kommen diverse Faktoren, wie die Zersplitterung der Rechtsextremen. Blas Piñar ließ zu, dass sich die „Fuerza Nueva“ auflöste und so gab es 40 Jahre keinen solchen Führer mehr. Es scheint, als könnte es der VOX-Chef Santiago Abascal werden.

**Wieso hat VOX nun plötzlich Erfolg?**

Zunächst deshalb, weil sie nicht offen als Franco-Erbe auftritt, wie auch Marine Le Pen nicht die Nazi-Kollaboration verteidigt oder die AfD in Deutschland auch nicht

den NS. Diese neue Welle ausländerfeindlicher Rechtspopulisten hat es verstanden, die Diktaturen zur Seite zu schieben. Nur so können sie sich verkaufen. Kriminelle Mörder offen zu verteidigen, geht nicht. Natürlich gibt es diese Leute in den Parteien auch, aber mit diesem Diskurs stößt man schnell an eine Grenze, wie es bei Vater Le Pen in Frankreich deutlich wurde. Deshalb hat sich Marine erfolgreich vom Vater abgesetzt.

**Wie würden Sie den Chef der aufsteigenden VOX-Partei einstufen?**
Auch Santiago Abascal zeigt sich bei öffentlichen Auftritten nicht als klarer Franquist, obwohl er einer ist, wie alle in VOX. Und es ist falsch, dass angeblich nun erstmals Rechtsextreme in Parlamente eingezogen sind: Wer das behauptet, weiß nicht, wie Rechtsextreme hier funktionieren. Spezialisten wie Xavier Casals, Professor an der Universität Ramon Llull, sprach lange von ihrer „anwesenden Abwesenheit". Auch wenn Rechtsextreme nicht als große Partei repräsentiert waren, wurden ihre Vorstellungen über die PP und andere repräsentiert. Sie waren auch so fähig, die politische und juristische Tagesordnung mitzubestimmen.

**In welchen Formen geschah das?**
Neben der Beeinflussung der Parteien hat VOX auch massiven Einfluss auf die Justiz über ständig neue Anzeigen genommen. Sie tritt als Nebenkläger in vielen Verfahren auf, wie auch in dem wegen angeblicher Rebellion gegen katalanische Politiker.

**Wie kam es nun zu dem massiven Zuwachs?**
Das Phänomen ist dem sehr ähnlich, das die PP mit den rechten Ciudadanos (Cs) zuvor erlebt hat. Als die Cs aufgetaucht sind, gingen Kader, Mitglieder und Wähler von der PP zu den Cs über. Und heute sieht man, wie sich viele in Richtung VOX bewegen. Die Rechtsextremen konnten über die anwesende Abwesenheit das Zentrum immer weiter nach rechts verschieben. Nun fordern sogar schon führende Sozialdemokraten, katalanische Unabhängigkeitsparteien zu verbieten. Ihr großer Erfolg



war schon bisher, dass es ihnen auch ohne große Partei gelungen war, ihre Ideen durchzusetzen, die Politik und Medien dieses Landes bestimmten.

**Wie sind die Verhältnisse zwischen PP, Cs und VOX? Kann man Cs und VOX als Abspaltung der PP bezeichnen?**
Schauen wir uns die Parteiführer an: Santiago Abascal war PP-Mitglied, auch Cs-Chef Albert Rivera war PP-Mitglied, obwohl er das bestreitet. Es wurde aber die Mitgliedsurkunde von Rivera in der PP-Jugend veröffentlicht. Ich habe Dokumente veröffentlicht, die belegen, dass Josep Bou Vila, PP-Kandidat für das Bürgermeisteramt in Barcelona, 1978 Mitglied der rechtsextremen „Fuerza Nueva" war. Die drei Parteien gehen aus dem gleichen Stamm hervor und kommen nicht aus einer christdemokratisch-liberalen Rechten. Sie kommen aus einer franquistischen Tradition. Das ist die Realität. Es gibt zum Beispiel zur baskischen oder katalanischen Rechten einen klaren Unterschied: Das waren Anti-Franquisten.

**Die Cs nennen sich »liberal«, sind aber dabei, der PP rechts den Rang abzulaufen und sich nicht vor Bündnissen mit VOX scheuen. Wer steht hinter dieser Partei?**
Geboren wurde die Partei hier in Katalonien. Sie entstammt einem Sektor aus frustrierten spanischen Nationalisten, der Sozialdemokratie (PSOE), der PP, aber auch aus der extremen Rechten. Zunächst ging sie gegen die katalanische Sprache vor. Ihr größtes Anliegen war, dass die Kinder in der Schule in spanischer statt in katalanischer Sprache unterrichtet werden. Das war 2006. Erst ab 2015 machte die Partei den Sprung nach Spanien, da sie von einigen faktischen Mächten im Land gefördert wurden. Das war eine Antwort von rechts auf das linke Phänomen Podemos. Geplant war aber keine Rechtspartei, sondern eine Zentrumspartei.

Dass es die Cs gibt, gefällt einigen in der PP, ja sogar in der PSOE. Bekannt ist, dass Alfonso Guerra, ehemaliger PSOE-Vizepräsident, Rivera mit Miguel Rodríguez von Festina bekannt gemacht hat. Ein sozialdemokratischer Regionalfürst hat für die Finanzierung der ersten nationalen Wahlkampagne der Cs gesorgt, die in Katalonien seiner Partei viele Stimmen abgenommen hat.

Dazu ist bedeutsam, wie eine Partei wie die Cs – oder jetzt auch VOX – von großen Medien gefördert wird. Nun wird sogar der VOX-Chef Abascal – ein Anti-Demokrat – zu Debatten eingeladen, als wäre er ein normaler Politiker. So wurde zuvor schon Rivera groß gemacht, während andere dort nicht auftauchen. •



Foto Revolutionary Abolitionist Movement

USA

# Selbstjustiz und Attentatspläne

## Rechte Milizen auf Flüchtlingsjagd

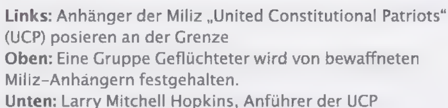
Der Fall machte im April US-weit und international Schlagzeilen: Am 20. April 2019 wurde der notorische Rassist Larry Mitchell Hopkins wegen Waffen- und Munitionsbesitzes festgenommen. Der 69-jährige Anführer der paramilitärisch ausgerüsteten Selbstjustiz-Gruppe „United Constitutional Patriots" (UCP) war vor zwei Jahren ins Visier der Bundespolizei FBI geraten, nachdem er zusammen mit seinen bewaffneten Kameraden ganz besondere Manöverübungen durchgeführt hatte: die Ermordung von Barack Obama, Hillary Clinton und George Soros.

Auf ihn und seine Miliz aufmerksam geworden war die Öffentlichkeit in den Wochen vor seiner Festnahme aber deshalb, weil die UPC Videos ihrer „Operationen" an der Grenze gefilmt und auf Facebook gestellt hatten. Darin sind UPC-Mitglieder zu sehen, die sich als Grenzpolizisten ausgeben und Immigrant_innen festhalten und verhören. Im Hintergrund ist brüllend der UPC-Sprecher Jim Benvie zu hören. In einem Fall stellt er sich Einwanderern in den Weg. Auf weiteren Videos sind UCP-Mitglieder nachts in Tarnkleidung und voller Kampfausrüstung zu sehen. Dabei „bewachen" sie, stramm stehend, Gruppen von Immigrantinnen, die vor ihnen auf dem Boden knien. Angeblich warten die extrem Rechten dabei auf die Ankunft der Grenzpolizei, die die Immigrant_innen „übernehmen" soll.

Für die Skandalisierung dieser Selbstjustiz sorgten „Recherche-Antifas". Inner-


Foto: Facebook UCP


Screenshot YouTube – abc news


**Links:** Anhänger der Miliz „United Constitutional Patriots" (UCP) posieren an der Grenze
**Oben:** Eine Gruppe Geflüchteter wird von bewaffneten Miliz-Anhängern festgehalten.
**Unten:** Larry Mitchell Hopkins, Anführer der UCP

halb weniger Stunden nach der Veröffentlichung reagierte der örtliche Polizeichef, indem er höchstpersönlich das FBI informierte und Larry Hopkins festnehmen ließ, bevor er ihn an die Bundespolizei übergab. Damit hatten Hopkins und seine UPC nicht gerechnet. Denn die Ortsbehörden von Sunland Park im Bundesstaat New Mexico, wo die UPC ihr Trainingslager aufgeschlagen hatte, ist zu 91 Prozent nichtweiß und unterhält seit jeher einen regen Grenzverkehr mit Mexiko.

Peinlich für die Grenzpolizei: Fotos auf der UCP-Facebook-Seite zeigen Milizanhänger zusammen mit Polizisten der „Border Patrol". Auf einem Foto hilft ein UCP-Mitglied Grenzschützern beim Verbringen eines festgenommenen Immigranten. In einem Interview mit dem spanischsprachigen Fernsehsender Telem undo bejaht ein Sprecher der „Border Patrol" sogar die Zusammenarbeit der extrem rechten Miliz mit seiner Behörde. Diese weiß nicht nur von der Existenz der Selbstjustiz-Gruppen, sondern bedient sich ihrer Aktivitäten gegenüber Migrant_innen. Nachfragen örtlicher Medien beantwortet die „Border Patrol" nur zaghaft, und wenn, dann allgemein gehalten. UCP-Mitglieder argumentieren, bei der „Festnahme" von Immigrant_innen nach dem Grenzübertritt handele es sich um legale „citizen´s arrests". In der Tat ist das Festhalten von Menschen, die kriminell handeln, durch US-Bürger_innen unter bestimmten Umständen laut Gesetzeslage ein korrekter Akt. Aber das Gegenargument – und das hat laut Beobachter_innen mehr juristisches Gewicht – lautet, diese „Festnahmen" mit Waffengewalt seien nichts anderes als Kidnapping. Wie so oft in den USA wird das „Recht" bzw. wer „recht hat" auf dem Gerichtsweg per Sammelklage ermittelt. Das kann allerdings Monate dauern.

Gegen rechte Milizen wie die UCP – und die Grenzpolizei – können sich unterdessen örtliche Behörden nur zaghaft stemmen. Die Sprecherin von Sunland Park Julia Brown machte deutlich, was von beiden zu halten ist: „Unsere Position und die des Gouverneurs ist, dass solche Festnahmen nicht erlaubt und tatsächlich illegal sind. Der Gouverneur geht sogar so weit zu sagen, dass die Grenzpolizei Komplize ist bei dieser illegalen Aktivität. Denn sie erlaubt beziehungsweise ermuntert die Miliz dazu, Menschen festzuhalten und dann anzurufen". Die Behörden von New Mexico fordern mittlerweile das FBI auf, entsprechende Ermittlungen einzuleiten.

Unterdessen gehen die Aktivitäten der rechten Milizen an der US-Südgrenze weiter. Über das „Patriot Nation Radio Network", in dem sie sich austauschen und Propaganda verbreiten, wurde nach der Festnahme von Hopkins und der Auflösung des UCP-Trainingslagers die Koordination mit den viel größeren und älteren „Texas Minutemen" vorgeschlagen. Dass es sich bei den Grenzmilizen um keine Randerscheinung von durchgeknallten Außenseitern handelt, verdeutlichen Zahlen. Für das vergangene Jahr vermeldete das Southern Poverty Law Center 216 aktive Milizen. Die UCP und ihr ähnliche Gruppierungen sind dabei das direkte Resultat der Rhetorik aus dem Weißen Haus. Die organisierten bewaffneten Trumpisten und ihre Duldung durch und Kooperation mit der Grenzpolizei stellen dabei eine explosive Mischung dar – ein Phänomen des US-„Prä-Faschismus". •

**BRASILIEN**

Die Regierung von Jair Bolsonaro wurde für das Versprechen, effektiv gegen Korruption und Kriminalität vorzugehen, gewählt. Doch die Sicherheitspolitik gleicht eher einem Kampf gegen Arme. Gleichzeitig mehren sich die Hinweise, dass der amtierende Präsident nur wegen illegaler Absprachen innerhalb der Justiz gewählt wurde.

# Krieg gegen die Armen

## Die brasilianische Sicherheitspolitik ist Klassenkampf von oben

**THILO F. PAPACEK**

„Jetzt ist Schluss mit dem Chaos! Wir werden die Ordnung im Haus wieder herstellen!“ schreit der untersetzte Mann mit Halbglatze in die Kamera. Neben ihm stehen einige Polizisten mit Waffen, hinter ihm steht ein Helikopter der Militärpolizei von Rio de Janeiro mit laufenden Rotoren. Wenig später sieht man in dem Video, das Anfang Mai 2019 in den sozialen Medien verbreitet wurde, wie der Mann in dem Helikopter sitzt, während er über eine Favela fliegt. „Hier sind wir über der gefährlichsten Region von Angra dos Reis [Stadt im Süden des Bundesstaates Rio de Janeiro]. Jetzt machen wir hier Schluss mit den Banditen!“, schreit er. Kurz danach feuert einer der Polizisten auf eine exponierte Hütte der Favela. Der Mann, ist der Regierungschef von Rio de Janeiro, Wilson José Witzel. Seit dem 1. Januar 2019 ist er der Gouverneur des notorisch von Kriminalität geplagten Bundesstaates. Seinen Wahlerfolg verdankte er seinem Versprechen, mit harter Hand gegen „Banditen“ vorzugehen. Das Video, das er auf den sozialen Medien seinen Followern präsentierte, sollte wohl deutlich machen, dass er sein Wahlversprechen erfüllt. Doch die Hütte, welche die Polizisten beschossen haben, gehört der „Asambleia de Deus“, einer evangelikalen kirchlichen Gemeinschaft. „Das ist ein Ort des Gebets, die Christen kommen täglich dorthin, Alte und Kinder“, sagte der Diakon Shirton Leone von der örtlichen Gemeinde der Tageszeitung „Folha de São Paulo“. Fünf Einschusslöcher habe er in dem Dach der Hütte gezählt. Witzel war für die „Christlich-Soziale Partei“ angetreten, die vor allem von evangelikalen Christen gewählt wird. „Der Gouverneur Witzel macht aus dem Strafsystem fast eine Reality-Show. Aber anders als bei Big Brother Brasil sind hier alle Teilnehmer*innen arm und schwarz. Und es gibt keine Gewinner“, kommentierte der Journalist Igor Leone die Aktion auf einem Facebook-Account. Zwei Tage später war ein Hubschrauber aus der selben Einheit wie der, mit dem Witzel herumflog, an einer Polizeiaktion in der Favela Maré (Rio de Janeiro) beteiligt. Acht Menschen wurden von der Polizei erschossen, die Aktion erfolgte zu einer Zeit, in der die Kinder die Schulen verlassen. Die Kinder mussten sich in den Fluren auf den Boden legen, um sicher zu sein, die Lehrer*innen berichteten, dass die Schüler*innen völlig traumatisiert waren. In den sozialen Medien war ein Video von dem Einsatz zu sehen: Ein Militärhubschrauber kreiste weniger Meter über den Dächern und ballerte scheinbar ziellos herum. Witzel, der 17 Jahre lang als Bundesrichter tätig war, will die Bestrafung von Kriminellen sogar direkt der Polizei übertragen: Mehrfach hatte er angekündigt, dass er dafür ist, dass Polizisten auf Kriminelle schießen, um sie zu töten. Dadurch würden verfassungswidrig Aufgaben der Judikative auf die Exekutive, die Polizei, übertragen, ganz abgesehen davon, dass es in Brasilien offiziell keine Todesstrafe gibt. Dieser Diskurs hat Folgen: In den ersten 100 Tagen der Regierungszeit Witzels sind 434 Menschen in Rio de Janeiro als Folge von Polizeiaktionen getötet worden, über vier pro Tag. Es gab bereits mehrere Massaker, die unmittelbar darauf zurückzuführen sind, dass die Polizei sich unantastbar fühlt. Im Februar 2019 tötete die Polizei eine ganze Kleinfamilie, da sie den Wagen mit dem von Kriminellen verwechselt hatte. Über 80 Schuss wurden abgefeuert, selbst nachdem Anwohner*innen versuchten, die Verletzten aus dem Fahrzeug zu bergen. Bei einem Polizeieinsatz in der Favela Morro do Alemão tötete die Polizei 15 junge Männer. Im Polizeibericht steht, die Männer hätten auf die Polizei geschossen, diese hätte das Feuer erwidert. Den Zeugenaussagen der Anwohner*innen zufolge richtete die Polizei aber die 15 Männer praktisch hin, als diese sich in einem Zimmer aufhielten. Die Opfer des Massakers waren mutmaßlich Mitglider der Drogenmafia „Comando Vermelho“; in den Augen vieler Brasilianer*innen rechtfertigt dies die extralegale Hinrichtung. Daniela Fichino von der Nichtregierungsorganisation „Justiça Global“, die Polizeigewalt und Menschenrechtsverbrechen untersucht, sieht einen direkten Zusammenhang zwischen den Aussagen Witzels (PSC) und der Zunahme der Polizeigwalt: „Wenn der Gouverneur, als offizieller Kommandant


Bild: Screenshot Youtube

Regierungschef von Rio de Janeiro, Wilson José Witzel.

der Polizeieinheiten des Bundesstaates, von der ‚Ausrottung' des Verbrechens spricht, autorisiert er letztlich solche Massaker." Präsident Jair Bolsinaro hat gegen diese Politik des Gouverneurs von Rio de Janeiro nichts einzuwenden. Bolsonaro gehörte selbst der Partei Witzels, der PSC an, bevor er kurz vor den Wahlen im vergangenen Jahr zur, ebenfalls stark evangelikal geprägten „Sozial-Liberalen Partei" (PSL)wechselte. „Ein Polizist, der nicht tötet, ist kein Polizist", hat der Präsident verlauten lassen. Während des Wahlkampfs versprach Bolsonaro, die Polizei erhalte eine „Lizenz zum Töten". Der Bolsonaros Sohn Flávio, der 2018 zum Senator für Rio de Janeiro gewählt wurde, hatte den Wahlkampf Witzels um den Gouverneursposten explizit unterstützt. Diese Form der Kriminalitätsbekämpfung, wie sie Bolsonaro und Witzel und andere propagieren, bietet aber nur eine Simulation von Sicherheit. Es bedient das Strafbedürfnis der Ober- und Mittelschicht, die Kriminalität nur bei der armen und mehrheitlich schwarzen Bevölkerung des Landes sieht. Tatsächlich handelt es sich um einen Krieg gegen die Armen. Die Polizeiaktionen beschränken sich ausschließlich auf die Menschen in der Favela, die Korruption und Beteiligung von Politiker*innen und Unternehmer*innen am Drogenhandel bleiben dagegen ungeahndet. Im Gegenteil, Bolsonaro versprach sogar mehr Straffreiheit für Unternehmer*innen. In der Agrarindustrie kommt es immer wieder zu schweren Menschenrechtsverbrechen im Zusammenhang mit Landkonflikten oder im Arbeitsrecht. Bolsonaro hatte aber gerade diesem Sektor vor der Wahl signalisiert, dass er die „Orgie der Strafzahlungen" beenden würde, sprich: Die Unternehmer*innen bräuchten sich nicht mehr zu sorgen, dass ihre Verbrechen geahndet werden. Am 11. Juni 2019 wurde Carlos Cabral Pereira, Präsident einer Landarbeitergewerk im Bundesstaat Pará, ermordet. Zuvor hatte er mehrere Drohungen von lokalen Unternehmer*innen erhalten. Im gleichen Bundesstaat erhielten mehrere Kontrolleure für Arbeitsrecht Morddrohungen von Unternehmer*innen. Gerade in den Staaten des Nordens und Westens Brasiliens kommt es immer wieder zu rechtswidrigen Arbeitsverhältnissen, die praktisch der Sklaverei gleichkommen. Die Regierung Bolsonaro, kürzt nun massiv die Mittel für derartige Kontrollen. Dies hat Folgen. Eduardo Sakamoto, Journalist und Spezialist für moderne Sklaverei in Brasilien, schrieb am 12. Juni 2019, dass die Fälle von Kindern, die in sklavereiähnlichen Verhältnissen leben und arbeiten müssen, zunehmen. Seit beginn des Jahres wurden 27 Kinder aus solchen Verhältnissen gerettet, im Mai waren es 13 Kinder im Alter von drei bis 16 Jahren, die in einer Produktionsstätte für Maniokmehl zur Arbeit gezwungen wurden. Ähnliches passiert bei der Umweltpolitik. In Landkonflikten mehrt sich in Brasilien die – ohnehin bereits sehr präsente – Gewalt. Agrarunternehmen heuern immer wieder Pistoleiros an, um sich das Land von Kleinbäuerinnen und – bauern, Indigenen oder Quiliombolas [Nachfahren von geflohenen Sklaven, die der brasilianischen Verfassung zufolge einen besonderen Rechtsschutz genießen] illegal anzueignen oder Naturschutzgebiete illegal zu roden. Für die Kontrolle solcher Verbrechen ist in Brasilien die Umweltbehörde IBAMA zuständig. Doch mit Ricardo Salles hat Bolsonaro einen Umweltminister eingestellt, gegen den selbst Klagen wegen Umweltvergehen anhängig sind. Als Minister sorgt Salles dafür, dass die IBAMA praktisch nicht mehr agieren kann. Wenn also die brasilianische Regierung davon redet, das Verbrechen zu bekämpfen, dann meint sie letztlich eine Bekämpfung der Armen des Landes. Die brutale Ausbeutung und illegale Bereicherung der Oberklasse bleiben ungeahndet. Es ist ein brutaler Klassenkampf von oben. •

Thomas Fatzinek
**Der letzte Weg**

bahoe books
Wien 2019
120 Seiten, 17 Euro
ISBN 978-3-903290-02-0




Wilna, die Hauptstadt Litauens, im Juni 1941: Die Nazis treiben die jüdische Bevölkerung der Stadt zusammen, um sie in einem Ghetto zu internieren. Chaika Grossman, Mitglied von Hashomer Hatzair, einer sozialistisch-zionistischen Jugendbewegung und Protagonistin des Comics „Der letzte Weg" von Thomas Fatzinek, schließt sich dem Widerstand an. Gemeinsam mit ihren Genossinnen Chasia Bielicka, Rivkele und Liza Czapnik organisiert sie die Kommunikation zwischen den Ghettos in Wilna, Bialystok, Grodno und den Partisan_innen in Rudnicki, einem Wald bei Wilna und organisiert Waffen und Medikamente. Mit falschen Papieren, die die Gruppe als christliche Polinnen ausweisen, arbeiten sie als Hausmädchen in polnischen und deutschen Haushalten. Rivkele ist bei einem deutschen Arzt angestellt, der für die Gestapo arbeitet und rassistische Untersuchungen durchführt. Durch einen Verrat gerät sie in die Hände der Gestapo, wird verhört und ermordet.

Das ist eine der vielen kurzen, skizzenhaften Geschichten, die in diesem Comic erzählt werden. Die Szenerien wechseln schnell zwischen den Zeiten, Orten und Personen. Die Partisaninnen Chaika, Chaisia, Rivkele und Liza verbinden die Geschichten miteinander und bauen so nicht nur inhaltlich eine Verbindung zwischen den verschiedenen Teilen des Widerstands von 1941 bis 1947 auf, sondern halten den Comic auch formal zusammen.

Die Ereignisse, die hier beschrieben werden, beruhen auf historischen Tatsachen. Auch die meisten Figuren beruhen auf real existierenden Personen, deren Leben nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise im Anhang skizziert werden. Die Geschichte von Chaika und ihren Mitkämpferinnen ist bewundernswert. Unter falschen Namen, in den Häusern derjenigen, die ihre Familien und Freund_innen getötet haben, riskierten sie ihr Leben, um den Widerstand mit Informationen und Waffen zu versorgen.

Leider bleibt die visuelle Darstellung hinter diesen großen Geschichten zurück. Die Figuren sind nur schemenhaft gezeichnet und haben kaum individuelle Züge. Zum Teil kann man sie nur anhand ihrer Frisuren wiedererkennen, was das Nachvollziehen der Handlung unnötig verkompliziert. Was als maskenhafte Darstellung der von den Ereignissen traumatisierten Menschen interpretiert werden könnte, rutscht jedoch immer wieder ins Groteske. Die leeren Gesichter wirken teilnahmslos, scheinen in den falschen Momenten fast zu lächeln. Das überträgt sich leider auch auf die Rezeption. Die Figuren verbleiben in der Distanz. Genau wir ihre Gesichter bleiben auch ihre Persönlichkeiten flach und eine richtige Verbindung zu ihnen bleibt den Leser_innen verwehrt.

Die fehlenden individuellen Züge der Figuren passen nicht zu einer historischen Erzählung über Menschen, die im Widerstand gekämpft haben und die durch die Nennung ihrer Namen identifizierbar werden. Eine solche Darstellung hätte Sinn gemacht, wenn die Widerstandskämpfer_innen anonym geblieben wären, um eine exemplarische Geschichte von vielen zu erzählen, die gegen die Nazis gekämpft haben. Als Erzählung über konkrete, historische Personen funktioniert es nicht.

Dabei ist das Buch eine wichtige Geschichte zum richtigen Zeitpunkt. So verweist der Comic zum Beispiel auf die polnische Mittäterschaft bei der Judenverfolgung der Nazis, die die konservative polnische Regierung der Gegenwart mit dem seit März 2018 in Kraft getretenen sogenannten „Holocaust-Gesetz" zu unterschlagen versucht. Darüber hinaus ist die Geschichte der Partisan_innen eine, die erzählt werden muss, denn sie wird viel zu selten erzählt. So kann dem Comic zu Gute gehalten werden, dass er die Kämpferinnen Chasia Bielicka, Rivkele, deren Nachname unerwähnt bleibt, Liza Czapnik und Chaika Grossman wieder in Erinnerung bringt und, indem er aus der Autobiographie von Chaika Grossman zitiert, ihre Stimmen sichtbar macht. •

Gideon Botsch, Jan Raabe, Christoph Schulze (Hrsg.):
**Rechtsrock — Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs**

Be.bra wissenschaft verlag
Berlin 2019
400 Seiten, 22 Euro
ISBN 978-3-95410-229-7

Aktuell beginnt wieder die Neonazi-Festivalsaison. Der Rechtsrock boomt und das wie seit Jahren nicht mehr. Die Rechten agieren dabei zum Teil immer offener, was sich an Konzerten und Festivals in Themar, Ostritz und anderen Orten mit BesucherInnen im vierstelligen Bereich deutlich zeigt. Parallel existieren weiterhin die klandestin agierenden Vertriebs- und Organisationsstrukturen, die militanten Netzwerke, die solche Events organisieren aber lieber im Hintergrund bleiben würden. In der Vergangenheit haben wir und andere Medien uns immer wieder mit diesen Strukturen und Veranstaltungen befasst, doch aktuelle wissenschaftliche Veröffentlichen sind in diesem Feld überschaubar.

Insofern passt die Neuveröffentlichung „Rechtsrock - Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs" schon vom Zeitpunkt her ideal. Das der Blick sich nicht auf die „klassischen" Bundesländer zu dem Thema wie Sachsen und Thüringen fokussiert, ist ebenfalls begrüßenswert. Denn auch Brandenburg „verfügt über eine vitale Rechtsrock-Szene, deren Akteure auf vielfältige Weise in den Rechtsextremismus der Region eingebunden sind und bundesweiten Einfluss nehmen." Zurecht weisen die Autoren in ihrer Einleitung darauf hin, dass „der Rechtsrock in Brandenburg auch als Exempel (taugt), aus dem sich Erkenntnisse über den Rechtsrock in anderen Bundesländern und international ableiten lassen."

Inhaltlich kann sich der Sammelband sehen lassen: Jan Raabe macht den Einstieg mit einer Übersicht zu „Rechtsrock in Deutschland" und benennt „Funktionen, Entwicklung, zentrale Akteure". Christoph Schulze analysiert die Rechtsrockszene in Brandenburg, Michael Weiß widmet sich den Netzwerken von „Blood & Honour" und „Hammerskins" im Bundesland. Gideon Botsch schreibt über die „V-Mann-Problematik im brandenburgischen Rechtsrock".

Es folgen weitere Texte, die verschiedene Phänomene oder Betrachtungsweisen in den Blick nehmen, darunter Antisemitismus als ein zentrales Element der Rechts-Rock-Szene, Frauen- und Männerbilder, Männlichkeitsinszenierungen und die Rolle von Frauen in der Szene; Bilderwelten, bei dem die Symbole und Codes der Szene anhand ihrer Cover und Booklets analysiert werden oder die Wechselwirkung von Gewalt und Rechtsrock. Der Abschlussbeitrag beschäftigt sich mit zivilgesellschaftlichen Interventionsmöglichkeiten am Beispiel von Finowfurt, wo eine Immobilie von Neonazis zum regelmäßigen Konzertort etabliert werden sollte.

Besonders spannend und empfehlenswert ist die „wissenschaftliche Zurückweisung der fortgesetzten Rede von der ‚Einstiegsdroge Musik'" von Thorsten Hindrichs, weil sie die gesetzte Erzählung diskutiert und letztlich ablehnt. Er kritisiert, dass sich der Konsum von RechtsRock „als das zentrale Erklärungsmodell für den Einstieg" in die Szene etabliert habe, obwohl dies aus musikwissenschaftlicher Perspektive „schlechterdings falsch" sei. „Pädagogische Maßnahmen gegen den Rechtsrock sollten sich darum nicht an ‚Einstiegsdrogen'-Hypothesen orientieren", heißt es in der Einleitung.

Insgesamt ist das Buch eine gelungene Mischung aus regionaler, historischer Analyse und exemplarischer Betrachtung eines internationalen Phänomens zu einem Thema, dessen Aktualität außer Frage




steht. Der Anspruch des Buches, „grundlegendes Wissen über die Szene (zu) vermitteln" ist nicht nur inhaltlich gelungen, sondern auch sprachlich. •

# „Die Partei der Ehemaligen“

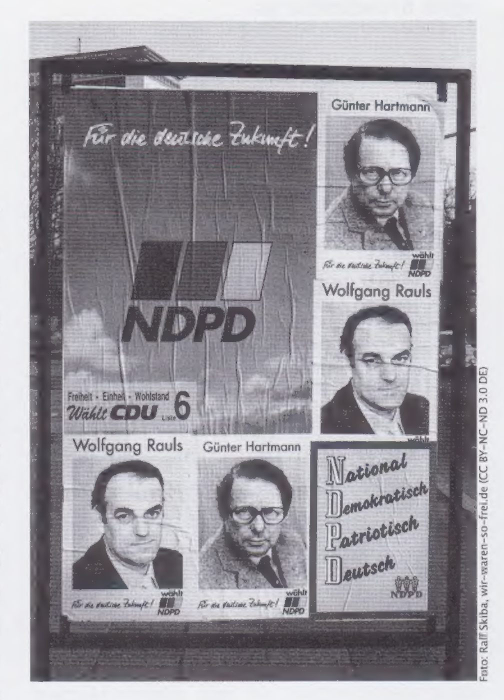


Foto: Ralf Skiba, wir-waren-so-frei.de (CC BY-NC-ND 3.0 DE)

Vor zwölf Jahren berichteten wir im AIB Nr. 75 in dem Artikel „Die Partei der Ehemaligen“ über die „Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NDPD), die 1948 in der „Sowjetisch Besetzten Zone“ (SBZ) zugelassen worden war. Die NDPD hatte im arbeitsteiligen Blockparteiensystem der DDR und als fester Bestandteil der „Nationalen Front“ explizit die Funktion inne, ehemalige NSDAP-Mitglieder, niedrige Funktionäre und Angehörige der Wehrmacht, vor allem ehemalige Offiziere, aufzunehmen. Nachdem 1949 in der DDR das „Gesetz über die staatsbürgerlichen Rechte der ehemaligen Offiziere der faschistischen Wehrmacht und der ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei“ erlassen wurde, erklärte das NDPD-Parteiblatt „National-Zeitung“ erfreut: „Während man in den anderen Teilen Deutschlands noch mit gewichtiger Miene Entnazifizierung spielt, können die Augen in der Ostzone wieder heller blicken, nun braucht der einfache ›Pg.‹ [Parteigenosse] nicht mehr scheu um sich zu sehen, als ob er ein Paria [Aussätziger] wäre.“

Die große Masse der NDPD-Mitglieder – die ohnehin nie eine Massenpartei wurde, sondern zu ihren Hochzeiten nicht mehr als knapp über 100.000 Mitglieder hatte – waren keine Funktionsträger im NS-Regime gewesen. Sehr wohl aber hatte die gesamte Parteiführung eine vor allem militärische Vergangenheit, die meisten davon hatten in der Wehrmacht höhere Offiziersränge bekleidet. So konnte der Generalmajor Arno von Lenski, Kommandeur der 24. Panzerdivision, der in Stalingrad in russische Gefangenschaft geriet, aktiv in der NDPD-Politik bleiben, obgleich seine Beteiligung an dem Zustandekommen von mindestens 20 Todesurteilen als ehrenamtlicher Beisitzer am Volksgerichtshof von 1939 bis 1942 bekannt war.

Die NDPD trat im Jahr 1950 mit einer Aktion an die ost- wie westdeutsche Öffentlichkeit. Auf dem 2. Parteitag verabschiedete sie einen offenen Brief an alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP, Offiziere der Wehrmacht und Berufssoldaten in Westdeutschland. Darin riefen die Unterzeichner dazu auf, sich zusammenzuschließen und gemeinsam für Deutschland und den Frieden – und gegen die Wiederbewaffnung – einzutreten. Unterzeichnet wurde der Brief von 22 Mitgliedern, wovon 16 Parteifunktionen innehatten. Einen ähnlichen Brief verabschiedete der 4. Parteitag 1952, der sich mit einem „Ruf an die deutsche Frontgeneration des zweiten Weltkrieges“ in Westdeutschland wandte. Das Erstaunliche an diesem Brief ist wohl vor allem, dass alle zunächst 119 Unterzeichner ihre Ränge in der Wehrmacht bzw. SS angaben, ebenso wie ihre Funktionen in der HJ, dem BdM und dem Reichsarbeitsdienst. Ziel dieser Kampagnen war vor allem, die westdeutsche Wiederbewaffnung zu unterlaufen und den Widerstand gegen den NATO-Beitritt anzuregen. Diese „Friedensliebe“ äußerte sich nicht zuletzt in einem starken Antiamerikanismus – die Amerikaner wurden als Hauptbetreiber der westdeutschen Wiederbewaffnung angesehen, als Bedrohung durch einen dritten Weltkrieg. So hieß es dann auch in Artikel 8 des Parteiprogramms von 1951: „Deutschland will leben! Deswegen fordern wir nationale Demokraten: Die Amerikaner nach Amerika! Deutschland den Deutschen!“

Die NDPD erwies sich somit als eine systemstabilisierende Partei im SED-Staat, die zwar gezielt als Auffangbecken für Nazis gegründet worden war, deren SED-Nähe aber dazu führte, dass sie keine erkennbaren Kontakte zu westdeutschen NS-nahen Parteien unterhielt.

Nach dem Mauerfall setzten einerseits parteiinterne Reformversuche ein. Zugleich versuchten NPD und Republikaner erneut, sich der NDPD bzw. ihrer Wählerbasis anzunähern – ein Versuch, der zumindest auf Parteiebene scheiterte. Vor allem mit Jahresbeginn 1990 stieg die Zahl der Parteiaustritte an, so dass bei den Volkskammerwahlen im März von ehemals über 100.000 Mitgliedern nur noch 70.000 zu verzeichnen waren. Die Wahlschlappe (die NDPD erhielt nur 0,38 Prozent der Stimmen, also 2 von 400 Mandaten) beschleunigte die Auflösung der NDPD, die nun kooperativ dem „Bund Freier Demokraten“ beitrat, der später in der FDP aufging. Aus der Partei der Ehemaligen war nun ihrem Selbstverständnis nach eine Partei der Mitte geworden. •

## KONTAKT

**Antifaschistisches Infoblatt**
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

## IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
33. Jahrgang
Nummer 123 | 2.2019

**Preis:** 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

**ISSN:** 1862-7838

**Redaktion:**
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

**Herausgeber:**
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

**V.i.S.d.P.:** Ulrike Müller (Adresse s.o.)

**Konto AIB**
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin




# Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

## ABOKONDITIONEN

**Preise***

| | |
|---|---|
| • 5 Ausgaben im Abonnement | 17,50 Euro |
| • 10 Ausgaben im Abonnement | 35,00 Euro |

**Weiterverkauf**

| | |
|---|---|
| • ab 3 Exemplaren je | 3,50 Euro |
| • ab 5 Exemplaren | 20 % Rabatt |
| • ab 50 Exemplaren | 25 % Rabatt |

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.




**AIB 122**

TITEL
Kameradschaft Blaulicht. Rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden

NS-Szene
Die „Aryans" in Halle vor Gericht

Rassismus
Ankerzentren

International
Polens Regierung jongliert am Rechten Rand




**AIB 121**

TITEL
Rechte Security - Rassisten. Hooligans. Neonazis

NS-Szene
German-British Terrormachine

Antifa
Antifa.Fußball.Kroatien

Repression
Kriminalisierung der Seenotrettung

Absender_in

____________________

____________________

____________________

____________________

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

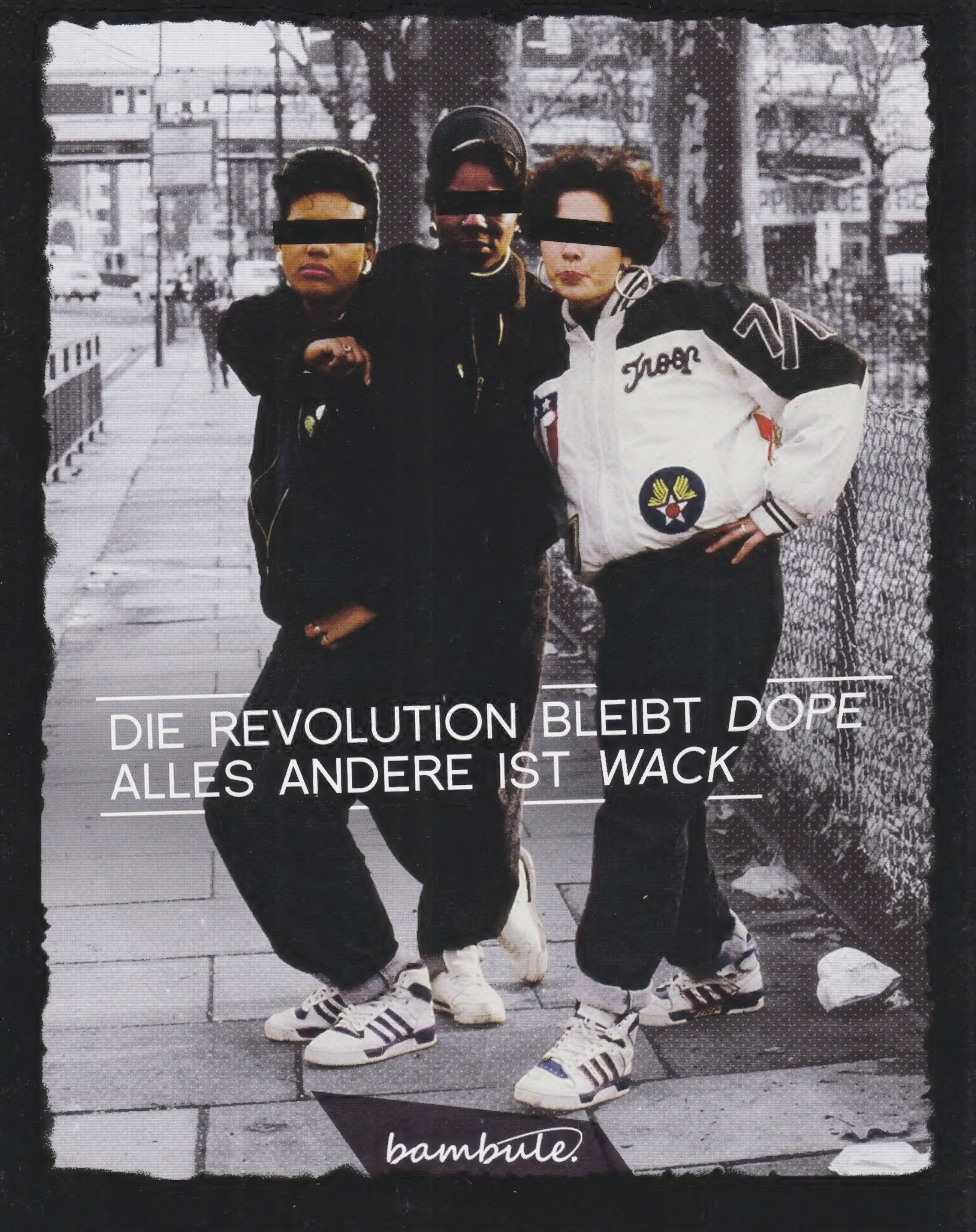
Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

**Antifaschistisches Infoblatt (AIB)**

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin


Troop
DIE REVOLUTION BLEIBT DOPE
ALLES ANDERE IST WACK
bambule.